

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.
Wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 24. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Inzerions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Nummern
jeweils über deren Stamm 50 Pf., für
vollständige und ganzseitige Inserate
und Besondere Anzeigen 30 Pf.,
kleine Anzeigen, das heißt 20 bis
30 Wörter, 10 Pf., darüber 2 Pf.
für jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Geschäftsangelegenheiten
das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15
Wörter ablesen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geschlossen.

Korrespondenz-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Heftige Kämpfe im Maas-Gebiet.

Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten.

Von Heinrich Cunow.

I.

Die Sonntagsnummer des „Vorwärts“ vom 13. d. M.
enthält eine Art Entgegnung auf meinen Artikel „Staats-
monopole oder neue Steuern?“, für deren Inhalt, da sie
nicht mit einem Namen oder einer Chiffre unterzeichnet ist,
die Redaktion die volle Verantwortung zu übernehmen scheint.

Ich habe denn auch gar nicht, wie der „Vorwärts“ be-
hauptet, den Grundsat aufgegeben, daß die Steuern
möglichst durch sogenannte direkte Steuern gedeckt werden
sollen, noch habe ich, wie er am Schlusse seines Artikels un-
terstellt, irgendwo die These aufgestellt, die Grenze, bis zu der
eine Belastung durch Einkommens- und Vermögenssteuern
möglich sei, wäre bereits erreicht.

Vielleicht ist der Artikelschreiber des „Vorwärts“ anderer
Meinung. Vielleicht glaubt er tatsächlich, daß die Milliarden,
die nach dem Krieg nicht nur das Reich, sondern auch die ein-
zelnen Bundesstaaten und Gemeinden zur Deckung ihrer ge-
stiegenen Ausgaben heranschaffen müssen, sich leicht und be-
quem durch direkte Steuern aufbringen lassen.

Ich vermag nicht so optimistisch in die Zukunft zu blicken,
und ich habe dabei nicht nur die Zustimmung bürgerlicher
Steuerpolitiker, sondern auch verschiedener unserer Theoretiker.
Da ist zunächst Friedrich Engels. Als im Jahre 1894 die
französischen Sozialisten sogenannter marxistischer Richtung
sich ein neues Agrarprogramm gaben, nahmen sie darin
folgende Steuerforderung auf: „Ersatz der bestehen-
den indirekten und direkten Steuern durch
eine einzige progressive Steuer auf alle
Einkommen von mehr als 3000 Frank.“

Mit anderen Worten: einer bürgerlichen Re-
gierung ist es ganz unmöglich, ihren Staats-
haushalt nur auf direkte Steuern zu stellen!
Aber vielleicht hält der „Vorwärts“ Engels nicht mehr für
kompetent in solchen Fragen, da ja auch er sogenannter
„nationalistischer“ Anschauungen verdächtig ist.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
23. Februar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Durch eine Sprengung in der Nähe der von uns am
21. Februar eroberten Gräben östlich Souchez wurde die
feindliche Stellung erheblich beschädigt. Die Gefangenen-
zahl erhöhte sich hier auf 11 Offiziere, 348 Mann, die
Beute beträgt 3 Maschinengewehre.

Auf den Maas Höhen dauerten die Artilleriekämpfe
mit unverminderter Stärke fort.

Östlich des Flusses griffen wir die Stellungen an, die
der Feind etwa in Höhe der Dörfer Cousenoye-Azannes
seit anderthalb Jahren mit allen Mitteln der Befestigungs-
kunst ausgebaut hatte, um eine für uns unannehme Ein-
wirkung auf unsere Verbindungen im nördlichen Teil der
Woivre zu behalten. Der Angriff stieß in der Breite
von reichlich zehn Kilometern, in der er angefocht
war, bis zu drei Kilometern Tiefe durch. Neben sehr
erheblichen blutigen Verlusten büßte der
Feind mehr als 3000 Mann an Gefangenen
und zahlreiches noch nicht übersehbares
Material ein.

Im Oberelsaß führte der Angriff westlich Helt-
weiler zur Fortnahme der feindlichen Stellungen in einer
Breite von 700 Metern und einer Tiefe von 400 Metern,
wobei etwa 80 Gefangene in unserer Hand blieben.

Zu zahlreichen Luftkämpfen jenseits der feindlichen
Linien behielten unsere Flieger die Oberhand.

Oberste Seeresleitung.

Unverändert.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Kordwestlich von Tarnopol schlugen unsere Sicherungsgruppen
russische Vorstöße gegen die schon wiederholt genannten vor-
geschobenen Feldwachenschanzungen ab. Sonst keine besonderen
Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die heftigsten Artilleriekämpfe an der lästlanländischen Front
dauern fort. Hinter den feindlichen Linien werden große Brände
beobachtet.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Südsüdlich von Durazzo wurde der Gegner aus einer Vor-
stellung geworfen. Ein österreichisch-ungarischer Flieger bewarf
die im Hafen von Durazzo liegenden italienischen Schiffe mit
Bomben. Ein Transportschiff wurde in Brand gesetzt und sank.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine
solche Steuer alle anderen, besonders die indirekten Steuern
erheben. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft
erhielten, etwa durch Unterstützung anderer Parteien, was
freilich ausgeschlossen, da keine bürgerliche Partei so
weit ginge, so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten
stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß, je höher die Steuer,
desto größer die Versuchungen zu Steuerdefraudationen. Aber
selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und
Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man
nicht in der Lage, die Einkommens- und Ver-
mögenssteuern beliebig hoch zu schrauben, weil
die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen
zu sehr beschneidet, einfach aus dem Staate fortziehen würden
und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Ein-
kommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Ver-
mögen. Ueber ein gewisses Maß kann man also
bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst
wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Also schon 1894 und 1902, als noch an die enorme Steige-
rung der Staatsausgaben um mehrere Milliarden kein Mensch
dachte, hielten Engels und Kautsky es für un-
möglich, alle Staatsausgaben durch direkte
Steuern zu decken. Wie würde Engels erst heute über
die gescheiterten Köpfe spötteln, die auch nach dem Weltkrieg noch
solche Deckung für möglich halten — oder sollte vielleicht der
Artikelschreiber des „Vorwärts“ der seltsamen Ansicht sein,
je höher die Staatsausgaben anschwellen, je leichter wären sie
aufzubringen? Da er eingangs seines Artikels behauptet,
oberster Grundsatz für die Behandlung von Steuerfragen sei

noch immer die im Erfurter Programm aufgestellte Forde-
rung: „Stufenweis steigende Einkommens- und Vermögens-
steuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit
diese durch Steuern zu decken sind“ — muß man fast an-
nehmen, er sei dieser optimistischen Meinung. Andere sind
allerdings — und dazu gehört auch meine Wenigkeit — mit
Engels der Ansicht, stellte tatsächlich das Erfurter Programm
solche Forderung auf, so müßte man die Fassung
ändern. Wie sich aber bei näherer Prüfung zeigt, hat der
Steuerpolitiker des „Vorwärts“ im Uebereifer ein wenig un-
vollständig zitiert — er hat vergessen, die der obigen Pro-
grammforderung folgenden Sätze hinzuzufügen. Vollständig
lautet der § 10 des Erfurter Programms:

„Stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer
zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch
Steuern zu decken sind. Selbststeuerschuldhaftigkeit. Erbschafts-
steuer, kufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach
dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten
Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen,
welche die Interessen der Allgemeinheit den
Interessen einer bevorzugten Minderheit
opfern.“

Das heißt also, auch indirekte Steuern sind unter gewissen
Bedingungen zulässig. Tatsächlich hat denn auch Bismarck
als erster Referent über die Steuerfrage auf dem Wiener
Parteitag von 1913 erklärt:

„Ferner will ich hier darauf hinweisen, daß es im Erfurter
Programm nicht heißt, wie mitunter behauptet wird: wir sind
gegen alle indirekten Steuern, sondern: „Abschaffung aller in-
direkten Steuern, Zölle und wirtschaftspolitischen Maßnahmen,
welche die Interessen der Allgemeinheit einer be-
vorzugten Minderheit opfern“. Also nur diejenigen in-
direkten Steuern bekämpfen wir, die vollen
Belastend wirken. Bei den anderen, die nicht so wirken,
stört uns die Existenz, die daraufgegründet ist,
nicht.“

Und der Parteitag hat ihm zugestimmt und seinen Leit-
sätzen, in denen es heißt:

„Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist
nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage,
wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.“

Engels meint, wie wir oben sehen, von jenen sozialisti-
schen Steuerpolitikern, die ohne weiteres die Forderung er-
heben, alle Staatsausgaben müßten durch direkte Steuern
gedeckt werden, sie wären sich der Tragweite ihrer
Folgerung gar nicht bewußt. Das mag wohl sein.
Von meinem Kritiker im „Vorwärts“ möchte ich das jedoch
aus angeborener Höflichkeit nicht annehmen. Immerhin ist
es nicht uninteressant, näher nachzuprüfen, in welchem Maße
sich heute die großen Einkommen durch die Einkommens-
steuern belastet werden. Das Reichsfinanzamt hat 1909 bei der
Reichsfinanzreform in 470 Gemeinden (preussische, sächsische,
württembergische, badische, oldenburgische, braunschweigische)
Erhebungen darüber anstellen lassen, wie weit schon heute in
ihnen die großen Einkommen durch die staatliche und kom-
munale Einkommenssteuer (mit Einschluß der Kirchensteuer)
belastet werden. Es ergab sich folgender prozentualer Anteil
der Einkommenssteuer am Einkommen:

Table with 3 columns: Income level, Percentage of cases, and Percentage of tax burden.
I. bei Einkommen von 20000 Mark: 17 Proz. der Fälle weniger als 7 Proz., 42 „ „ von 7 bis 9 „ „ 57 „ „ „ 9 „ 12 „
II. bei Einkommen von 40000 Mark: 70 Proz. der Fälle von 8 bis 12 Proz., 5 1/2 „ „ „ mehr als 12 „
III. bei Einkommen von 100000 Mark: 66 Proz. der Fälle von 8 bis 12 Proz., 29 „ „ „ 12 „ 15 „ „ 5 „ „ „ 15 „ 20 „

Diese Untersuchung betrifft nur die Einkommenssteuer (mit
Kirchensteuer), in den meisten deutschen Bundesstaaten und
Gemeinden werden aber außerdem noch andere direkte Steuern
erhoben, z. B. Vermögenssteuern, die zumeist 1/2 bis 1 1/2 Mk.
pro Mille betragen. Nimmt man 1 pro Mille an und rechnet
eine durchschnittliche Verzinsung von 4 Proz., so bedeutet das
einen weiteren Zuschlag von 2 1/2 Proz. zur Einkommenssteuer.
Sodann kommt in Betracht, daß seit der Unterzeichnung (1908)
in vielen Staaten und Gemeinden die Steuerlast erhöht
worden und allerlei Zuschläge eingeführt sind. Man kann
daher ohne Zweifel sagen, daß schon heute in den deutschen
Ländern ein beträchtlicher Teil der Einkommen von 100 000 Mk.
20 bis 25 Proz. an direkten Steuern zahlt.

Ich sage das nicht, um daran die Folgerung zu knüpfen:
Weiter geht's nicht mehr! Im Gegenteil, ich bin der
Ansicht, die Grenze kann noch beträchtlich er-
höht werden, vielleicht sogar noch über die vorhin von
Engels genannte Grenze hinaus; aber daß diese direkte
Steuerung der Einkommen nicht nach Belieben fortgesetzt wer-
den kann, daß es eine Grenze gibt, und diese da liegt,
wo die fortgesetzte Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung)



gehört oder stark geschwächt wird, das ist jedem, der auch nur die Anfangsgründe einer wissenschaftlichen Steuerpolitik begreifen hat, völlig klar. Nichts anderes aber habe ich behauptet.

Mein Kritiker meint freilich: nur immer her mit direkten Steuern, wenn auch der Kapitalprofit fällt, die Unternehmer werden ja die Kapitalakkumulation nicht einstellen; sie werden einfach ihren Luxuskonsum einschränken.

Allem Anschein nach betrachtet er meine Ansicht über die Grenze der direkten Steuern als meine „revisionistische“ oder „sozialimperialistische“ verfechtete Spezialaufassung. Tatsächlich wird sie jedoch von allen Sozialisten geteilt, die etwas von der Steuerpolitik verstehen. Daß Engels der Ansicht war, die Einkommensteuern könnten nicht nach Belieben ausgedehnt werden und sogar eine verhältnismäßig niedrige Grenze stecke, ist schon erwähnt worden. Derselben Meinung ist auch Karl Renner in seiner Broschüre „Das arbeitende Volk und die Steuern“. Er führt dort (S. 40) aus:

„Solange wir privatwirtschaftlich produzieren, ist der Fortschritt der Produktion an die private Akkumulation von Mehrwert gebunden. Besteuern wir nicht bloß die Konsumrate, sondern auch die Akkumulationsrate des Mehrwerts, so hemmen wir direkt die gesellschaftliche Entwicklung.“

Und er kommt zum Schluß (S. 52):  
„Wenn also selbst der ganze Staatshaushalt durch Besteuern getragen würde, so könnte eine so hohe, so stark anwachsende Steuerlast, ein derartiges Gesamtbudget von unseren Vertretern schon aus ökonomischen Prinzipien nicht bewilligt werden... Niemals kann der bloße Grund, daß eine Steuer direkt ist, daß also die Kapitalisten bluten, daß die Reichen schmerzen müssen, sie zu genehmigen für uns hinreichen.“

Und derselben Ansicht sind Kautsky („Neue Zeit“, 28. Jahrgang, I. Band, S. 790), Wurm (Protokoll des Jünger Parteitag von 1913, S. 422/23), Edstein („Neue Zeit“, 31. Jahrgang, II. Band, S. 166/167).

Sollten diese Zeugen dem „Bormärts“ noch nicht genügen, dann verweise ich ihn auf die von ihm im August 1911 veröffentlichte Artikelserie „Steuerfragen“, besonders auf den zweiten Artikel in Nr. 179, in dem neben anderen auch die oben zitierten Äußerungen Renners zustimmend abgedruckt wurden. (Schluß folgt.)

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Artois hat der Feind nach einer heftigen Beschließung, die schon gestern gemeldet worden ist, gegen Ende des Tages einen starken Angriff auf unsere Stellungen am Walde von Givenshü unternehmen. Er ist in unsere Gräben erster Linie eingedrungen, die auf einer Front von etwa 800 Metern vollständig zerstört waren, und an einigen Punkten in unseren zweiten, von dem er nach einem Gegenangriff von unserer Seite nur noch einige Teile besetzt hält. Der Feind, dessen Stärke auf sieben Bataillon geschätzt wird, erlitt durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie und Maschinengewehre beträchtliche Verluste. Südöstlich von Melincourt hat der Feind eine Mine zum Springen gebracht, deren Trichter wir besetzt haben. Nach verstärkter Artillerietätigkeit in der Gegend von Verdun haben die Deutschen gegen Tagesende unsere Stellungen östlich von Brabant-sur-Meuse zwischen dem Walde von Hanneu und Herbebois angegriffen. Sie schlugen in einigen Teilen unserer vorgeschobenen Gräben Fuß, stehen aber nicht bis zu den zweiten Gräben vor. Sie wurden durch unsere Gegenangriffe zurückgeworfen. Wir machten etwa fünfzig Gefangene. Desfalls von Seppois wurden zwei Angriffe der Deutschen abgelehnt. Jemlich starke Artillerietätigkeit an der Front bei Chapelotte und Van-de-Sapt. Ein Zeppelinluftschiff überflog gestern Abend Lunéville und warf einige Bomben ab, die wenig Sachschaden anrichteten. Verfolgt von unseren Jägern wandte es sich nach Metz.

Paris, 23. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. In Belgien Beschließung der feindlichen Schützengräben östlich von Voerlinge. Im Artois verhinderte sehr reichliche Schneefälle jede Angriffsbewegung. In der Champagne führten wir ein Gefährdungsgewehr auf die feindlichen Werke westlich des Naborin aus. In der Gegend nördlich von Verdun richteten die Deutschen nach heftiger Beschließung auf beiden Flankens in Laufe des Tages eine Reihe äußerst heftiger Infanterieangriffe gegen unsere Front zwischen Brabant-sur-Meuse und Herbebois. Alle Angriffe gegen Brabant und Herbebois wurden abgelehnt. Zwischen diesen beiden Punkten konnte der Feind unter beträchtlichen Verlusten für ihn den Wald von Deumont und einen Vorsprung besetzen, den unsere Linie nördlich von Deumont bildet. Nordwestlich von Fromezeh verhinderte unser Sperrfeuer einen in Vorbereitung begriffenen Angriff, sich zu entwickeln. Jemlich lebhaftige Tätigkeit bei den Artillerien in der Gegend von Van-de-Sapt und westlich von Allich.

Belgischer Bericht. Ruhe an der Front der belgischen Armee.

## Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 23. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 22. Februar 1916. Westfront: Im Abschnitt von Riga, an der Dina zwischen Dger und Probstingshof überflog ein feindliches Flugzeuggeschwader unsere Stellungen trotz Artilleriefeuers. Bei Duftern, im Abschnitt von Jakobstadt (5 Kilometer südlich) Artilleriekampf mit allen Kalibern. In der Stellung von Dinnaburg dauerte der Kampf, unterstützt durch Artillerie, um den Minenrichter bei Jüzt an. Abteilungen unserer kavalerieschen Regimenter führten eine erfolgreiche Erkundung nordwestlich des Swentensees aus, sie schnitten einen deutschen Posten von 150 Mann und zwei Offizieren ab, vernichteten ihn und zerstörten den Graben. Nachdem sie unter Mithilfe der Artillerie die herbeileitenden Unterstufen des Gegners zurückgeworfen hatten, gingen sie auf ihre Stellungen zurück und nahmen Gefangene und zahlreiche erbeutete Gewehre mit. In der Gegend von Smorgon zerstörte eine Abteilung von uns das feindliche Drahthindernis und drang in die Gräben ein. Ein Teil der Besatzungen wurde niedergemacht, der andere Teil floh. Am oberen Strypalauf versuchte der Feind, sich unseren Gräben zu nähern. Er litt jedoch stark unter unserem Artillerie- und Infanteriefeuer, und wurde durch einen Gegenangriff, der ihm große Verluste und Gefangene kostete, auf seine Stellungen zurückgeworfen. Auf das Dorf Schmitelowa (20 Kilometer nordöstlich Vucyaz) warfen feindliche Flugzeuge brennende Lappen. Nördlich davon ließen wir vor einer Minenlampe mehrere Minen springen, deren Aufschlag die feindlichen Stellungen in beträchtlicher Ausdehnung zerstörte und verhöhlte. Wir besetzten den Trichter.

Kaukasusfront: Die Verfolgung der Reste der türkischen Armee dauert fort.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag. Im Erganatal haben unsere Truppen durch eine planmäßige Offensive eine Bergkette zwischen den Flüssen Laganza und Coggio erobert. Der Angriff begann am Morgen um 9 Uhr. In dichtem Nebel erreichten Abteilungen der Alpini und freiwilliger Kundschafter über Schneefelder hinweg das Ende des Abhanges und die benachbarten Höhen, indem sie feindliche Gruppen, die sie besetzt hielten, vertreiben. Von ihren Stellungen bei Pratoro am Monte Cola und Conelle her eröffnete die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer, das von der unferigen wirksam bekämpft wurde. Wiederholte Gegenangriffe des Feindes wurden durch unser Artilleriefeuer niedergebunden und alle abgeschlagen. In der Nacht vom 19. Februar dehnten unsere Truppen die von ihnen besetzten Stellungen durch einen neuen Sprung noch weiter nach Westen aus in der Richtung auf Sella und Monte Cola. Die neuen Stellungen, die darauf stark besetzt wurden, beherrschen das Becken von Sargo ebenso wie die Gegend von Toregno, Ronchi und Roncegno, die von uns besetzt ist.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. Februar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An den verschiedenen Fronten ist keine wesentliche Aenderung eingetreten.

## Vom U-Bootkrieg.

Blissingen, 23. Februar. (W. Z. V.) Die beiden belgischen Fischerfahrzeuge Zeebrügge 8 und 9, die von Blissingen zur Fischerei ausgefahren waren, wurden von einem deutschen U-Boot angehalten. Z 9 wurde nach Zeebrügge gebracht, Z 8 wurde versenkt. Die Besatzung des Z 8 rettete sich nach dem Leuchtschiff Noordhinder, von wo sie gestern nach Blissingen zurückgebracht wurde.

## Sarrails Audienz beim König von Griechenland.

London, 22. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Wie die Associated Press aus Athen meldet, dauerte Sarrails Audienz beim König eine Stunde. Der König äußerte sich nachher dem Vertreter der Associated Press gegenüber, daß er über das Ergebnis der Unterredung höchst befriedigt sei. Er sei überzeugt, daß sie den ersten Schritt zur Beilegung der Differenzen zwischen Griechenland und der Entente und zur Ebnung vieler Unruhen und Reibungen bilde. Er habe Sarrail ebenso, wie Kitchener und Cochin gesagt, daß die Entente niemals eine feindliche Aktion der griechischen Armee zu befürchten habe.

Nach einer Neutermeldung aus Saloniki wird Sarrails Audienz beim König in Athen für höchst wichtig erklärt, da sie mit der Aenderung der Haltung der Entente gegenüber Griechenland zusammenfalle. Das Publikum habe allgemein das Gefühl, daß wichtige Entscheidungen bezüglich Griechenlands und Rumaniens bevorstünden.

## Sasonow in der Duma.

Gleich nach Eröffnung der Duma hat der Minister des Äußern Sasonow eine Rede über die internationale Lage und die russische Politik gehalten. Die Rede, deren Wortlaut nachstehend folgt, ist nach dem satism bekannten Schema konstruiert: Der Kampf geht weiter bis zur Besiegung des Feindes, denn die Schuld tragen die anderen, die ihre Völker betrügen; wir jedoch stehen treu und fest zusammen „zur Verteidigung unserer heiligsten Rechte“. Immerhin ist es interessant, aus dem Munde des russischen Ministers zu vernehmen, dieser Krieg sei „das größte Verbrechen gegen die Menschheit“. In welchem Maße die Völker Russlands, mindestens in ihren kriegsführenden Teilen, auch ihrer Regierung die Schuld an diesem „Verbrechen“ zuschreiben, dürfte Herr Sasonow nicht unbefannt sein. Und wenn es einmal zur Stunde der Abrechnung kommt, dürfte er sich kaum mit solchen Mäßen wie jetzt herausreden können.

Petersburg, 22. Februar. (W. Z. V.) Der Minister des Äußern Sasonow hielt in der Duma die folgende Rede: Mit Zustimmung des Kaisers bin ich zum vierten Male seit Beginn des Krieges im Begriffe, Ihnen ein Gesamtbild der politischen Lage zu entwerfen. Der Kampf geht weiter, ein Kampf, wie es noch nie einen gegeben hat, ein Weltkampf. Weniger als je ist es möglich, das Ende abzusehen, aber ich kann erklären, daß die Regierung, wie bisher, unerschütterlich bleibt in dem Entschlusse, den Kampf bis zur Besiegung des Feindes fortzusetzen. Das war und das ist der Entschlusse des russischen Volkes mit unserer treuen Alliierten. Dieser Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit; diejenigen, die ihn verhandelt haben, tragen eine schwere Verantwortung, und in der gegenwärtigen Stunde sind sie zur Genüge entlarvt. Wie wissen, wer die unglücklichen Leiden entsetzt hat, unter denen Europa jetzt leidet. Es wäre völlig überflüssig, hierauf zurückzukommen, wenn nicht in Deutschland Staatsmänner und Presse sich darauf versteiften, die Verantwortung auf uns zurückzuschieben und auf unsere Alliierten. Aber schließlich erklärt sich diese Hartnäckigkeit vor allem durch die Notwendigkeit für die deutsche Regierung, zu verstanden, sich vor der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes zu rechtfertigen; denn man fängt dort an, einzusehen, daß das deutsche Volk getäuscht worden ist durch die, welche — falsch unterrichtet durch eine unfähige Diplomatie — die Stunde zur Verwirklichung lange geheimer Raubpläne gekommen glaubten. In dem Maße, wie die Augen sich öffnen, wächst die Unzufriedenheit, und sie beginnt bereits, zum Ausdruck zu kommen. Wir dagegen und unsere Alliierten sind in diesem Krieg zur Verteidigung unserer heiligsten Rechte hineingezogen worden. Wir haben ihn als unabwendbares Verhängnis vor uns gesehen. Daher behalten wir unsere Ruhe trotz der Opfer und Verluste, die uns auferlegt worden sind. Die Gewähr unseres Erfolges liegt in dem engen Bündnis mit unseren Alliierten und in der völligen Uebereinstimmung in unseren Anstrengungen. Diese Uebereinstimmung war schwer zu erzielen infolge der Entfernung, die Rußland von seinen westlichen Alliierten trennt. Es sind jedoch alle Maßregeln getroffen worden, um zu diesem Ziele zu gelangen.

Wenn man mit einem Feinde wie Deutschland zu tun hat, das sich in langen Jahren unter dem Deckmantel traditioneller Freundschaft die Aufmerksamkeit seiner Nachbarn einzuschleifen bemüht war, während es zu gleicher Zeit sein Schwert gegen sie schärfte, so ist es gut, begehen an nützliche Dinge zu denken, um einer Wiederholung von Ereignissen zuvorzukommen, wie sie sich mit solcher Schnelligkeit vor 1 1/2 Jahren entrollt haben. Die deutsche Regierung gleicht ihrem Volke gegenüber ihren Generalen, die ihre Soldaten bei Angriffen herausuchen, um sie ungestüm zu machen. Die deutsche Regierung bemüht sich, um den kriegerischen Eifer der Massen aufzuwecken, diese glauben zu machen, daß ihre Gegner eine vollständige Vernichtung des

deutschen Volkes wollen. Ist es nötig zu sagen, daß solche Behauptung sinnlos ist, denn wer könnte im Ernst darauf rechnen, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen? Die Alliierten haben niemals einen solchen Gedanken gehabt, sie fordern für sich das Recht, sich in Freiheit in ihrem Lande zu entwickeln, und rühren nicht an die legitimen Rechte anderer Nationen. Der Erhaltungstrieb fordert nur, daß sie dem unerbittlichen Goldismus und dem raubgierigen Appetit, den kennzeichnenden Zügen des Kreuzentums, das nicht immer die Sympathien Deutschlands gehabt hat, ein Ende machen. Dieses Kreuzentum muß ein für alle Male zur Machtlosigkeit gezwungen werden. Wenn es anders wäre, würden alle Opfer der Alliierten vergebens sein.

Nedner verbreitet sich weiter über die Beziehungen zwischen den Alliierten: Ich bin glücklich noch einmal zu bemerken, daß die früheren Mißverständnisse, die lange über unsere Beziehungen zu England geschwebt haben, endgültig beseitigt sind. Meine Herren Abgeordneten! Diejenigen von Ihnen, die bald unsere Verbündeten besuchen werden, werden mit eigenen Augen alles sehen, was von ihnen und ihren ruhmvollen Soldaten zu Lande und zu Wasser getan worden ist. Nedner verbreitet sich weiter über Italien. Am baltischen und am adriatischen Ufer bekämpfen die Italiener gemeinsam mit den Verbündeten den gemeinamen Feind. Wir begrüßen die zwischen uns und Italien hergestellte Brüderlichkeit der Waffen.

Sie wissen schon, daß Rußland, Frankreich und England, um mit den von den Feinden verbreiteten lägerischen Gerüchten über einen von einem der Alliierten zu unterzeichneten Sonderfrieden ein Ende zu machen, schon im Anfang des Krieges erklärt, daß sie untrennbar verbunden seien, und das denkwürdige Abkommen vom 5. August unterzeichneten. Deythin haben sich unsere Verbündeten Japan und Italien angeschlossen, und der Vertrag, der den festen Entschlusse der fünf Mächte enthält, nur gemeinsam Frieden zu schließen, ist am 30. November 1915 in London unterzeichnet worden. Man kann also glauben, daß von nun an die törichtesten Gerüchte von einem Sonderfrieden, die beständig wieder auftauchen, ein für allemal büssen gestraft sind. Denn die Mächte, welche diesen Vertrag unterzeichnet haben, betrachten eine internationale Verpflichtung nicht als einen feigen Papier, der sie zu nichts verpflichtet.

Traurige Nachrichten gelangen zu uns aus den zeitweilig vom Feinde besetzten Gebieten. Sie sehen, was in Polen, dieser unserer SchwesterNation, vor sich geht, im heroischen Belgien, in dem so heimgesuchten Serbien. Dort herrscht überall unerbittlicher Schrecken mit Elend vereint. Es genügt, an das ungeheure Beispiel der Ermordung von Mikhael Cabel zu erinnern, um das Leben unter deutscher Herrschaft in den Gebieten zu würdigen, auf welchen Deutschland seine eiserne Faust ruhen läßt. Wie eine grausame Ironie schallt das Lob, das die Deutschen sich selbst erteilen für die Wohlthaten, mit denen sie die Bevölkerung der besetzten Gebiete angeblich überhäuft haben. Die deutsche Presse ist besonders stolz auf die Gründung der polnischen Universität in Warschau. Das ist eine Falle, mit der man das Vertrauen des durch die Deutschen zerstörten Polen zu gewinnen rechnet; aber das Unternehmen ist im voraus zum Mißerfolg verurteilt. Seit Beginn des Krieges hat Rußland die Vereinigung der Teile des zerstörten Polen auf seine Fahne geschrieben. Dieses Ziel, vom Herrscher gemessen, vom Oberbefehlshaber der Oere fundgetan, liegt der russischen Gesellschaft am Herzen. Es hat die Wiltigung unserer Verbündeten erhalten. Dieses Ziel ist unveränderlich das unsere jetzt wie früher.

Ich komme zu unseren gegenwärtigen Beziehungen zu den Neutralen, zuerst zu den skandinavischen Nachbarn. Ich habe ich erklärt, sei es im Schoße der Duma, sei es in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten und Vertretern der Presse, daß wir gegenüber Schweden keine anderen Gefühle hegen als die aufrichtige Freundschaft, und nur wünschen, die engen Beziehungen guter Nachbarschaft aufrechtzuerhalten. Unglücklicherweise gibt es auf der andern Seite des Botnischen Meerbusens noch Leute, die durch die Nacht eingewurzelter Vorurteile und unter einem gewissen Einfluß von Verleumdungen unserer Feinde, Vorurteile und Mißtrauen gegen uns hegen. Es ist indessen ganz klar, daß Rußland und Schweden von der Natur selbst dazu bestimmt sind, im Frieden miteinander zu leben und ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen fruchtbar zu lassen. Der Vorwand von Konstellationen kann nur ein künstlicher sein. Weder sucht Schweden nach den Worten seiner leitenden Männer eine territoriale Vergrößerung auf Kosten Finnlands, noch streben wir nach dem Gebiete unserer Nachbarn im Norden. Nicht nach den skandinavischen Gebieten fühlt sich Rußland durch keine Geschichte hingezogen. Nach einer ganz anderen Richtung muß es einen Ausgang zum freien Meere gewinnen.

Rumänien hat während dieser Periode die von ihm gewählte Neutralität weiter aufrechterhalten. Die Ententemächte finden sich mit dieser Lage ab, überzeugt, daß Rumänien seine eigenen Interessen nicht verraten und, wenn die Stunde schlagen wird, die nationale Einheit auf Kosten seines Blutes zu verteidigen wissen wird. Es kann sicher sein, daß es bei denen, zu denen die natürlichen Sympathien seines Volkes gehen, wirkliche Unterstützung finden wird, wenn es sich gegen Attentate des gemeinamen Feindes gegen die Unabhängigkeit seiner Entschlüsse wehrt.

Sasonow spricht über den Rückzug der Alliierten von Gallipoli, von wo ein Teil der Truppen nach Saloniki geschickt wurden. Was die Landung von Abteilungen der Alliierten in dieser Stadt und die Deutungen dieses Ereignisses in Berlin anbetrifft, glaube ich bemerken zu müssen, daß der deutsche Reichsfanzler in einer Rede vom 9. Dezember die Beziehungen der Ententemächte zu Griechenland berührte und ihr Vorgehen mit dem Vorgehen der Deutschen in Belgien verglich. Nun sind der Einmarsch und die Verwüstung Belgiens wahrhaftig Verletzungen heiliger Verpflichtungen, die Preußen im Jahre 1899 übernommen hat. Aber in der ganz friedlichen Landung der Truppen der Alliierten in Saloniki gibt es nicht das geringste Attentat gegen das Recht. Der Artikel des zweiten Londoner Vertrages vom 8. Februar 1900 gibt jeder der drei Hauptmächte das Recht, Truppen auf griechisches Gebiet, das sie besetzt haben, zu führen unter der Bedingung, daß die beiden anderen Mächte einwilligen. Es ist unmöglich, hinzuzufügen, daß die Zustimmung Russlands von Anfang an unseren Verbündeten zugesichert war und es sind alle Erfordernisse des erwähnten Artikels erfüllt. Außerdem wurden die Truppen auf Verlangen des Chefes des griechischen Kabinetts nach Saloniki geschickt, der in dieser ihm geleiteten Dile ausschließlich ein Mittel für Griechenland sah, seine Verpflichtungen gegenüber Serbien zu erfüllen. Die Ungewißheit, ob Griechenland die Verpflichtungen seines Vertrages ausführen würde, zwang die Serben, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, um sich der Mitwirkung Griechenlands nicht zu berauben. Aber diese Seelengröße fand in Griechenland kein Echo. Die griechische Regierung legte die gegen Serbien übernommenen Verpflichtungen auf ihre Art aus. Das tragische Schicksal, das einstweilen Serbien niedergeworfen hat, hat Montenegro nicht verschont. König Nikolaus hat mit seiner Familie und einem Teil der Regierung das Königreich verlassen, um nicht einen schmachvollen Frieden unterzeichnen zu müssen. Von Frankreich aus hat er dem Prinzen Mirko vorgeschrieben, nur die montenegrinischen Truppen zu retten, um sie mit den Serben zu vereinen, und er hat dem Prinzen und den zurückgebliebenen Ministern verboten, in irgendwelche Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten.

Man hat der Diplomatie der Alliierten vorgeworfen, daß es ihr nicht gelungen sei, Bulgarien auf ihre Seite zu bringen. Ich gebe zu, daß die Diplomatie nicht den kürzesten und sichersten Weg gewählt hat. Die Besetzung von Debeagatsch hätte das bulgarische Volk beeinflussen und veranlassen können, einen Koburg, der ihm fremd ist, von der schiefen Ebene brudermörderischer Geleiste zurückzuhalten. Aber selbst in diesem Falle wäre es den Alliierten vielleicht nicht gelungen, Serbien die Katastrophe zu ersparen, denn übereinstimmende militärische Unternehmungen der



**Küfferten auf dem Balkan bieten immer außerordentliche Schwierigkeiten dar.**

Am 8. Februar fiel Erzrum und unsere Truppen rücken vorwärts. Nach unserem Rückzug von Ban haben die Türken ihre Grausamkeiten gegen die Armenier vervielfacht. Salonow spricht sich gegen die angeblichen Absicht Deutschlands und der Türkei, ein ungeheures germanisch-muslimatisches Reich zu gründen, das von der Mündung der Scheide bis zum Persischen Golf reichen würde und sagt: Dieses Reich, welches in den albanischen Träumen als neues Kalifat erscheint, welches den Namen Kalifat von Berlin verdienen würde, soll nach Ansicht der Alldeutschen dem geschichtlichen Bestand Russlands und Großbritanniens einen tödlichen Stoß versetzen. Ein erschütternder Traum, aber Gott ist barmherzig. Die Berliner Politiker, welche diese fahnen Wände beugen, vergehen nur eine Sache, die uns und unseren englischen Freunden einigen Trost verschafft: Wenn dieses Reich unter dem deutschen Hammer geschmettert werden könnte, dann würde es nicht einen Tag dauern, nicht bloß wegen seiner inneren Schwächen, sondern vor allem, weil ihm das unerlässliche zur Behauptung seiner Existenz fehlen würde: die Herrschaft über das Meer, die glücklicherweise in den starken Händen unseres ruhmreichen Verbündeten, Großbritanniens, ruht. So lange dem so ist, wird das Kalifat von Berlin unsere Existenz nicht bedrohen.

Der Minister wies weiter auf die Särgen in Persien hin, welche ihn gezwungen habe, im vergangenen Herbst die dortigen russischen Kontingente zu vermehren. Die Lage habe sich seitdem nach einigen entscheidenden Aktionen der russischen Truppen merklich gebessert. Die Beziehungen zur Regierung des Schahs hätten einen normalen Charakter angenommen. Salonow hob sodann hervor, daß Japan weiterhin am Kriege teilnehmen. Besonders für Russland sei diese Mitwirkung unendlich wertvoll und betriege sich in einer Weise, die durch eine Reihe von Bedingungen festgelegt und für die gegenseitigen Beziehungen beider Länder kennzeichnend sei. In Japan begreife man ebensogut wie in Russland, daß die politischen und wirtschaftlichen Gewalttätigkeiten Deutschlands in China eine beständige Drohung für den Frieden in Ostasien bilden. Die russische Regierung sei hier für die Richtschnur. Wenn er einverstanden mit den vier Ententemächten dem Oberhaupt der Volksgewalt in China den freundlichen Rat erteilt habe, die Einführung einer neuen Ordnung der Dinge auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, so geschähe dies nicht, um die souveränen Rechte Chinas zu verletzen, sondern um darauf hinzuwirken, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen innere Umwälzungen China und den Ententemächten schädlich sein könnten. Salonow erklärte zum Schluß seiner Rede, das Interesse, welches die amerikanische Industrie dem russischen Markt entgegenbringe, gestalte die Hoffnung, daß außer den freundschaftlichen politischen Beziehungen, welche gegenwärtig zwischen Russland und Amerika bestehen, sich auch eine wirtschaftliche Annäherung vollziehen könne. Nach einem Dank an die Regierungen Spaniens und Hollands für den Schutz, den sie den im feindlichen Ausland befindlichen Russen angedeihen ließen, schloß Salonow folgendermaßen: Die letzten Worte, die ich heute hier aussprechen werde, sollen die Hoffnung ausdrücken, daß die Kraft der Begeisterung, welche Sie seit Beginn des Krieges bewiesen haben und die im Ausland unseren Freunden und Feinden gezeigt hat, daß Sie sich mit der Regierung Eines fühlen in dem Dienst des Vaterlandes, unverfehrt bleiben wird, damit niemand, weder Freund noch Feind, sagen kann, daß sie gesunken sei, denn diese Kraft ist die Bürgschaft unseres Sieges.

## Das Programm Stürmers.

Petersburg, 23. Februar. (W. Z. V.) Nach seiner Ansprache erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten Stürmer das Wort. Dieser betonte die Schwierigkeit der Lage und stellt den unerschütterlichen Entschluß der Regierung fest, den Kampf in inniger Solidarität mit den Alliierten bis zum entscheidenden Sieg fortzusetzen. Die Regierung sei dessen sicher, darin mit der Duma übereinzustimmen. Der Krieg habe Russland überzogen in dem Augenblick, wo seine innere Reorganisation kaum begonnen hatte. Die Reorganisationsarbeit kam gezwungenermaßen zum Stehen, und die Aufmerksamkeit der Regierung und der Gesellschaft mußte sich darauf richten, für die Notwendigkeiten unserer außerordentlich ausgedehnten Front zu sorgen. Die Regierung fährt fort, auf den Patriotismus der Bevölkerung zu rechnen. Stürmer forderte dann das Haus auf, sich Schwächen und Fehler nicht zu verhehlen, sondern zugleich seine Bemühungen zu bereinigen und nur an die Zukunft zu denken, die zweifellos eine glänzende sein werde.

Stürmer wies dann auf die Veränderung des wirtschaftlichen und politischen Lebens Russlands hin. Die Bande, die auf den Sitten des Landes beruhen, sind durch die Bande wirtschaftlicher Interessen ersetzt. Diese Veränderungen machen es notwendig, mit der größten Vorsicht vorzugehen. Die Regierung würde strafbar sein, die ins Blaue hinein handeln würde, da, wo die Lage die sorgfältigste Umsicht erfordert. Arbeit, Enthaltensamkeit und Sparsamkeit sind die Grundtugenden unseres nationalen Denkens. Vor allem soll die kirchliche Gemeinde nach den religiösen und sozialen Bedürfnissen des Volkes geändert werden. Dann kommt die Änderung der ländlichen Gemeinde (Wolost) entsprechend den Bedingungen des modernen Lebens, die sich geändert haben. Die Arbeitergesetzgebung müsse die Aufmerksamkeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften auf sich lenken. Der Redner schloß, indem er die Erklärungen der Regierung über die Einigkeit des Volkes, die nationale Auferstehung und das brüderliche Polenwort, das sein edles Blut in dem Kampf gegen den ewigen Feind der Slawen vergießt, wiederholte. Der Etat sowie die dringenden Verteidigungsmassnahmen müssen ohne Aufschub erledigt werden.

Stürmer führte weiter aus: Die Regierung weiß wohl, daß in der Duma Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ohne in eine eingehende Kritik dieser Meinungen sich einzulassen, verpflichtet sich die Regierung, von jetzt an sämtliche Meinungen bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen in Betracht zu ziehen. Er lege auch eine große Wichtigkeit der beiden Kammern zustehenden Gesetzinitiative bei. Er befürwortete eindringlich, daß die Duma sich durch Vaterlandsliebe leiten lasse, in den Fällen, wo die Parteikleinigkeiten freiheitlich werden, den Gefühlen nachzugeben, zum Schaben der Staatsinteressen. Stürmer kündigte an, daß die Regierung den Minister des Innern beauftragt habe, drei der Initiative der Duma entsprechende Gesetzentwürfe zu bearbeiten, und zwar betreffend die kleinen landwirtschaftlichen Gemeinden, die allgemeinen Reformen des städtischen Status und die Einführung der Semstwo in Sibirien. Er schloß mit einer Aufforderung an die Duma, dem Beispiel der Söhne und Brüder zu folgen, die die Bewunderung der Welt durch ihren ruhigen Mut hervorriefen, dieser Weiden, die das Feuer des Feindes aushalten, ohne sich durch irgendeine innere Erregtheit irreführen zu lassen. Er erinnerte an den kaiserlichen Erlaß an die Land- und Seestreitkräfte, welcher verkündet, daß ohne einen entscheidenden Sieg das geliebte Russland weder seine Unabhängigkeit noch sein Recht, seine Arbeit und seinen Reichtum zur Geltung zu bringen, sichern könnte.

Darauf befragte Marineminister Grigorowitsch, ebenfalls von einstimmigem Beifall begrüßt die Tribüne. Er wies darauf hin, daß der besondere Charakter des Seekrieges die strengste Demohrung des Geheimnisses erfordert. Er bekräftigte sich auf die Mitteilung, daß die baltische Flotte um einige Torpedoboote und große Unterseeboote und die Schwarzmeerflotte außer um neue Unterseeboote auch noch um ein zweites Liniengeschiff vermehrt werden würden. Letzteres sei ebenso wie das erste vor dem festgesetzten Termin fertig geworden.

Darauf folgte die obenstehende Rede Salonows. Nach diesem verlas das Dumasmitglied Schidlowitsch eine Erklärung des fortschrittlichen Blocks, der sich aus folgenden Parteien zusammensetzt: Fortschrittliche Nationalisten, Zentrum, die Semstwo-Ökonomie, die Duma-Ökonomie, die Progressiven und die Radikalen. Der Redner erklärte, daß die vom Präsidenten der Duma gegenüber den heroischen Verteidigern des

Vaterlandes ausgesprochenen Gefühle auch die feindlichen seien. Das Vaterland verleihe das Gedächtnis der gefallenen Soldaten. Er sei von der festen Gewißheit durchdrungen, daß ihre Opfer Früchte tragen werden. (Beifall.) Der gegenwärtige von ihnen gebahnte Weg werde bis zum Ende verfolgt werden. (Beifall.) Der gegenwärtige Kampf werde die Frage lösen, ob die friedlichen Beziehungen der Völker auf den Grundstufen der Unverletzlichkeit der Verträge und der Freiheit der Nationalitäten wieder hergestellt werden, oder ob die deutschen Ansprüche allgemeine Geltung gewinnen werden. Jeder Gedanke an einen vorzeitigen Frieden, der auf Grund eines provisorischen und unsicheren Kompromisses geschlossen würde, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Beifall.) Russland, das zu seinen Verbündeten Vertrauen hat, ist bereit zu einem langen Kampfe, dessen Dauer das Gewissen des Landes nur festigt, da die Notwendigkeit, alle Kräfte besser zu organisieren und auszunutzen, den Krieg wirklich volkstümlich gemacht hat. Vor einem halben Jahre schuf das Bewußtsein dieser dringenden Notwendigkeit eine vom ganzen Lande unterstützte Majorität in der Duma. Inzwischen wurde die Gründung des Bundes der nationalen Verteidigung, an dem die ganze Nation teilnehmen soll, durch eine unerwartete Verlegung der Duma unterbrochen. In Unkenntnis der gebieterischen Bedürfnisse einer Konzentration der Anstrengungen der Nation widersetzte sich die Regierung den einigen Gedanken des ganzen Landes. Der allgemeine Wille des Volkes, Vertrauen in seine Regierung setzen zu können, wurde hohlerweise als ein Kampf um Macht ausgelegt. Die Einberufung der Kammer wurde zweimal aufgeschoben, die nationalen Kräfte wurden in unfruchtbarer Weise genutzt, der demokratisierende Einfluß von Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit lähmte den großen nationalen Schwung. Die Unfähigkeit der Behörden zerstört das Wirtschaftsleben des Landes und hindert die Ausbeutung seiner Reichtümer. Der Mangel an Voraussehen in den wirtschaftlichen Maßnahmen der ordentlichen und außerordentlichen Behörden, die Anordnung in der Anfertigung der Lebensmittel, die maßlose Preissteigerung der notwendigen Waren, Mißbrauch der Gewalt und Unterdrückung, alles das schuf das Bild einer durch den wahren Stand der Dinge keineswegs gerechtfertigten Not. Die Unmöglichkeit, die Aufgabe auszuführen, die die Regierung auf sich genommen hat, hat dieser Lage durch den Rücktritt Goremykins eine indirekte Bestätigung erfahren, der für die verhängnisvollen Folgen der Politik der Zwitterkraft verantwortlich ist. Die Majorität ist weiterhin der Ansicht, daß die Bildung einer fähigen und durch das Vertrauen des Landes starken Regierung, die bereit ist, radikal das gegenwärtige Verfahren der Verwaltung zu ändern und in Übereinstimmung mit der nationalen Vertretung zu arbeiten, als notwendige Vorbedingung einer wirksamen Organisation des Landes zu betrachten ist. (Anhaltender Beifall.) Der Redner wies auf die der nationalen Verteidigung von den Städteverbänden erwiesenen ungeheuren Dienste hin. Ein Aufschub würde die schwersten Folgen zeitigen. Die große Mehrheit der Duma wies vor einem halben Jahre auf diesen Weg zu einer wahren Besserung hin, der mit Taten und nicht mit Worten beschränkt werden muß. (Stürmischer Beifall.)

## Auch eine Fernwirkung.

Der österreichische Schriftsteller Glinka wettet in dem führenden konservativen Organ „Semischtschina“ gegen die politischen Bestrebungen der Parteien, die sich jetzt, bei der Eröffnung der neuen Dumasession, wieder offener hervorzugehen:

„Jede Geduld — schreibt er — hat einmal ein Ende. Auch die Geduld unserer Regierung könnte ein Ende nehmen. Dann wird sich auch ein Ausweg zeigen, zu dem Oesterreich so facto bereits gegriffen hat — indem man die Duma für die Zeit des Krieges überhaupt schiebt... Wenn Oesterreich ohne seinen Reichstag auskommt und die verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben hat, so wird die Schließung der Duma in Russland gar unbemerkt vorübergehen. Es werden nur die Juden sich aufregen, die „Jungtürken“ und die Anhänger einer Niederlage lärmern, das Volk jedoch wird Gott danken.“

Dem Leitartikel des führenden konservativen Organs Russlands ist es zwar unbekannt, daß Oesterreich keinen Reichstag, sondern einen Reichsrat besitzt. Jedoch die Tatsache der Nichteröffnung des österreichischen Reichsrates hat er — vom reaktionären Standpunkt — nicht ungehört ausgegählet. (z)

## Eine Friedensstimme in England.

London, 21. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. (Ergänzende Meldung.) Bei der Einbringung der neuen Kreditvorlage sagte Asquith: Die ursprünglich eingesetzte Kriegssparungskommission beschränkte ihre Kontrolltätigkeit auf die Ausgaben der Zivilverträge.

Seit einiger Zeit bestehen drei andere Kommissionen zur Aufsichtung der Ausgaben des Heeres und der Flottenverwaltung sowie des Munitionswesens. Diese Kommissionen sind aus Männern mit großer Geschäftserfahrung zusammengesetzt. Es wurden sehr große Ersparnisse erzielt.

In der Debatte sagte Mason (Liberal), das Parlament habe das Recht zu erfahren, wie die Lage auf den Kriegsschauplätzen sei und ob eine ehrenvolle Möglichkeit bestehe, diesen endlosen Kampf zu beenden. Wenn der Vorrat an Wertpapieren erschöpft sei, müßten die notwendigen gewaltigen Summen durch den Ausfuhrhandel aufgebracht werden. Die Ziffern seien alarmierend. Die Regierung habe keine bestimmten Maßregeln ergriffen, wie sie die Lage erfordere. Die Regierung werde größtenteils nicht wegen des Vertrauens, das sie einflöße, sondern aus Patriotismus unterstützt.

King (Liberal) bedauert, daß Asquith nicht mehr über den Fortschritt der Kriegführung und die Politik der Alliierten gesagt habe. Redner habe in den Reden der Minister keine Hoffnung auf einen militärischen Sieg entdecken können. Der Krieg würde ein Erschöpfungskrieg sein und die Politik, welche die Regierung verfolge, werde England nicht in den Stand setzen, länger auszuhalten als der Feind.

## Einberufung der Schweizerischen Bundesversammlung.

Bern, 22. Februar. (W. Z. V.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. In dem sechsten erschienenen zweiten Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen betont der Bundesrat in bezug auf die Verletzungen der zwei Offiziere des Armeestabes, daß er darauf gehalten habe, daß der Richter frei und unbefehlig seines Amtes walten könne. Deshalb habe der Bundesrat auch den Schein vermeiden wollen, als ob durch parlamentarische Erörterungen ein Druck in irgend einer Richtung ausgeübt werden sollte. Aus diesem Grunde wurde die Einberufung der sozialdemokratischen Partei betreffend Einberufung der Bundesversammlung und Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission vom Bundesrat abgelehnt.

Die tiefgehende Erregung im Lande hat den Bundesrat überzeugt, daß durch möglichst baldige parlamentarische Erörterung der brennenden Fragen viel gefährlicherer Handstreich beseitigt werden kann und daß es für den Bundesrat unumgänglich notwendig ist, zu wissen, auf welcher staatsrechtlichen Grundlage künftig seine verantwortungsvolle Tätigkeit zu fußen hat und ob er noch das erforderliche Vertrauen genießt.

Zum Schluß nimmt der Bundesrat entschieden Stellung gegen den Gedanken, ein Oberbefehlshaber der Armee sei zurzeit überhaupt entbehrlich und der Armeechef, wie auch die jeweils ausgebotenen Truppen könnten dem Militärdepartement unterstellt

werden. Diese Idee beweise das vollständige Versinken der tatsächlichen Lage. Die Kriegsergebnisse, die sich vor den Augen der Schweizer abrollen, müßten wenigstens die Ueberzeugung gezeitigt haben, daß die Neutralität der Schweiz nur so lange einen Schutz für ihre Unabhängigkeit bilde, als sie nicht nur vom Willen des ganzen Volkes getragen wird, sondern auch mit ausreichenden militärischen Schutzmitteln ausgestattet sei und daß der Zustand der Neutralität nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten schaffe. Die oberste Pflicht gehe dahin, durch Anwendung entsprechender Verteidigungsmittel sämtlichen Kriegführenden den Beweis zu liefern, daß die Schweiz den Schutz ihrer Grenzen nicht nur bewerkstelligen wolle, sondern auch könne.

Der Bundesrat hat beschlossen, die Bundesversammlung auf den 6. März einzuberufen.

## Der Geist der Schützengräben im Gegensatz zum Chauvinismus hinter der Front.

„Unsere Kinder sollen nicht durchmachen, was wir durchgemacht haben,“ das ist, wie man in der „Bataille“ vom 15. Februar von der Front schreibt, die Stimmung in den Schützengräben, und dieser Gedanke beruht auf der Hoffnung, daß die Beziehungen der Völker friedlich geregelt werden können, daß gewissenlose Diplomaten nicht wieder das Leben von Millionen gefährden dürfen, nur um sich einen Namen in der Geschichte zu machen. Alle Angehörigen des Proletariats und der Mittelklassen werden nach dem Kriege sich den pazifistischen Ideen zuwenden, nur unter den Intellektuellen gibt es noch andere Anschauungen, aber auch unter ihnen hat der Pazifismus Anhänger gewonnen. Hinter der Front freilich liebt man es, sich kriegerische Illusionen zu geben, die selbst gegen die friedliche Meinung an der Front abstoßen. Aber wenn in dieser Stimmung hinter der Front auch eine gewisse Gefahr liegt, so sei sicherlich die Zahl der so Empfindenden nicht so groß, um eine genügende Gefolgschaft für die nationalistischen und chauvinistischen Führer zu sichern. Es lohne nicht, den preussischen Militarismus zu bekämpfen, um ihn hinterher in Frankreich einzubürgern.

## Beschränkung der Dividenden in Italien.

Rom, den 12. Februar 1916. (Fig. Ver.) Ein am 10. d. Mts. veröffentlichtes Dekret des Staatshalters beschränkt die von den Aktiengesellschaften ihren Aktionären zu zahlenden Dividenden auf 8 Proz. des eingezahlten Kapitals. Diese Bestimmung gilt für alle vor dem 23. Mai, dem Tage der italienischen Kriegserklärung, gegründeten Gesellschaften industriellen und kommerziellen Charakters, einschließlich der Kooperativen. Eine Ausnahme wird für die Gesellschaften gemacht, die in den letzten drei Jahren im Durchschnitt mehr als 8 Proz. Dividende verteilt haben; diese dürfen die Quote dieses Durchschnitts zugrunde legen, bis zum Maximum von 10 Proz. des eingezahlten Kapitals. Der etwa nach Auszahlung dieser Dividenden von 8 bis 10 Proz. bleibende Ueberschuß ist dem Reservefonds zuzurechnen und darf nur zur Amortisation der Anlagen verwendet werden. Er ist der Vermögenssteuer nicht unterworfen, wohl aber der Ertragssteuer von den Kriegsgewinnen. Zudividenden werden mit Wuch bis zu 10 000 Lire bedroht. Zweck des Dekrets ist es offenbar, eine Art Gründerzeit in den durch den Krieg begünstigten Industrien zu verhindern, ein flottes Einfließen von Profitten, ohne Sicherstellung des investierten Kapitals und ohne den Rückhalt solider Finanzgebarung.

## Weizenanbau und Großgrundbesitzer.

Aus Rom wird uns geschrieben: Wie in allen andern Ländern, die auf Weizenanbau angewiesen sind, hat man auch in Italien zu Beginn des Jahres 1915 die Grundbesitzer aufgefordert, eine möglichst große Anbaufläche für Getreide zu bestimmen, um der Preissteigerung des Brotes nach Kräften vorzubeugen. Unter diesen Umständen ist es nun interessant zu erfahren, wie die Herren Großgrundbesitzer, deren wenige über die große Ausdehnung des Agro Romano verfügen, der Aufforderung der Regierung Folge geleistet haben. Aus dem Bericht des Gemeindevorstehers der Stadt Rom für den Agro Romano geht nun hervor, daß die Anbaufläche für Weizen, Gerste, Hafer und Getreide im laufenden Jahre 26 552 Hektar beträgt, 5049 Hektar weniger als im Vorjahre, mit einer Verminderung von 16 Proz. Die Grundbesitzer machen geltend, daß die Ueberschwemmungen die Aussaat in den tiefergelegenen Landschaften verhindert hätten. Weiter hätte die Verfürgung des Mangels an Arbeitskräften und Vieh die Ausdehnung des Getreidebaus verhindert. Wahrscheinlich ist es, daß die Grundbesitzer sich durch die hohen Getreidepreise vom Getreidebau abhalten lassen. Aus den Berichten des italienischen Landbesitzerverbandes der Landwirtschaft im vorigen Jahre trotz des Krieges sehr groß war. Fürcht vor Arbeitermangel kann die Landbesitzer also nicht von der Bestellung abgehalten haben.

## Letzte Nachrichten.

### Zu den Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika.

London, 23. Februar. (W. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet: In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Washington glaubt man bestimmt, daß Staatssekretär Lansing entscheiden wird, daß die „Appam“ eine gute deutsche Brise ist, daß sie aber nicht in einem amerikanischen Hafen dauernd Schutz finden kann und deshalb amerikanisches Gebiet verlassen muß.

„Morning Post“ erfährt aus Washington, es werde der Tatsache, daß Wilson mit den Führern der verschiedenen politischen Gruppen eine Unterredung hatte, große Bedeutung beigegeben. Einigkeit sei erzielt, aber man glaubt, daß der Präsident die Führer über die Spannung der Beziehungen zu Deutschland unterrichtet und sie hat, öffentliche Erörterungen der Lage zu unterlassen, um zu vermeiden, daß die Erbitterung des Landes wachse. Wenn es zu einem Bruch kommen würde, würden die Demokraten und die Republikaner die Politik des Präsidenten unterstützen. Man glaubt jedoch nicht, daß Deutschland leichten Herzens sich ein wichtiges neutrales Land entfremden würde.

„Times“ erfährt aus New York vom 22.: Staatssekretär von Jagow teilte den Vereinigten Staaten durch Vermittlung des Korrespondenten der „New York World“, Karl Wiegand, mit, daß es die unabänderliche Absicht der deutschen Regierung sei, am angegebenen Tage, nämlich dem 2. März, damit anzufangen, bewaffnete Handelsschiffe wie Hilfskreuzer zu behandeln.

### Paris, 23. Februar. (W. Z. V.) (Sabasmeldung.)

„New York Herald“ erfährt aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, ihre Beziehungen zu Bernstorff abzubrechen und mit Berlin direkt weiter zu verhandeln.

Anmerkung des W. Z. V.: Die Nachrichten des skrupellosen antikatholischen „New York Herald“ sind mit allergrößter Vorsicht aufzunehmen. Wie wir erfahren, ist an hiesiger amtlicher Stelle über den angeblichen Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten nichts bekannt.

### Ein englischer Flotten-Minister.

London, 23. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. Premierminister Asquith kündigte an, daß Lord Robert Cecil der Minister sein würde, dem die Flottenabfrage unterstellt werde. Er werde den Rang eines Kabinettsministers haben, aber Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten bleiben. Ihm werde ein Marineminister im Range eines Admirals beigegeben werden.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Berliner Lackierer im Kriegsjahre 1915.

Die Befürchtung, daß sich durch die lange Kriegsdauer die Verhältnisse im Lackierergewerbe verschlechtern würden, hat sich nicht erfüllt. Die vielen militärischen Einziehungen haben bewirkt, daß Arbeitslose Unterkommen in Betrieben fanden, wo Arbeit, namentlich Kriegsarbeit, vorhanden war. Von Arbeitslosigkeit war wenig die Rede. Am Ende des Jahres allerdings konnte man feststellen, daß die Hochkonjunktur vorüber war. Die erzielten Verdienste hatten sich im Laufe des Jahres erheblich gesteigert. Ende 1914 wurde festgestellt, daß in den Betrieben, die für die Heeresverwaltung arbeiteten, die Verdienste 90 Pf. bis 1 M. betrugen. Demgegenüber kamen in diesen Betrieben im Laufe des Jahres 1915 durch allmähliche Steigerungen die Verdienste auf 1,10 M., 1,20 M. und 1,40 M. In einzelnen wenigen Werkstätten der Seilmacherei steigerten sich die Verdienste sogar auf 1,50 M., 1,70 M. und 1,80 M. — Verschiedene mit der Kriegszeit zusammenhängende Umstände bewirkten, daß der alten Forderung auf eine angemessene Arbeitszeit hier und da keine Beachtung geschenkt wurde. Uebrigens hat der Direktor der Firma Vorsta die Erklärung abgegeben, daß mit dem Glödenische „Frieden“ die verlängerte Arbeitszeit aufgehoben werde. Die Lackierer in einzelnen Werkstätten kommen zu der Feststellung, daß die lange intensive Tätigkeit eine Abnahme des Körpergewichts verurteilt. Gewichtsverluste von 5 bis 10 Kilo gehören nicht zu den Seltenheiten. Andere klagten über schlechte Luft in den Betrieben. Eine Untersuchung des verwendeten Terpentin ergab, daß er mit Methylnitrat vermischt war. Professor Prossauer stellte das fest. Sein Gutachten läßt die Annahme zu, daß unter normalen Verhältnissen die Behörde ein derartig vermishtes Terpentin verbieten würde. Der Herr Professor hielt für notwendig, daß gut gelüftet werde und daß die Lackierer sich möglichst viel in freier Luft bewegen müßten, damit ihnen die schlimmen Dünste nicht allzuweh schaden. — In den Wagenlackereien lagen die Verhältnisse anders, abgesehen von den Betrieben, wo Kriegsfahrzeuge zu lackieren waren. Ein großer Teil der Wagenlackereien war überhaupt geschlossen. Wo sonst zeitweise noch zu tun war, schaffte der Meister mit ein oder zwei Lehrlingen die Arbeit allein. — Doch

trübsamer sah es bei den Möbellackierern aus. Diese Branche hatte fast nichts zu tun.

Durch die fortwährenden Einziehungen verlor die Sektion der Lackierer einen großen Teil der Funktionäre. Es sind nur zwölf Vertrauensleute übrig geblieben. Die Bezirksleitungen mußten des öfteren neu besetzt werden.

Am Jahresabschluss hatte die Sektion 854 ortsanwesende Mitglieder. Dem sei gegenübergestellt, daß die Sektion am Schlusse des Jahres 1913 einen Mitgliederbestand von 750 und am Schlusse des Jahres 1914 einen solchen von 840 aufwies. Jedenfalls zeigt sich, alles in allem genommen, daß sich die Organisation während des Krieges recht gut gehalten hat. — Die Arbeitslosenliste wurde so gut wie nicht in Anspruch genommen. Am 31. Dezember 1915 hatte sie einen Bestand von 672,30 M.

In der Jahresversammlung der Sektion wurden die jetzigen Funktionäre (Sektionsleitung) wiedergewählt. Dann erledigte die Versammlung noch wichtige Fragen der Ausgestaltung der Agitation,

faktionen mit einigen geringfügigen Änderungen angenommen. Den Verbandsmitgliedern sollen die Zeitsätze zugestanden und dieselben erlucht werden, sich eingehend mit der Unterbringung kriegsbeschäftigter Malergehilfen zu befassen.

Da zu gleicher Zeit auch die Arbeiterverbände auf ihren Delegiertenversammlungen die Vereinbarung annahmen, ist hiermit der gewerbliche Friede im deutschen Malergewerbe gewahrt.

**Verarbeiterfreie in Oberschlesien.** Auf der kölischen Grube Versuchsbacht Königsbütte haben eine Anzahl Wagenheber die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen wegen der hohen Lebensmittelpreise eine angemessene Lohnerhöhung. — Die königlichen Gruben könnten den Arbeitern währlich den Wunsch erfüllen.

## Ausland.

### Von der Buchbinder-Internationale.

Auf der letzten internationalen Konferenz der Buchbinderverbände, die 1913 in Brüssel stattfand, wurde beschlossen, die nächste Konferenz im Jahre 1916 in Kristiania stattfinden zu lassen. Das Internationale Buchbinder-Sekretariat in Berlin hat nun aber den angebotenen Verbänden den Antrag unterbreitet, die fällige Konferenz bis auf weiteres zu verschieben, da Sachverhalte und andere Umstände es manchem Vertreter unmöglich machen würden, die Konferenz zu besuchen. Weiter führt das Sekretariat an: so sehr man darauf rechnen könnte, daß nach dem Kriege die internationale Vereinigung der Buchbinder in alter Weise weiter funktionieren würde, so sei jetzt die durch den Weltkrieg hervorgerufene Spannung unter den kriegsführenden Völkern so groß, daß wahrscheinlich nicht alle Verbände sich zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz entschließen würden, selbst wenn ihnen die Möglichkeit gegeben sein sollte. Unter solchen Verhältnissen zu einer richtigen Bewertung der beruflichen internationalen Verbindungen auf einer Konferenz zu kommen, sei fraglich, zumal die zukünftige Gestaltung von Handel und Wandel ziemlich dunkel vor uns liege. — Es steht zu erwarten, daß die angebotenen Verbände sich diesen Gründen anschließen und für die Verschiebung der Konferenz sich aussprechen werden.

## Deutsches Reich.

### Keine Tariffämpfe im Malergewerbe.

Der Hauptverband der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hielt seine 8. Hauptversammlung am 14. Februar in Eisenach ab. Dem Verbandstage, der von über 300 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besucht war, gingen Sitzungen des Vorstandes und der Gau-Delegierten voraus. Zweck der Tagung war Stellungnahme zu den Einigungsprojekten des Reichsamts des Innern über Teuerungszulage an die Arbeitnehmer, Tarifverlängerung und Kriegsfürsorge. Der eingehende Bericht des Hauptverbandsvorsitzenden Kruse-Berlin über die Verhandlungen im Reichsamt des Innern, dem sich eine längere Aussprache für und gegen die Vorschläge anschloß, hatte das Ergebnis, daß die Teuerungszulage mit mehr denn  $\frac{1}{4}$  Majorität (37,2 Millionen Mark Lohnsumme gegen 93 Millionen Mark Lohnsumme) angenommen wurde. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den staatlichen und städtischen Behörden vorstellig zu werden, daß dieselben den gesteigerten Materialpreisen und Löhnen entsprechend gleichfalls Erhöhungen der Arbeitspreise für Malerarbeiten vornehmen.

Nach einem Bericht des Gauvorsitzenden Hanfer-Hamburg über Kriegsverletzten-Fürsorge wurden die Vorschläge der Arbeiter-Organis-

# A. Wertheim

## Geflügel

Donnerstag und Sonnabend:

Pommersche Bratgänse	1/2 Pfund	2.35	2.50
Fette Milchmalputen	1/2 Pfund	2.35	2.50
Fette Suppenhühner	1/2 Pfund	2.10	
Brathühner	1/2 Pfund	2.30	
Perlhühner	1/2 Stück	5.50	
Pommersche Candler			
Wildenten	1/2 Stück	2.00	
Schneehühner	1/2 Stück	2.40	2.60

## Obst und Gemüse

Donnerstag, soweit Vorrat:

Wirsingkohl Holländer	1/2 Pfund	16 Pf.
Weißkohl Dänischer	1/2 Pfund	12 Pf.
Gelbe Kohlrüben Holländer	1/2 Pfund	5 Pf.
Cränkohl Holländer	1/2 Pfund	14 Pf.
Chikoree	2 Pfund	35 Pf.
Zwiebeln Holländer	1/2 Pfund	20 Pf.
Rhabarber	1/2 Pfund	15 Pf.
Schwarzwurzeln	1/2 Pfund	15 Pf.
Große Dauer-Maronen	1/2 Pfund	32 Pf.
Mandarinen	1/2 Pfund	45 Pf.
Koch-Birnen	1/2 Pfund	25 Pf.
Boskop-Äpfel	1/2 Pfund	32 u. 38 Pf.
Blut-Äpfelinen	1/2 Duzend	95 Pf. u. 1.20
Äpfelinen	1/2 Duzend	75 Pf. u. 1.10
Delikateß-Feigen	1/2 Pfund	1.20

## Räucherwaren

Geräucherte Sprotten	1/2 Pfund	45 Pf.
Kleier Sprottdücklinge	1/2 Pfund	35 Pf.
Kleier Schleibücklinge	1/2 Stück	20 Pf.
Kleier Makreldücklinge	1/2 Stück	40 Pf.
Strallunder Bratheringe	4-Liter-Dose	5 M.
Heringe i. Gelee 4-Liter-Dose	5.50	5.00 Pf.
Rollmopse	4-Liter-Dose	5.50
Seemusch. i. Gelee 4-Liter-Dose	4.50	4.00 Pf.
Bismarckheringe	4-Liter-Dose	5.50
Thüringer Sauerkohl	15 Pf. 15 Pf. 70 Pf.	
Salzgurken 5 Stück 70 u. 8-Liter-Dosen	3.50	7 M.
Cornichons	1/2 Pfund	80 Pf., 10 Pfund 7.50
Geräucherter Lachs	1/4 Pfund	1.10
in ganzen Seiten	1/2 Pfund	3.80
Geräucherte Oder-Hale	1/2 Pfund	2.60 4 M.
Sardellen	1/2 Pfund	1 M. 1.80
Caviar leicht gefärbt	1/4 Pfund	1.25
Salzheringe in allen Preislagen.		

## Fleisch

Verkauf Donnerstag, soweit Vorrat

Kalbskeule i. Ganzen	1/2 Pfund	1.50	Rinderkamm	1/2 Pfund	1.90
Kalbsrücken i. Ganzen	1/2 Pfund	1.50	Rinderquerrippe	1/2 Pfund	1.90
Kalbsrücken geteilt	1/2 Pfund	1.60	Rinderbrust	1/2 Pfund	1.90
Kalbskamm	1/2 Pfund	1.45	Roastbeef mit Knochen	1/2 Pfund	2 M.
Kalbsbrust	1/2 Pfund	1.49	Gehacktes Fleisch	1/2 Pfund	1.80
Kalbsgulasch	1/2 Pfund	1.70			

## Konserven

Donnerstag bis Sonnabend:

Junge Schoten sehr fein	1/2 Dose	1.45	Mirabellen	1/2 Dose	1.30
Junge Schoten fein	1/2 Dose	1.20	Pflaumen	1/2 Dose	75 Pf.
Junge Schoten sehr	1/2 Dose	65 Pf.	Reineclauden	1/2 Dose	1.35
Junge Schoten	1/2 Dose	65 Pf.	Erdbeeren	1/2 Dose	1.50
Karotten geschnitten	1/2 Dose	48 Pf.	Preißelbeeren	1/2 Dose	1.30
Stekrüben	1/2 Dose	48 Pf.	Apfelmus	1/2 Dose	85 Pf.
Spinat	1/2 Dose	58 Pf.	Apfelmus	1/2 Dose	48 Pf.
Weißkohl	1/2 Dose	48 Pf.	Spanische Aprikosen	Dose	2.10
Wachsbohnen	1/2 Dose	62 Pf.	Sellerie in Scheiben	1/2 Dose	68 Pf.

## Stangenspargel

mit grünen Köpfen, vorzüglich im Geschmack

Riefen-Stangenspargel	1/2 Dose 10 bis 16 Stangen	1.68
Stangenspargel extra stark	1/2 Dose 20 bis 24 Stangen	1.58 1/2 Dose 85 Pf.
Stangenspargel sehr stark	1/2 Dose 28 bis 30 Stangen	1.48 1/2 Dose 80 Pf.
Stangenspargel stark	1/2 Dose 34 bis 38 Stangen	1.38

Norweg. Sardinen in Zamat	42 Pf.	Hal in Gelee	Dose	1.20
Norweg. Sardinen in Zamat	60 Pf.	Filetheringe	Dose	1.10
Norweg. Sardinen in Del-Dose	70 Pf.	Bratheringe	Dose	95 Pf.
Norweg. Sardinen in Zamat	1.05	Räucherlachs	Dose 1 M.	1.90 3.75
Fischklöße	1/2 Dose	Bratheringe	1-Liter-Dose	1.90
Fischklöße	1/2 Dose	Charlotten-Rouladen	Dose	1.15

## Fische

Donnerstag bis Sonnabend, soweit Vorrat:

Grüne Heringe	1/2 Pfund	35 Pf.	Salzfische	1/2 Pfund	40, 45, 53 Pf.
Frische Ostsee-Schollen	1/2 Pfund	50 Pf., 8 Pfund 2.25	Lebende Schleie	1/2 Pfund	1.45
Norweg. Seelachs ohne Kopf in 8 Stk. 1/2 Pf.	65 Pf.	Leb. starke Hale	1/2 Pfund	2.40	
Nordsee-Cabillau ohne Kopf in 8 Stk. 1/2 Pf.	75 Pf.	Leb. Heidelberg. Forellen	1/2 Pfund	3 M.	
Tütländ. Schellfisch	1/2 Pfund	80 Pf.	Leb. u. gekochl. Hummern	1/2 Pfund	5.20
Getrocknet. Klippfisch	1/2 Pfund	65 Pf.	Nordsee-Muscheln	1/2 Pfund	35 u. 65 Pf.

## Marmelade

aus frischen Früchten — leicht gefärbt.  
 Himbeer leicht gefärbt. Eimer ca. 5 Pf. 3.90  
 Johannisbeere leicht gefärbt. Eimer ca. 5 Pf. 3.90  
 Kirsch od. Aprikosen Eimer ca. 5 Pf. 3.90  
 Pflaumen Eimer ca. 5 Pf. 2.75  
 Gemischte Marmelade Eimer ca. 5 Pf. 2.40  
 Gemischte Marmelade Eimer ca. 10 Pf. 4.50

Verkauf am Buttertag:

Apfel-Marmelade	1/2 Pfund	45 Pf.
Gemischte Feilchobit-Marm.	1/2 Pfund	45 Pf.
Vierfrucht-Marmelade	1/2 Pfund	45 Pf.
Johannisbeeren-Marmelade	1/2 Pfund	45 Pf.
Erdbeer mit Apfel-Marm.	1/2 Pfund	55 Pf.
Himbeer mit Apfel-Marm.	1/2 Pfund	55 Pf.
Pflaumen mit Apfel-Marm.	1/2 Pfund	55 Pf.
Orangen-Marmelade	1/2 Pfund	75 Pf.
Pflirsich-Marmelade	1/2 Pfund	75 Pf.
Aprikosen-Marmelade	1/2 Pfund	75 Pf.
Rheinisches Apfelkraut	1/2 Pfund	60 Pf.
Pflaumen-Marmelade	1/2 Pfund	55 Pf.
Thüringer Pflaumenmus	1/2 Pfund	75 Pf.
Kunsthonig, bid	1/2 Pfund ohne Glas	35 Pf.

## Kolonialwaren

Malsgries u. Gerstengrütze	1/2 Pfund	73 Pf.
Flocken Tapioka	1/2 Pfund	83 Pf.
Kartoffelgraupe	1/2 Pfund	64 Pf.
Buchweizenmehl	1/2 Pfund	60 Pf.
Futter Wicken	1/2 Pfund	53 Pf.
Mokka-Pudding gefärbt	1/2 Paket	4? Pf.
Cumberland-Pudding gefärbt	1/2 Paket	38 Pf.
Mandel-Röllchen-Pudding gefärbt	1/2 Paket	38 Pf.
Eier-Pudding gefärbt	1/2 Paket	38 Pf.
Olympia-Pudding gefärbt	1/2 Paket	23 Pf.
Residenz-Pudding u. Sommerpflaume	1/2 Paket	18 Pf.
Röllchen-Pudding mit Mandel	1/2 Paket	13 Pf.
Saucen-Pulver m. Vanille-Geschmack	1/2 Paket	9 Pf.
Delikateß-Pudding-Pulver mit verschiedenem Geschmack	10 Beutel	95 Pf.

## Ausland. Käse

Gebirgskäse f. d. Feldpost	1/2 M.	50 Pf.
Emmentaler Schachtelkäse	1/2 Stück	1.75
Emmentaler Kräuterkäse	1/2 Stück	30 Pf.
Edamer in ganz. Riegeln	1/2 Pf. 1.80	1.90 2 M.
Käse im Auschnitt	1/2 Pf. 2 M.	2.10 2.20
Holländer Vollfett-Käse	1/2 Pf. 2 M.	2.40
Holländer Brothkäse	1/2 Pf. 2 M.	2.20
Holländer Käse	1/2 Pf. 2 M.	2.20 2.30
Edamer Käse	1/2 Pf. 1.65	im 1.80

Im Wintergarten Leipziger Straße Ausstellung „Der Hausfrauengarten“ veranstaltet von der Zentrale der Hausfrauen-Vereine Groß-Berlin



Krieg und Frieden im Landtag.

14. Sitzung. Mittwoch, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Loebel.

Bei der zweiten Lesung des Etats wird die Besprechung der auf den Krieg bezüglichen

allgemeinen Fragen politischer Natur

fortgesetzt.

Abg. v. d. Osten (L.):

Der Abg. Ströbel hat eine Rede gehalten, die sehr wenig den Geist des Vurgriedens erkennen läßt. Ich werde seinem Beispiel nicht folgen, werde speziell über die Kriegsziele auch nicht auf dem Umwege sprechen, wie das Abg. Ströbel in mehr geschickter als loyaler Weise getan hat. Aber einzelne seiner Ausführungen dürfen doch nicht unwiderprochen in das Land hinausgehen. Er meinte, es müsse nach dem Kriege zu den ernstesten sozialen und politischen Kämpfen kommen. Dies wird recht wenig im Einklang mit den Hoffnungen, von denen sich anscheinend die königliche Staatsregierung bei ihrer Versöhnungspolitik leiten läßt (Sehr richtig! rechts), und auch wenig im Einklang mit gewissen Reden eines anderen Teiles der Partei des Abgeordneten Ströbel, wie sie im vergangenen Jahre beim Kultusfest der Abgeordnete Haenisch gehalten hat. Die Erwähnung, daß Herr Haenisch im vorigen Jahre hier für seine Partei eine Rede gehalten konnte, die ich wohl als patriotisch bezeichnen kann und die manchem von uns beinahe aus dem Herzen gesprochen war, und daß demgegenüber gestern Abgeordneter Ströbel eine Rede halten konnte, die durchaus von der entgegengelegten Tendenz getragen war, gibt uns doch zu denken und legt auch der Staatsregierung die Pflicht auf, sehr ernstlich zu überlegen, ob denn die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie sich zu einer Partei entwickeln könne, mit der sich leben lassen, gerechtfertigt ist. (Sehr richtig! rechts.) Es liegt mir vollkommen fern, mich in die Interna der sozialdemokratischen Partei einzumischen. Die interessieren und gar nicht. Aber es interessiert mich schon, wenn der Vertreter der Sozialdemokratie, der sich selbst als Vertreter von dreieinhalb Millionen Wählern zu erkennen gab, doch vielleicht nur einen geringen Teil dieser Massen hinter sich hat, während ein anderer, erheblicher Teil doch in der Opposition bis her sich zu einer ganz anderen Stellung bekannt hat. — Es ist ja ein altes Wort: Begeisterung ist keine Peringsware, aber ebenso wenig, wie sich aufkommende Begeisterung auf lange Zeit halten läßt, ebenso sicher kann eine weise geführte Regierung und fester Wille der Bevölkerung doch aus solcher Begeisterung ein Residium herausdestillieren, das für die Zukunft große und gute Reime enthalten kann. (Sehr richtig!) Ich möchte wünschen, daß dieses Ergebnis aus großer Zeit unserem Volke trotz der düsteren Prophezeiung des Abg. Ströbel erhalten bleiben möge. (Bravo!) — Dann hat der Abg. Ströbel in bezug auf

unsere Rüstungsindustrie

habon gesprochen, das sei ja alles nur Maske einer Interessenspolitik. Das sagt der Vertreter der Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo im ganzen Lande mit überwältigender Einmütigkeit festgesetzt ist, daß gerade unsere Rüstungsindustrie die Bewunderung der ganzen Welt drauhen erweckt durch ihre außerordentlichen Leistungen in diesem Kriege. (Sehr wahr!) Wie jämmerlich sind die gegen Krupp vor dem Kriege gerichteten Angriffe zusammengebrochen vor diesen gewaltigen Leistungen. Denken Sie an die viele Verta, wie sie im Sturm feindliche Festungen überwand. Wie kann man in einem solchen Moment sich hinstellen und sagen: das ist alles Maske einer Interessenspolitik! Wir fehlen die parlamentarischen Worte, um das zu kennzeichnen. (Bravo! rechts.) Es entpringt das der fügen Idee — es liegt mir fern, dem Abg. Ströbel den guten Glauben abzusprechen — die einen Teil seiner Partei beherrscht, daß in diesem kapitalistischen Staate alles unter allen Umständen schlecht sein muß, während doch diese kapitalistische Wirtschaftsordnung und auf einen Standpunkt gebracht hat, daß wir trotz der Kriegskrisis in rein kapitalistischer Beziehung allen unseren Feinden weit überlegen sind. (Sehr richtig!) — Dann hat der Abg. Ströbel weiter eine ganz unerhörte Behauptung aufgestellt. Anknüpfend an die ohne jeden Beweis gebliebene Behauptung, daß gelegentlich einer militärischen Unternehmung trotz Protestes des Arztes der betreffende militärische Kommandoführer einen Militärärztlichen, weil er eine Strafliste gehabt habe, an die Front geschickt habe, hat Abg. Ströbel behauptet, daß heute

die Vaterlandsverteidigung längst zur Strafe

geworden sei, obwohl sie eigentlich eine Ehre sein sollte. (Hört, hört! rechts.) Selbst das Ausland wird über eine solche Behauptung lachen, wir aber hier im Inland müßten weinen, wenn wir hören, was unseren braven Leuten drauhen an der Front hier zugemutet wird. Es ist eine Schande, daß im preussischen Landtag solche Worte gesprochen werden können. (Stimmliches Bravo! rechts und Pfuihu! — Abg. Ströbel: Das ist eine Entstellung.) Herr Ströbel, Sie können sich nicht mehr reinwaschen, das steht allemal fest. Dringen Sie nur auch meine Antwort in den „Vorwärts“ hinein. Wir werden ja sehen, was da drin steht. Die Rede des Herrn Ströbel war sein äußerlich ausgearbeitet, um sofort in die Druckerei zu geben. Wir wollen doch mal sehen, ob die Sozialdemokratie den Mut hat, auch die Aufschauungen der Gegenseite zum Ausdruck zu bringen. Rein, da werden nur ein paar inhaltslose Sätze gebracht, das ist der Wahrheitsfuss der Sozialdemokratie! (Sehr wahr! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Ströbel weiter ein Lob angekündigt hat auf die literarische Bedeutung d' Annunzios, so sind das Geschmacksfragen. Mich schüttelt der Ekel, wenn ich dieses brünstige gesunde Geschreibsel lese. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Zeit einen solchen Mann, der uns in niederträchtiger Weise in den Staub gezogen hat, zu loben, dafür habe ich kein Verständnis. (Sehr richtig! rechts.) Auch für das Plag von Objektivität, mit der Herr Ströbel behauptete, die Engländer führten aus idealen Motiven den Krieg gegen uns, fehlt mir als Bräute der Sinn. (Lebhafte Beifall rechts.) Ich wünsche, Herr Ströbel könnte drauhen dem Feinde Auge gegenüberstellen, er würde mit einer solchen Versöhnungsbrede eigentümliche Erfahrungen machen. (Sehr gut! rechts.) Auch die Sozialdemokratie sollte sich an das Wort des Kanzlers halten, daß wir endlich die Sentimentalität verlieren müssen. Wo ist denn Ihre (zu den Sozialdemokraten) berühmte internationale geblieben? (Sehr gut! rechts.) Alle Sozialisten der feindlichen Länder sind für die Niederwerfung Deutschlands bis zur Ohnmacht. Also wir stellen mit Beträubnis fest, daß bei uns wenigstens ein Teil der Sozialdemokratie keine Ahnung von den gewaltigen idealen Kräften hat, die unser Volk in dieser schweren Zeit beherrschen und uns durch alle Beschwerden und Nimmernisse hindurchzuführen werden. Anschauungen, wie denen des Abg. Ströbel gehört nicht die deutsche Zukunft. (Lebhafte Beifall, Zurufe bei den Sozialdemokraten: Abwarten!)

Mit den Ausführungen des Abg. Stull über Literatur und Theater sind wir einverstanden. Unter Urteil über die Prekerlasse des Ministers stellen wir einstweilen zurück und warten ihre Handhabung ab. Ferner sind wir gegen jede einseitige Handhabung der

Zensur. Wir verlangen keine Vorteile für uns, aber gleiches Recht für alle. Im Ausland wird die öffentliche Meinung von der Presse fortwährend gegen Deutschland aufgepeitscht. Die Zensur sollte uns in der Meinungsäußerung einer kräftigen energischen Abwehr gegen solche Angriffe nicht beschränken. Das Volk will nicht mehr hinter spanischen Wänden gehalten werden, es will sein Teil der Verantwortung in dieser großen Zeit mittragen. (Lebhafte Beifall rechts, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wahlrecht!)

Abg. Weinhausen (Sp.):

In der Beurteilung der Rede des Abg. Ströbel stimmen wir wohl mit allen Parteien dieses Hauses und auch mit der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokratie darin überein, daß diese Rede tief bedauerlich war. Auch die patriotischen Gefühle meiner Freunde sind durch sie aufs tiefste verletzt worden. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Der Vordränger hat aber der Rede zu große Wichtigkeit beigemessen. Es waren Ausführungen eines Einpänners. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Selbst hier im Hause gibt es noch andere Sozialdemokraten als Herrn Ströbel. (Sehr richtig! links.) Wir haben bis in die letzten Tage von sozialdemokratischer Seite Reden hören können, von denen jeder sagen muß, daß sie von warmerherzigem Patriotismus erfüllt waren. Auch aus den Reihen der Sozialdemokraten selbst, die an der Front stehen, ist uns eine ganz andere Stimmung zu Ohren gekommen, als man nach der Rede des Abg. Ströbel annehmen möchte. Jedenfalls sind Sozialdemokraten in Feldpostbriefen von den Herren Liebknecht und Genossen sehr deutlich abgerückt. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Die anderen Briefe dürfen nicht veröffentlicht werden!) Es steht außer Zweifel, daß innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterkraft die stärkere mächtigere Organisation die der Gewerkschaften ist, und diese große geschlossene Gruppe hat sich während des Krieges ganz einheitlich auf den Boden der Wahrheit innerhalb der Sozialdemokratie gegen die Minderheit gestellt. Ich erinnere nur an

das gewerkschaftliche Kriegsbuch,

wo die Leiter von 13 der größten Gewerkschaftsverbände (Abg. Ab. Hoffmann: Die Leiter!) ihre Ansicht darstellten über das Interesse der sozialdemokratischen Arbeiterkraft am Kriegsergebnis und wo sie sich ganz einmütig für die Notwendigkeit des Durchhaltens und des Sieges erklärten. (Hört! hört!) So spricht einer: „Hoffnungslos wäre die Zukunft, wenn dieser Krieg mit der Zertrümmerung Deutschlands endete“, und ein anderer: „Wehe dem deutschen Arbeiter, wenn wir nicht Sieger blieben.“ In diesem Kriege geht es um die Kultur und die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes.“ (Abg. Haenisch [Soz.]: Sehr richtig!) Was der Abg. Hue in diesem Buche schreibt, klingt beinahe, wie die Kriegsziele des Reichskanzlers. So sprechen deutsche Arbeiterführer, die die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter hinter sich haben, denn sie sind die Vorkämpfer der größten Verbände. Auf demselben Boden stehen die Christen und die christlichen Gewerkschaften. Also gegenüber der deutschen Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit sind diese Herren um Herrn Ströbel nur eine verschwindende Minderheit und wir sollten nicht allzuviel Gewicht auf ihre Äußerungen legen. (Sehr richtig.) Deshalb scheint es mir auch ganz falsch, wenn der konservative Redner auf Grund dieser einen Rede des Abg. Ströbel die Regierungen zu beeinflussen sucht ihre Versöhnungspolitik aufzugeben. Ich begreife nicht, wie man in einem Moment, wo drauhen die sozialdemokratischen Arbeiterkräfte ebenso wie alle übrigen Berufsstände freudig und gern jedes Opfer für ihr Vaterland bringen, hier eine Politik des starken Mannes verlangen kann. Wir stehen auf dem Boden der Ehre und wir wünschen, daß nach diesem Kriege unser Volk nicht wieder auseinandergerissen werden darf durch die Geistesgebung in verschiedene Teile, die sich feindselig gegenübersehen. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß die Regierung gegenüber den Lockungen des Vordrängers festhalten wird an dem Gedanken der Neuorientierung im verjüngenden Sinne. (Bravo! links.)

Rum beantragen die Sozialdemokraten die

Aufhebung des Belagerungsgesetzes.

Auch wir tragen schwer unter den idealen Opfern, die in diesem Kriege gebracht werden müssen. Aber diesem Antrag können wir nicht zustimmen. Das Belagerungsgesetz ist notwendig zur Verhinderung der Spionage und weil wir uns noch fortgesetzt gewissermaßen in einem Zustand der Mobilmachung befinden. Es werden noch immer neue Formationen aufgestellt, neue Kampfmittel erprobt usw.; das muß unbedingt geheim bleiben. Andererseits erkennen wir natürlich an, daß der Belagerungszustand ein schweres Übel ist und müßten die vorgebrachten Klagen durch unsere eigenen vermehren. Auch zahlreiche unserer Parteiredner müßten sich der Zensur fügen und ebenso unsere Zeitungen. Wir wünschen, daß alle überflüssigen Härten vermieden werden. Es trifft nicht zu, daß diese Härten im System selbst liegen, denn eine ganze Reihe der Maßnahmen der Militärbehörden haben im Volke lebhaftest Billigung gefunden und auch eine ganze Anzahl Zensurstellen haben im Laufe der Zeit es verstanden, ganz erträglich mit den Zeitungen zusammenzuarbeiten. Allerdings können auch jetzt noch immer viel Übergriffe vor. Deshalb stimmen wir den Anträgen der Kommission in bezug auf die Handhabung der Zensur zu, abgesehen von dem Antrag über die Erörterung der Friedensziele. Und bestimmt dazu die unklare Fassung des Antrags. Die geistige Aussprache hat bewiesen, daß von einer Einmütigkeit im Augenblick bei der Besprechung der Kriegsziele keine Rede sein würde. Das würde uns nach außen nicht stärken. Das Hauptübel ist die immer weitere Ausdehnung der Zensur. Zuerst betraf sie nur rein militärische Angelegenheiten, dann die auswärtige Politik, schließlich auch die innere, die Wirtschaftspolitik, und heute gibt es überhaupt kein Gebiet der öffentlichen Erörterung mehr, wo die Zensur nicht mitzureden verlangt. Nicht nur Minister und hohe Beamte werden vor allzu scharfer Kritik geschützt, sondern auch Privatpersonen. Selbst wahrheitsgetreue Parlamentenoberichter wurden zensuriert. (Hört!) Die vielen Beschwerden über die Handhabung eines 60 Jahre alten Gesetzes sollten uns eine Lehre sein, daß solch alte Gesetze für die moderne Zeit überhaupt nicht mehr passen. (Sehr richtig! links.) Herr Stull hat zwar die Einschränkung der Zensur auf rein militärische Angelegenheiten verlangt, im gleichen Atemzuge aber ein Einschreiten gegen Theater und Literatur gefordert. Ja begreife nicht, wie die angeblich so liberalen Zensoren heute noch Zeit haben, darüber zu machen, daß Schwabers „Weißtuchel“ nicht aufgeführt wird. (Sehr gut! links.) Wenn die Zensur sehen, daß ihre Plätter unter Unfreiheit und Uniformität leiden, so muß das das Ansehen der Presse schädigen. Die Berliner Pressekonferenzen sind keineswegs so nutzlos, wie Abg. v. Loebel gestern behauptete. Er hat auch ohne Not einen internen Vorkall aus der Pressekonferenz vorgebracht. Gibt es denn im Parlament nicht auch Indiskretionen? Was berechtigte ihn, diesen internen Vorkall, der seine Schöne gefunden hat, öffentlich zu besprechen. Auch die Darstellung vom Kriegspresseamt war nicht. Der Offizier an seiner Spitze genießt das Vertrauen aller Zeitungsleute. Die öffentliche Erörterung der kommenden Steuererlagen muß Volk und Presse freigegeben werden. (Zustimmung.) Die Presseklasse des Ministers waren keine Ruhmes-

ziele freigegeben; das deutsche Volk ist reif genug, um von seiner Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen. Auch zur Presse muß man Vertrauen haben. (Bravo! links.)

Abg. Sacmeijer (natl.):

D'Annunzio mag gewisse Fähigkeiten haben, aber er ist eine männliche Gure, und aus seinen Worten spricht der Geist eines vollkommenen Menschen. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß wir trotz Liebknecht und Theodor Wolff in einer großen Zeit leben. (Weiterkeit.) Herrn Ströbels Versicherung, nach Aufhebung der Zensur würde die sozialdemokratische Presse niemals den niederen Ton der bürgerlichen Presse finden, zwingt mich zu der Feststellung, daß das Wort vom „Sauberdenton“ nicht bürgerlichen Blättern entstammt und zuerst auch nicht gegen bürgerliche Kreise gemeint war. (Hört! hört!) Wir müßten an der Zukunft des Volkes verjüngeln, stünde ein erheblicher Teil hinter Liebknecht und Ströbel. (Sehr wahr!) Aus ihren Reden dürfen wir keinen Schluß ziehen auf die Stimmung der Massen. (Abg. Ab. Hoffmann: Aber aus den Zwischenrufen eines Haenisch! Weiterkeit.) Die Zensur hat arge Mißgriffe begangen. Das schlimmste ist, daß es für die Zensur keine verantwortliche Stelle gibt. Das auswärtige Amt zum Beispiel zensuriert direkt, nicht auf dem Umwege über die Militärbehörde. Dann aber möge es auch die Verantwortung übernehmen. (Sehr richtig!) Eine Unsumme von Verzögerung hat sich über die

Zensur in der Presse

angefammelt. Hat man doch sogar einem Blatte vorgeschrieben gewagt, die Besprechungen der Reichstagsverhandlungen müßten sich in dem Rahmen halten, in dem sich die Ausführungen des Reichskanzlers bewegen werden. (Große Weiterkeit.) Für diese Art, Politik zu machen, fehlt mir jedes Verständnis. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Die Versuche mit dem Kriegspresseamt und den Pressekonferenzen sind gewiß gut gemeint. Aber es haben sich doch auch allerlei Inzulänglichkeiten ergeben. Es sind vertrauliche Dinge aus der Pressekonferenz weitergegeben worden. Als anständiger Journalist lehne ich die Verantwortung für diese Dinge ab. Wenn man 60 und mehr Journalisten vertrauliche Dinge vorträgt, dann wird sich immer einer finden, der sie weiterkündigt. Man sollte die vertraulichen Informationen den einzelnen verantwortlichen Leitern der großen Blätter geben, dann ruht die Verantwortung auf deren Schultern. Am besten fahren heute das „Berl. Tagebl.“ und die „Frankf. Bg.“, besonders das „Berl. Tagebl.“ mit seiner Tendenz für die „westliche Kultur“ und seiner kosmopolitisch gerichteten Freundschaft gegen die Weststaaten. Für uns, die wir häufig genug Artikel des Grafen Monts oder Dernburgs zurückweisen mußten, besteht nicht dieselbe Freiheit. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts, Aufse: Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen deshalb zu vertraulichen Rundschreiben greifen. Also wir, die wir starke nationale Tendenzen in diesem Kriege zur Geltung zu bringen suchen, sind schlechter gestellt, als die Presse dieser den Kulturanschauungen zuneigenden Mitte. (Große Weiterkeit.) Der Abg. Ströbel selbst hat anerkannt, daß die militärischen Interessen natürlich berücksichtigt werden müssen. Wenn man aber die Wirkung seiner Rede auf das Ausland erwägt, so ist doch wohl ein gewisser Zusammenhang mit militärischen Interessen herzustellen. Wir Nationalliberale und auch die Herren von der Rechten wären sehr froh, wenn wir bei der Regierung so angesehen wären, wie etwa die Sozialdemokraten beim Reichsamt des Innern. (Große Weiterkeit.) Seit Kriegsbeginn dürfen sozialdemokratische Blätter und Bücher in den Kasernen verkauft werden usw. Ich beklage das nicht, denn in diesem gewaltigen Kriege haben große Teile der sozialdemokratischen Wählerkraft in hervorragendem Maße ihre Pflicht für das Vaterland getan. (Allseitige Zustimmung.)

Diesen nationalen Schwung in der Sozialdemokratie

sollte man lebendig erhalten und nicht mit kleinsten Mitteln zu vernichten suchen. (Sehr richtig!) Der Abg. Ströbel hat sich über einzelne Maßregeln bedauert. Ein sehr rechtsstehender Politiker ist vor einem Generalkommando aus seinem Bereich regelrecht verbannt worden. (Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die deutsche Kraft, die sich in diesem gewaltigen Kriege zeigt, darf nicht dem Ausland verkleinert dargestellt werden. Unserem Volke muß unter allen Umständen das Vertrauen in diese Kraft aufrechterhalten bleiben. Das sind durchaus militärische Momente, ohne die es nicht geht. Die Rede des Abg. Ströbel ist aber ganz und gar nicht geeignet, das Vertrauen zu erhalten; auch wenn Herr Ströbel meint, er sage nichts, was Deutschland schädigen könnte. Das Ausland kann bei der Lektüre seiner Rede zu der Meinung kommen, wir könnten nicht durchhalten, wir müßten schon übermorgen um Frieden bitten. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Auch der pessimistische Grundton der Ströbel'schen Rede kann uns nichts von unserem Stolz auf unsere gewaltigen Erfolge nehmen. (Lebhafte Beifall.) Mein Freund Stresemann hat es im Reichstag bedauert, daß unsere Staatsmänner in der heutigen Zeit die Waffe der öffentlichen Meinung für sich zu wenig benutzen und er zitierte, daß man von Luther gesagt habe, die Seele des Volkes sei ein Saitenspiel in seiner Hand. Wenn man doch diesen Anspruch auch auf unser auswärtiges Amt anwenden könnte. (Weiterkeit.) Ich habe die Freizeitsache des Ministers des Innern bedauert, denn ich kann keinen Segen darin erblicken, daß man etwa, um Papier zu sparen, alle 5 in einer Stadt bestehenden Zeitungen zu einer einzigen vereint. (Große Weiterkeit.) Die Regierung hat andererseits zu enge Fühlung mit der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ und der „Kölnischen Zeitung“. (Große langandauernde Weiterkeit.) Immer und immer wieder werden diese Blätter von ihr benutzt. (Lachen links.) Die Verhältnisse haben sich da so zugespitzt, daß der Raum allen für die Erörterung der Kriegsziele freigegeben werden muß. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Von oben werden Schlagworte wie „Schutz der kleinen Völker“, „Freiheit der Meere“ ausgegeben. Das sind ideale, aber keine realen Dinge. Damit wird keine Begeisterung entfacht. Dazu bedürfen wir der Verkündung großer Ziele. Fast überall wird die Heillosigkeit unserer Staatsleitung als bedauerlich empfunden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Der Krieg ist herausgeboren aus der großen Notwendigkeit unserer Zeit und wenn wir unsere Feinde in diesem Kriege nicht niederringen, ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß wir zu einer Nation zweiten Ranges werden. (Stürmischer Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Herr Weinhausen meint, meinen Worten hätte das tiefe patriotische Gefühl gefehlt. Ich hätte nur für einen kleinen Teil meiner Parteigenossen gesprochen. Er hat diese Ausführungen gemacht, trotzdem ich gestern gesagt habe, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie seien die ureigentliche Angelegenheit der Partei selbst. Wenn er vielleicht dabei den Gedanken gehabt hat, ich würde auf den Köder anbeißen und wir würden eine kleine lustige Partecipolemi hier bekommen,



so hat er sich gründlich darin geübt. Das Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei vorhanden sind, weiß jeder, der die sozialdemokratische Presse liest. Es wäre töricht, das vermeintlich zu wollen. Die Meinungsverschiedenheiten sind bei einzelnen führenden Parteigenossen sogar sehr tiefgehender Art. Das soll nicht verhehelt werden. Aber ab der größeren oder kleineren Teil der sozialdemokratischen Wähler ist auf meinen Standpunkt und den meiner Freunde stellt oder auf den andern, können wir ruhig der Zukunft überlassen. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr! — Weiterle.) Mein Freund Gaentisch ist offenbar überzeugt, daß ein erheblicher Teil der Parteigenossen sich auf seinen Standpunkt stellen wird. Wir ändern sind der entgegengekehrten Ueberzeugung. (Zuruf: Avarien!) (Abg. Hoffmann: Warum warten Sie denn nicht ab! Warum zerbrechen Sie sich unsere Köpfe!) Wir hegen diese Zweifel, weil wir uns sagen, die Verhältnisse werden uns Recht geben. Je länger der Krieg dauert, je furchtbarer die Folgen des Krieges über das Volk kommen werden, desto mehr wird unser Wagnis blühen. Der Abg. v. d. Osten hat mir gegenüber mit den größten Entstellungen gearbeitet. Das beweist, wie wenig es ihm möglich ist, mit sachlichen Mitteln entgegenzutreten. Wenn er sagte, ich hätte davon gesprochen, daß die ganze Industrie nur eine Maske persönlicher Interessensvertretung sei, so ist das nicht richtig. Ich habe allerdings allgemeine Ausführungen in der Richtung gemacht, daß gerade, weil weitere Volkspreise der Agrarier und der Industriellen materielle Vorteile aus dem Kriege zogen, dadurch die Gefahr entstehe, daß der Krieg

#### durch die Profitinteressen dieser Schichten verlängert

werde. (Zuruf: Aufrecht. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Tatsachen, die nicht bestritten werden können. Ein Herkules Blatt aus Oesterreich, wie die „Reichspost“, hat das offen zugegeben. Ich halte von dem, was ich gestern darüber gesagt habe, jedes Wort aufrecht, und jeder Logisch Denkende wird das auch zugeben müssen. (Widerspruch rechts.) Gewisse Kreise, die mehr oder weniger mit jenen Kreisen verknüpft sind, mögen das bestritten. Bei den Verhältnissen objektiv und nüchtern gegenübersteht, muß dies zugeben. Ich habe nichts anderes damit gesagt, als was Herr Erzberger früher in den Debatten über die Notwendigkeit einer Vertikalisierung der Rüstungsindustrie ausgeführt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor dem Kriege hielt man es überhaupt in weiten Kreisen für sehr ratsam, die Rüstungsindustrie zu vertikalisieren, damit der Profitmacherei einzelner Kreise auf diesem Gebiet ein Ende gemacht werde. Gerade wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß dieser furchtbare Krieg nicht von uns gewollt, daß er wie ein Verhängnis über uns gekommen ist, sollte man alles verhindern, was zur Schürung der Konflikte zwischen den Völkern beitragen kann und

#### ein neues, so furchtbares Unglück

über die Menschheit bringen könnte. Das beste Mittel dazu wäre die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Dadurch würde das Land nicht etwa weicher gemacht; die Ingenieure würden dann im Dienste des Staates sicher ebenso viel Eifer und Genialität beweisen. Wenn Herr v. d. Osten gesagt hat, gerade die Leistungen der Firma Krupp im Kriege hätten bewiesen, daß unsere Rüstungsindustrie technisch auf der Höhe steht — ja, wer hat das je bestritten. Es waren ganz andere Vorwürfe, die damals gegen Krupp erhoben worden sind. Sie können das in dem Bericht über den Krupp-Prozess nachlesen. Also verwirren Sie doch nicht künstlich die Dinge. Das hat aber Herr v. d. Osten auch getan, wenn er von meiner „ficta Idee“ sprach, daß im kapitalistischen Staat alles schlecht sei. Wann und wo habe ich das jemals gesagt? Ich habe gestern ausdrücklich von dem ideologischen Ueberbau gesprochen, ich bemerkte auch alle Werte der Technik des kapitalistischen Staates und die großartigen geistigen Leistungen. Aber darf ich da nicht auch die Notwendigkeit einer Fortentwicklung des Staates in dem Sinne betonen, wie ich es für richtig halte. Gehe ich damit Herrn v. d. Osten das Recht, mir allerlei Verdrehungen und den größten Verbaljurisierungen gegen mich aufzutreiben? Ich vermeide solche Ausdrücke, mir stehen Argumente zur Verfügung. Er sagte, der „Vorwärts“ solle seine Rede ausführlich bringen. Bewegen Sie doch die „Deutsche Tageszeitung“ zum Abdruck des Stenogramms meiner Rede, dann will ich Ihre Rede auch im Stenogramm bringen. Oder geben wir gemeinsam unsere Reden als Broschüre heraus. Ich bin überzeugt, ich schneide nicht schlecht dabei ab. Daß die Reden der eigenen Parteigenossen in den Parteiblättern aller Richtungen ausführlicher gebracht werden, ist selbstverständlich. Dann hat Herr v. d. Osten mich als vaterlandlosen Gesellen bezeichnet. (Widerspruch des Abg. v. d. Osten.) Das Wort haben Sie nicht gebraucht, aber Sie haben mich des Mangels an vaterländischem Empfinden beschuldigt. Ich hätte über d'Annunzio in einer Weise gesprochen, wie es kein deutscher Patriot tun dürfte. Ich bin darüber anderer Meinung. Ich will nicht unterreden, auf Grund welchen Materials Herr Baumeister von d'Annunzio als einer männlichen Dure gesprochen hat. Ich kümmere mich um solchen persönlichen Schmutz nicht. Aber ich habe mich dagegen gewandt, daß man hier so spricht von einem Dichter einer anderen Nation, den große Teile dieser Nation als ihren größten lebenden Dichter betrachten. (Lachen rechts.) Die Tatsache besteht, ich weiß nicht, worüber Sie lachen. Unser italienisches Parteiblatt „Avanti“ hat sich gegen d'Annunzio als italienischen Kriegsheer gewandt. Dabei war er im vollen Recht, aber ein Unrecht ist es, wenn man hier von der Tribüne dieses Hauses aus so über einen italienischen Dichter spricht. Man soll ebliche Ermahnungen und Gesichtspunkte, die im Ausland eine Rolle spielen, nicht übersehen. Welchen Eindruck muß es im Ausland, auch im neutralen Ausland machen, wenn man hier denjenigen als unpatriotisch hinstellt, der es wagt zu erklären, daß auch die Menschen in den Ländern, die uns jetzt feindselig gegenüberstehen,

#### nicht schlechter sind als wir selbst.

Die deutsche Ehre gebietet es, daß man so gerecht ist, das anzuerkennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ehre des deutschen Volkes, die Achtung, die wir im Ausland genießen wollen und die wir auch vor uns selbst haben müssen, verlangt es, daß wir die Dinge möglichst objektiv beurteilen. Es wäre sehr verlockend, auf den „Baralong“-Fall einzugehen, der auch ganz anders ausfällt, wenn man ihn vom englischen Standpunkt aus betrachtet. (Große Anruhe.) Es ist doch selbstverständlich, daß ich nicht etwa für die englische Auffassung eintrete. (Zuruf.) Ich soll die ganze Sache weglassen? Sie haben sie doch hineingezerrt! Die Engländer sind der Auffassung, daß die Schuld derer, die beschuldigt sind, nicht voll erwiesen sei. Sie wollen deshalb die Verurteilung davon abhängig machen, daß eine neutrale Macht als Gerichtshof darüber entscheidet. Es ist vom englischen Standpunkt aus erklärlich, wenn sie weiter sagen, sie wollen dabei auch angeblich deutsche Darstellungen in den Kreis der Erörterungen ziehen. Wie können Sie das einer anderen Nation verargen, die auch Sorge dafür zu tragen hat, daß der Krieg mit möglichst humanen Mitteln geführt wird? Ich verurteile selbstverständlich die Tat, aber ich stehe im übrigen auf dem vielleicht etwas altmodischen Standpunkt des Bibelwortes:

#### Gerechtigkeit erhöht ein Volk.

Dann sprach Herr v. d. Osten davon, ich würde anders urteilen, wenn ich selbst Auge in Auge dem Feinde gegenübergestanden hätte. Da erinnere ich daran, daß ein französisches Blatt „Die Patrie“, geschrieben hat, der Chauvinistengeist, der Hegeleit, der Geist des Fanatismus und der Wut, die bis zur tierischen Wut ausartet, sei nicht im Schützengraben bei den französischen Soldaten zuhause, sondern vielmehr hinter der Front. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die „Amerezeitung“ von Oesterreich hat geschrieben, daß es nichts Jämmeres gebe, als den

#### brutalen, törichtesten, gemeinsten Haß gegen den Feind

zu predigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man belämpfe den Gegner angeht, der bitteren Notwendigkeit bis zur Vernichtung, aber wir sollten doch frei sein von Haß und Verachtung und anerkennen, daß es bei den Feinden genau so ehrenwerte Männer und gute und edle Menschen gibt wie bei uns. Ist es doch der Geist der Ritterlichkeit, der das Handwerk des Militarismus überhaupt erträglich macht. Man belämpfte sich zwar, aber wenn der Kampf entschieden war, reichte man sich die Hände. (Lachen rechts.) Sie scheinen anderer Meinung zu sein, ich hoffe aber doch, daß meine Ausführungen bei manchen von Ihnen auf Verständnis stoßen. (Lachen rechts.) Wenn das nicht der Fall wäre, dann würde es allerdings um die Ehre des deutschen Volkes schlecht bestellt sein. (Abg. Hoffmann: Sie sind zu sehr verroht!) Nach diesem Kriege wird wohl niemand mehr behaupten können, daß der Krieg ein Stahlschab sei für die Moral des Volkes. Wer die Gräueltat dieses Krieges mit erlebt hat, wir haben sie allerdings nicht erlebt, haben aber schauernd davon erzählt, der weiß, daß dieser Krieg nicht geführt wird als Schwerkampf der Männer, sondern daß er ein triefaugiger Dämon geworden ist, eine Spottgeburt aus Dreck und Feuer, ein Krieg der Ratten und der Läuse, ein Krieg, bei dem die Leute monatelang in Schlamm und Urat sich bewegen müssen und daß ein solcher Krieg sittlich und intellektuell abtumpfend wirken muß. Da ist es natürlich, daß wir nichts leidenschaftlicher ersehnen können als die endliche Beseitigung dieses Krieges, und daß das Wort wahr wird, was bei Ausbruch des Krieges durch den Mund unseres Vertreters im Reichstag gesagt wurde: Wir hoffen, daß

#### dieser Krieg der letzte

sei. Wenn wie diese Hoffnung aussprechen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß der Geist des gegenseitigen Hasses der Völker nicht weiter um sich greift. Wir wünschen nicht eine Verstrümmung der anderen Nationen, sondern eine Verständigung mit ihren Völkern. (Zuruf rechts.) Meine Freunde in London wenden sich genau ebenso gegen die Scharfmacher dort, sie kämpfen gegen die Völkerverehrung wie ich hier. Auf Grund meines Artikels „Verständigung“, den ich kürzlich im „Vorwärts“ geschrieben habe und den die Zensur erschwerungsweise durchgelassen hat, hat auch ein französisches Parteiblatt erklärt, wir müssen verlangen, daß endlich internationale Verständigungsverhandlungen mit der deutschen Sozialdemokratie eingeleitet werden. Also dieser Artikel hat bei unseren französischen Genossen freudigen Widerhall gefunden. Wenn Sie (nach rechts) das jetzt auch nicht wünschen, so könnte doch der Zeitpunkt kommen, wo Sie sich herzlich darüber freuen würden, daß die internationale noch besteht und wenigstens noch ein Mittel ist, um Ihnen überhaupt zu einem Frieden zu verhelfen. Meine Ausführungen sind keineswegs unpatriotisch. Ich beurteile auch keineswegs die militärische Lage pessimistisch, wie das Herr Baumeister behauptete. Wenn ich davon gesprochen habe, daß der völlige Sieg Deutschlands im Sinne unserer Annektonisten vom sozialdemokratischen Standpunkt aus unerwünscht und verwerflich sei, so habe ich schon einige Gründe dafür angegeben. Sind doch auch militärisch urteilsfähige Leute der Meinung, daß in diesem Kriege höchstwahrscheinlich keiner den vollen Sieg davontragen werde, sondern daß, wenn der Krieg noch lange fort dauert, er

#### zum Ruin und zur Verblutung aller Staaten

führen werde und vielleicht zur Revolution (Anruhe rechts), die ich persönlich nicht wünsche, die aber doch als Folge einer solchen furchtbaren verhängnisvollen Entwicklung eintreten könnte. Dieselbe Ansicht haben ja auch ganz andere Leute ausgesprochen, so im englischen Oberhaus Lord Courtnay, der davon sprach, daß die Folge eines noch lange dauernden Krieges Revolution und Anarchie sein würde. Auch im englischen Unterhaus ist diese Ansicht vertreten worden. Natürlich wünschen auch wir keinen Frieden um jeden Preis, keine Abtretung von Landesteilen. Aber ebenso denkt man natürlich in den anderen Ländern und sagt sich, wenn uns der Fuß auf den Nacken gesetzt werden soll, wenn uns eine große Kriegsschuld aufgelegt werden soll, dann halten wir lieber durch, dann warten auch wir auf das große Wunder, das uns noch den Sieg bringen soll. Erische Männer, die einen vernünftigen Frieden haben wollen, sind nicht nur in den Volksmassen aller Länder unter den Parlamentariern vorhanden, sondern vermutlich auch in Regierungskreisen. Nur meinen die Staatsmänner, sie könnten das nicht aussprechen, weil es als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte. Daran glaube ich nicht. Was unsere Geschicke bedeuten, und unsere Mannschaften in Ost und West, das wissen die Feinde ganz genau, und auch daran, daß wir ausgehungert werden können, glaubt niemand mehr. Wenn nun die Staatsmänner meinen, sie dürften darüber nicht sprechen, dann wäre es

#### Sache des internationalen Proletariats,

der Sozialdemokratie, für die Verständigung einzutreten. Auf diesem Gebiete sind wir alle innerhalb der Sozialdemokratie einer Meinung. Scheidemann hat über Friedensziele im Reichstag nicht anders gesprochen als wie auch die Mehrheit unserer preussischen Landtagsfraktion denkt. Hier liegen nur tatsächliche Meinungsverschiedenheiten vor. Wenn wir in diesem Sinne wirken, sollte man mir nicht vaterlandslösigkeit vorwerfen, sondern sollte sich freuen, daß sich endlich ein Mann findet, der das ausspricht, was Millionen denken. (Zuruf rechts: Größenwahn!) Herr Baumeister meinte freilich, das deutsche Volk wolle von den Ideen, die ich hier vertreten habe, nichts wissen. Auf der andern Seite gibt er zu, daß die Stimmung des Volkes nicht so sei, wie er sie wünscht, denn er wollte, daß dem Volk große Ziele gezeigt werden, damit seine Stimmung belebt wird. Wie verhält sich das? Mit der Vorpiegelung solcher phantastischer Kriegsziele wird man das Volk niemals begeistern können. Herr Baumeister führt einen ganz systematischen Kampf gegen eine gewisse „mittlere“ Presse und gegen gewisse Kreise der Regierung, die angeblich dahinter stehen. In dem Augenblick, wo uns durch Beschluß des Hauses unmöglich gemacht worden ist, die Kriegsziele zu besprechen, und in der Doffentlichkeit die Debatte weiterzuführen, die in der Kommission über die U-Votfrage geführt worden sind, schreibe ich in „Deutschen Kurier“ einen Artikel über den U-Votkrieg, der durchaus die Auffassungen wiedergibt, die in der Kommission vertreten wurden und die hier nicht zitiert werden sollen. Dasselbe geschieht in der „Kreuzzeitung“ und „Deutschen Tageszeitung“. Das ist die angeblich gemäßigtere annexionistische Presse. Herr Baumeister kann das in aller Doffentlichkeit schreiben, mir sind eine ganze Anzahl Artikel über diese Dinge geschrieben worden. Ich werde versuchen, jetzt wieder neue zu schreiben und will einmal sehen, ob mir das noch verboten werden kann. Eine schneidendere Einseitigkeit der Zensur könnte es nicht geben. Sie rufen nach Freiheit für sich, aber uns gegenüber begrüßen Sie im Zensur einen willfährigen Delfer. Das Volk werden Sie über die wirkliche Sachlage nicht hinwegtäuschen, das Volk auch in den Schützengräben, Männer wie Weiber, die unter den Folgen des Krieges leiden, nicht nur physisch, sondern seelisch unfähig leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie mögen es noch so sehr zu täuschen suchen, die Tatsachen selbst sprechen eine beredte Sprache. Die Stimmung zur Beilegung des Krieges zu einem verständigen Abbruch wird wachsen, trotzdem und allem und wird über Ihre Köpfe hinweggehen und wird alle Scharfmacher hinweglegen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Damit schließt die Debatte.

#### Abg. v. d. Osten (f.) persönlich:

Durch den Beschluß der Parteiführer, nur einen Redner aus jeder Partei reden zu lassen, bin ich zu meinem lebhaften Bedauern verhindert, auf die sachlichen Ausführungen des Abg. Strödel zu erwidern. Seine Behauptung, ich hätte seine Rede entstellt, weise ich zurück. Dann hätte mich der Präsident zur Ordnung gerufen,

#### Abg. Baumeister (nackl.):

Auch mir ist es unmöglich, auf die persönlichen Anspielungen des Abg. Strödel zu reagieren.  
Das Schlußwort erhält

#### Abg. Frh. v. Zedlitz (f):

Diese Fragen sind nicht verstandesmäßig zu lösen, da spricht allein das Herz. Abg. v. d. Osten hat aus unserem deutschen und preussischen Herzen gesprochen. (Lebhafter Beifall rechts. — Abg. Hoffmann: Und der Vorstand war ausgeschaltet!) Das deutsche Volk bedankt sich, in Herrn Strödel den Wächter seiner Ehre zu sehen. (Beifall.) Die Reden des Herrn Strödel beweisen die Notwendigkeit der Fortdauer des Belagerungszustandes und der Zensur. Herr Strödel will ja die Fahne des Klassenkampfes wieder entrollen. Das würde eine Klassenhege und Klassenreizung im Kriege sein, die im Ausland den Eindruck einer inneren Zerrüttung Deutschlands wieder erwecken könnte, der vor Beginn des Krieges zum Teil unter Mitwirkung von Herrn Strödel und seinen Genossen entstanden war und wesentlich zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat. (Stürmische Unterbrechungen der Sozialdemokraten, die das Einschreiten des Präsidenten fordern. — Vizepräsident v. Kauffe läßt sich den Satz wiederholen, findet aber keinen Grund zum Einschreiten. — Lebhafter Beifall rechts.) Einen solchen Eindruck im Auslande hervorzurufen, das die Hoffnung hat, unsere innere Kraft werde zur Durchführung des Krieges nicht ausreichen, ist vaterlandsverrät. (Stürmische Zustimmung rechts.) Die Freigabe der Kriegszielerörterung würde beweisen, daß hinter Herrn Strödel nur einige unbeherrschbare Querläufer stehen. Mit einer richtigen Handhabung der Zensur wird dem Vaterland ein großer Dienst erwiesen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Bei der Abstimmung werden die bereits mitgeteilten Kommissionsanträge angenommen, derjenige Antrag der Freigabe der Kriegszielerörterung wünscht, gegen die Volkspartei, das Zentrum und einige Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur wird gegen die Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. — Es folgt die

#### Zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern.

#### Abg. v. Pappenheim (f.):

räumt die Arbeit der Selbstverwaltungsförderer und verlangt Maßnahmen gegen Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend und scharfe Aufsicht, damit weitere Einnisierungen der Generalkommandos in die Tätigkeit der Zivilbehörden, wie das vorgeschrieben ist, unterbleiben. Die Gendarmerie haben bei den vielen widersprüchlichen Verordnungen ausgezeichnete Arbeit geleistet, ihnen ist auch der Rückgang der Kriminalität mit zu verdanken. Oesterreich sollte gerade jetzt der Verjüngung unseres Arbeitsmarktes mit österreichischen Arbeitern keine Schwierigkeiten machen, es handelt sich hier um eine Quelle materiellen Wohls für die ärmsten Gegenden Oesterreichs. Die Zersplitterung des Wohlstandswohls führt zu Missetaten, gegen die an niedrige Instanz appellierende Wohlthätigkeit der „Goldenen Bücher“ usw. sollte vorgegangen werden. (Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, 11 Uhr. — Schluß 1/2 11 Uhr.

## Fleischpreise und Viehhandel.

Die am Dienstag von uns wiedergegebene Zusammenstellung des halbamtlichen „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ über die Preise der Lebensmittel in Berlin zeigt ein scharfes Steigen der Preise für Rindfleisch. Die Zahlen in Pfennigen für das Pfund lauten:

	Rindfleisch Keule	Wachfleisch
Dezember 1913 . . . . .	103	81
1914 . . . . .	104	79
Juli 1915 . . . . .	139	115
Dezember 1915 . . . . .	160	134

Die Preise für Dezember sind indessen längst überholt, seit einigen Wochen gehen die Preise für Rinder am Viehmarkt und die Fleischpreise sprunghaft in die Höhe. Einer Zusammenstellung, die regelmäßig in der „Vossischen Zeitung“ gemacht wird, entnehmen wir folgende Zahlen:

	1916	1916	1915
Preise für 1 Zentner lebendes Vieh			
Junge, fleischige Ochsen . . . . .	89,50	75,00	49,00
Gutmastige ältere Bullen . . . . .	81,50	66,50	41,50
Vollfleischige, ausgemästete			
Kühe . . . . .	98,50	77,00	47,00
Jungrinder (Zwiesler) . . . . .	68,50	52,00	35,50
Großhandelspreise für 1 Zentner Fleisch			
Ochsen, II. Qualität . . . . .	153,50	148,30	75,00
Bullen, II. Qualität . . . . .	145,00	144,60	71,50
Netto Kühe . . . . .	145,00	138,30	64,50
Jungrinder (Zwiesler) . . . . .	145,00	120,80	60,50
Kleinhandelspreise für 1 Pfund Fleisch			
Rindfleisch, Keule . . . . .	1,91	1,88	1,05
Rindfleisch, Brust . . . . .	1,71	1,67	0,87

Es ergibt sich aus diesen Zahlen, daß der Preis für Ochsen für die Zeit vom 7. bis 12. Februar um rund 20 Proz. höher war, als in der Zeit vom 17. bis 22. Januar, der Preis für Bullen um 44,6 Proz., für Kühe um 26,6 Proz., für Jungrinder um 31 Proz. Die Großhandelspreise sind in der angegebenen Zeit nicht im gleichen Verhältnis gestiegen. Bemerkenswert ist hier besonders, daß die Differenz zwischen den Preisen für Fleisch von Jungrindern, fetten Kühen und Bullen vollständig verschwunden ist. Im Januar 1915, wo noch halbwegs normale Zustände auf dem Markt für Rindfleisch herrschten, sehen wir eine Abstufung dieser Preise, im Januar war diese Abstufung noch größer, jetzt ist sie verschwunden, aber in dem Sinne, daß Preise der geringeren Sorten denen der besseren gleichgesetzt sind. Die Erklärung dürfte die sein, daß bei der großen Knappheit, die eingetreten ist, die Großhändler selbst für das geringste Fleisch hohen Preis fordern, die Ladenhändler eben nehmen müssen, was sie irgend bekommen. Für Fleisch im Kleinhandel notiert unsere Tabelle 1,91 für Keule und 1,71 für Brust; in den letzten Tagen sind aber die Preise im Kleinhandel wieder um einen Sprung in die Höhe gegangen.

Besonders ist der Viehhandel zentralisiert worden. Schlachtvieh darf nur noch durch privilegierte Händler, die ein Syndikat bilden, an den Markt gebracht werden. Das Syndikat arbeitet unter Aufsicht der Regierung, die Doffentlichkeit erfährt jedoch über seine Operationen nichts. Tatsache aber ist, daß der Auftrieb auf dem Berliner Viehmarkt immer geringer wird. Das allein erklärt die ungeheure Preistreibererei: der Markt ist so knapp versorgt, daß die Händler die Preise sprunghaft in die Höhe treiben können.

Hat sich nun in dem Bestand an Schlachtvieh eine so gewaltige Minderung vollzogen, daß die Erhöhung der Preise gegen das Vorjahr um nahezu das Doppelte sich irgendwie rechtfertigen ließe? Das zu glauben fällt schwer, da ja erst vor



kurzem in der Kommission des Landtages seitens der Regierungsvertreter viel Rühmens davon gemacht wurde, wie gut wir dastehen, wie wenig der Viehstand Deutschlands beringert worden ist. Freilich sind die Futtermittel gegen das Vorjahr besser geworden. Allein die Landwirte, die Vieh zum Verkauf bringen, kaufen keineswegs alles Viehfutter, sondern es werden vorwiegend die Produkte der eigenen Wirtschaft, Rüben, Kartoffeln, Heu, daneben die Abfälle aus den Zuckerfabriken und Branntweimbrennereien verfüttert, wobei diese Abfälle zum Teil nicht gekauft, sondern in den Gütern selbst verfüttert werden. Selbst wenn man also den Landwirten weit entgegenkommt, dürfte eine Verdoppelung der Produktionskosten nicht herauszurechnen sein. — Wir wissen nun nicht, ob das Syndikat der Viehhändler doppelt so hohe Preise an die Landwirte zahlt, wie vor einem Jahre, oder ob der „Aufschlag“, den es auf den „Stallpreis“ rechnet, so erhöht wurde, daß die jetzigen unverschämten Preise entstehen. So oder so haben sich unter der Herrschaft des Syndikats Verhältnisse herausgebildet, die auf die Dauer nicht bestehen bleiben dürfen. Das Schweinefleisch ist aus dem Verkehr verschwunden, und die wahnsinnige Preissteigerung auf dem Markt mit Kindern und Kindsfleisch führt jetzt dazu, daß Fleischloft überhaupt für die Arbeiterbevölkerung ausgeschlossen wird. Das führt zu unmöglichen Konsequenzen.

Wir wiederholen: nach Versicherung von autoritativer Seite kann von absolutem Mangel nicht die Rede sein, sondern es ist genügend Vieh im Lande, um den Bedarf in mäßigen Grenzen zu decken. Dann geht es aber nicht an, daß die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt wird infolge der überaus hohen Preise. Es liegt hier offenbar ein Fehler der Organisation vor, der beseitigt werden muß, und zwar schleunigst.

## Politische Uebersicht.

### Ein denkwürdiger Tag.

Die Auseinandersetzungen, die am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus über die Handhabung der Zensur erfolgten, zeigen deutlich, wach tiefer Gegensatz nach wie vor zwischen den Anschauungen der maßgebenden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie besteht, und wie sehr die Sachwalter der Rechte bestrebt sind, die Zeit des Bürgerfriedens für ihre Zwecke auszunutzen. Die Rede unseres Genossen Ströbel vom Tage vorher war ihnen arg in die Glieder gefahren. Wenn nicht das Mitgliederverzeichnis des Hauses uns eines anderen belehrte, so könnten wir fast glauben, daß die von der Osten (L.), Weinhausen (Sp.) und Bacmeister (natl.) ein und derselben Partei angehören. So wenig unterschieden sie sich voneinander und so sehr auf den gleichen Ton waren ihre Ausführungen gestimmt. Nicht nur, daß sie samt und sonders arg mit Entstellungen operierten, sie glaubten auch, ganz besonders dadurch Kapital für sich herauszuschlagen zu können, daß sie die eine Richtung unserer Partei gegen die andere oder die sozialdemokratische Partei gegen die Gewerkschaften auspielten. Allerdings ohne Erfolg, Ströbel tat unseren politischen Gegnern nicht den Gefallen, sich von der Tribüne des Dreiklassenparlamentes aus über innere Parteianglegenheiten zu äußern. Hörte man die Töne sittlicher Entrüstung, so hätte man wirklich glauben können, Ströbel hätte das Vaterland verraten. Was er tatsächlich gesagt hat, davon können sich objektive Leser selbst im Bericht überzeugen.

In Wirklichkeit war diese sittliche Entrüstung — wenigstens für den Wortführer der Konserverativen — nichts weiter als ein Vorwand, um die Regierung gegen die Wahlreform einzunehmen. Es ist immer das alte Lied; sind die Sozialdemokraten ruhig, so stockt die Gesetzgebungsreform auf der ganzen Linie stellen sie aber Forderungen so widersteht man sich unter dem Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie nicht das genügende Wohlverhalten an den Tag gelegt habe. Daß wir uns durch diese nur allzu durchsichtige Taktik von unserem Wege nicht abdrängen lassen, ist selbstverständlich.

Genosse Ströbel, der noch einmal zu Worte kam, blieb die Antwort auf die zahlreichen Angriffe nicht schuldig. Mit großem Geschick verteidigte er seine Stellung. Und daß seine Hiebe gefessen haben, das zeigt das sogenannte Schlusswort des Berichterstatters Herrn v. Jedlich, der unter Mißbrauch seines Amtes nichts über das eigentliche Thema sprach, sondern sich statt dessen in Herabsetzungen der Sozialdemokratie erging.

Die Abstimmung ergab die Annahme der sehr verschwonnenen Anträge betreffend die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Friedensziele, während der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt wurde.

Donnerstag: Etat des Ministeriums des Innern.

### Die auswärtige Politik und die Landtage.

Im Finanzansatz der Zweiten Kessischen Kammer kam die Frage des Rechts der Einzelkandlagen zur Sprache, die auswärtige Politik in den Bereich ihrer Erörterungen zu ziehen. Von Ausschussmitgliedern der verschiedenen Parteien wurde dieses Recht mit aller Entschiedenheit gegenüber der letzten Kundgebung des Reichstanzlers verteidigt.

### Die neue Tabaksteuer.

Die offiziellen „Verl. Vol. Nachr.“ behaupten, daß die in der letzten Zeit in die Öffentlichkeit gedungenen Meldungen über die neuen Steuern nicht aus amtlichen Quellen stammten und nur auf Vermutungen und willkürlichen Annahmen beruhten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ werde in aller nächster Zeit die Steuerbefehrgewährte veröffentlichen. Die „Ndn. Ztg.“ ist trotzdem in der Lage, jetzt schon nähere Angaben über die Beschaffenheit der neuen Tabaksteuer zu machen, die viel Wahrscheinliches für sich haben. Die „Ndn. Ztg.“ berichtet:

Die seit Monaten zwischen der Reichsfinanzverwaltung und den Tabakinteressenten schwebenden Verhandlungen über die Form der künftigen Mehrbelastung des Tabaks sind zum Abschluß gebracht worden. Ein Zigarrenmonopol kommt nicht in Frage, ebenso ist von einer Banderolesteuer abgesehen. Es wird vielmehr dem Reichstage eine Erhöhung der Tabakzölle vorgeschlagen werden, und zwar von 85 M. auf 135 M. und des Wertzölles von 40 auf 65 Proz. Diese Mehrbelastung bedeutet eine Verteuerung der Herstellung der Zigarren um 22 Proz. Es wird zu einer Preiserhöhung im Kleinhandel von etwa 50 Proz. kommen, wobei die bisher billigen Zigarrensorten bis zu sieben Pfennig wahrscheinlich ganz aus dem Handel verschwinden werden.

### Kartoffelkarten?

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet die Meldung, daß die Absicht bestehe, eine Kartoffelkarte einzuführen, und zwar soll im

Allgemeinen ein Pfund Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung als Tagesbedarf angenommen werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten. Wenn aber in der Tat ein Pfund Kartoffeln pro Kopf festgesetzt werden soll, so würde das zu ganz unhaltbaren Zuständen führen, denn der Kartoffellonum steigt, je niedriger das Einkommen ist. Für viele Familien bedeutet heute die Kartoffel das einzige Nahrungsmittel, an dem man sich satt essen kann. Dazu würde aber die Nation von einem Pfund Kartoffeln pro Tag ganz unmöglich ausreichen.

### Eine Großstadt ohne Kartoffeln.

Eine ganze Woche hindurch wurden in der Großstadt Halle (Saale) keine Kartoffeln verkauft. Die Händler haben schon seit Monaten keine einzige Kartoffel mehr und am Freitag voriger Woche ging der Vorrat der Stadt völlig zu Ende. Das führte zu wüstem Gedränge der zum Schluß Abgewiesenen und zu verschiedenen Verhaftungen. Am Sonnabend wiederholten sich die Zusammenstöße vor dem Verkaufsräum. Jetzt verkauft die Stadt als Ersatz für Kartoffeln an die Minderbemittelten Reis. Erst am Freitag hofft man wieder so viel Kartoffeln zusammen zu haben, um einen Verkaufstag abhalten zu können. Auf dringende Telegramme und Hilferufe des Sozialdemokratischen Vereins antwortete die Reichskartoffelstelle, die erst der Stadt die ganze Schuld zugeschoben wollte, schließlich: Es sind für Halle auf dem Zwangswege Kartoffeln aus Ueberdickpreisen angewiesen. Nun haben aber die Landräte der betreffenden Kreise die Kartoffelendungen einfach festgehalten, so daß die Stadt in ärgster Not ist.

### Die großstädtische Milchversorgung.

Manche Schwierigkeiten in der Milchversorgung der Großstädte könnten durch Schaffung einer Sammelstelle in jedem Dorf, etwa in der Form der Zwangsgenossenschaft, beseitigt und verhindert werden, daß verdorbene oder minderwertige Milch geliefert wird. Was die städtischen Einrichtungen zur Verbesserung der Milchversorgung ihrer Bevölkerung selbst betrifft, so sind in verschiedenen Großstädten Versuche mit der Verstadtilichung der Milchversorgung gemacht worden. Kürzlich ist die Stadt Dortmund und dieser Frage nähergetreten und will eine große Molkerei für eigenen Betrieb übernehmen. Gute praktische Erfahrungen hat die Stadt Mannheim gemacht durch die Gründung einer Milchzentrale. Wie der Direktor der Mannheimer Milchzentrale, Friedrich Dildch, in der „Frankfurter Zeitung“ mitteilte, ist die Zentrale zu einem Regulator des Milchhandels geworden. Der private Milchhandel hat sich Einschränkungen gefallen lassen müssen, aber er bleibt erhalten unter der regelnden Einwirkung des Zentralmilchinstituts. Die Zentrale ist in die Form der Aktiengesellschaft gefeibet worden. Zwei Mitglieder des Vorstandes werden von dem Stadtrat der Stadt Mannheim gewählt. Das privatwirtschaftliche Interesse wird beschützt durch die Bestimmung, daß bei einem verhältnismäßig kleinen Grundkapital höchstens 4 Proz. Dividenden verteilt werden dürfen. Bei Auflösung der Gesellschaft muß der etwaige Rest des Gesellschaftsvermögens der Stadtgemeinde Mannheim zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke übergeben werden. Die Erfahrungen, die mit der Mannheimer Milchzentrale bisher gemacht worden sind, sind nach den Mitteilungen ihres Direktors sehr zufriedenstellend. Die mit allen technischen Errungenschaften ausgestattete Zentrale liefert eine Milch, die alle Anforderungen befriedigt, und gleichzeitig trat infolge der Ausschaltung des privatwirtschaftlichen Interesses sofort eine Verbilligung der Milch ein. Als Folge davon setzte nun die regulierende Wirkung auf den privaten Handel ein. Der Milchhandel wurde gezwungen, sich den Leistungen der Milchzentrale anzupassen. Die Stadt Mannheim dürfte als einzige Stadt Deutschlands nach der Gründung des neuen Unternehmens einen Rückgang des Marktpreises der Milch feststellen. Die preisniedrigende Wirkung der Milchzentrale konnte auch festgestellt werden, als der Betrieb auf die Nachbarkommune Ludwigs-hafen ausgedehnt wurde. Ferner glaubt der Direktor der Zentrale eine Vesserung der Qualität der Marktmilch feststellen zu können. Nach der Gründung der Zentrale ging die Zahl der Bestrafungen wegen Fälschung und Schmutzgehalt der Milch zurück. Schließlich konnte auch, als sich hierzu die Notwendigkeit herausstellte, die Butterverteilung der Milchzentrale überwiesen werden.

### Interessante Einblicke in die Kartoffelnot.

Ein Bericht aus einer Sitzung des Bezirksausschusses für die Amtshauptmannschaft Meissen wirft bezeichnendes Licht auf die Ursachen der Kartoffelnot. Der Bezirk konnte in Friedenszeiten große Mengen Kartoffeln ausführen, leidet aber jetzt wie viele andere in Sachsen an Kartoffelmangel. In betreffender Sitzung wurde nun mitgeteilt, daß trotz Gewährung von Zuschlägen in Höhe von 1,25 M. pro Zentner, nur 6000 Zentner statt der erforderlichen 16 000 Zentner aufzutreiben waren. Bei der Amtshauptmannschaft sei eine Ernte von circa 1 400 000 Zentner angemeldet worden, die Landwirten hätten aber bis mit Ende Januar nur 205 000 Zentner abgegeben. Der Amtshauptmann v. Der teilte mit, daß sich einzelne Landwirte unter allerlei Gründen weigerten, auch nur 10 Prozent ihrer Ernte abzugeben. Defonometrat Steiger aus Lößhain, der früher schon seine agrarischen Kollegen in den Lokalblättern auf-forderte, die Kartoffeln herauszugeben, führte aus, daß die Kartoffeln wohl wieder wie im Vorjahre im Monat Mai zum Vorschein kommen würden.

### Einschränkung des Schlachtens in Sachsen.

Die sächsische Regierung hat im Anschluß an ihre letzte Verordnung vom 3. Februar 1916, Einschränkung des Schlachtens betreffend neuerdings folgendes verfügt: 1. Erlaubt sind: a) Schlachtungen, die Gemeindevorkantungen auf eigene Rechnung zum Zwecke der Abgabe von Fleischwaren an die Einwohner oder die minderbemittelte Bevölkerung vornehmen, b) Schlachtungen, die wohltätige und gemeinnützige Vereinigungen und Anstalten ohne Gewinnabsicht zur Versorgung von Pflanzlingen und Hilfsbedürftigen veranstalten. 2. Verboten ist: a) die Abhaltung aller Schlachtfeste und ähnlicher Veranstaltungen, bei denen ein den gewöhnlichen Bedarf übersteigender Fleischverbrauch stattzufinden pflegt, b) die entgeltliche Abgabe von Fleisch seitens derjenigen, die zu Schlachtungen für ihren eigenen häuslichen und wirtschaftlichen Bedarf nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 3. Februar 1916 berechtigt sind („Verpunden“). 3. Gastwirte und sonstige Gewerbetreibende, welche Fleisch unmittelbar an die Verbraucher abgeben, sind zu Schlachtungen für ihren eigenen gewerblichen Verbrauch nur berechtigt, wenn sie den Gewerbebetrieb als Fleischer angemeldet haben.

### Kampf der Geschlechter?

Ein amerikanischer Professor der Naturwissenschaften, Marion Phillips, schreibt: „Männer, vom Kriege heimkehrend, werden finden, daß ihre Klagen von Frauen befestigt sind. Weil die Arbeit des Krieges zu Ende ist und sie selber wieder in der Arbeit des Friedens ihr Brot verdienen müssen, werden sie ihrerseits alles tun müssen, um die Frauen wieder aus diesen Stellungen zu vertreiben. Die männlichen Arbeiter und die von ihnen abhängigen Frauen

werden so in bitterem Konkurrenzkampf jenen Frauen gegenüberstehen, die arbeiten oder sterben müssen. Dieses Bild enthält alle die Möglichkeiten eines Geschlechterkrieges von grausamer Art.“

Zur Verhütung dieses Geschlechterkampfes fordert Phillips die unbedingte soziale, wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Frau. „Sie muß“, meint er, „die gleiche Arbeit haben und den gleichen Lohn, dieselben Erwerbsmöglichkeiten und dieselben Vorteile, die gleiche Verantwortung und das gleiche Recht wie der Mann. Denn die Anpassungsfähigkeit der Frau bedeutet an und für sich eine Gefahr, wenn dieselbe nicht Hand in Hand geht mit einem Selbstbewußtsein des eigenen Wertes, das für geleistete Arbeit auch würdige Belohnung fordert.“

### Bei der Stadtratswahl in Frankfurt a. M.,

zu der auch Genosse Dr. Lindemann-Stuttgart kandidierte, wurde der Kandidat der Fortschrittler, Magistratsyndikus Dr. Hiller gewählt. Lindemann erhielt 16, Hiller 82 Stimmen. Genosse Lindemann hatte sich nicht beworben, er war von Quard vorgeschlagen worden und mit in die engere Wahl gekommen.

### Der bekehrte Friedensapostel.

Aus Rom wird uns geschrieben: Vor mehreren Jahren erhielt der italienische Schriftsteller Ernst Theodor Moneta den Nobelpreis für seine Wirksamkeit als Friedensapostel. Moneta, der damals schon ein bejahrter Mann war, ist heute 83 Jahre alt. Vielleicht ist es daher auf Vergreisung zurückzuführen, wenn er jetzt einen Strich durch sein ganzes bisheriges Wirken macht, um in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Vita Internazionale“ das Verbot aller Leistungen zu fordern, die nicht für den Krieg sind. Der Schriftsteller, der bis jetzt in den Reihen der Demokratie gekämpft hat, scheut sich nicht zu schreiben, daß er die Presse jener Partei im Auge hat, „die über einen großen Teil des Proletariats verfügt und die Tag für Tag offenkundige Feindseligkeit für das große Unternehmen zur Schau trägt“. Der „Avanti“ meint, Moneta sollte die 83 000 Lire zurückgeben, die er als Friedenspreis eingekempft hat. Aber Moneta macht eben auch die Wandlung durch, der sich ein großer Teil seiner Zeitgenossen aller Länder, von denen vielen nicht einmal die Vergreisung als Milderungsgrund zugebilligt werden kann, nicht hat entziehen können. Wie mancher müßte nicht, gleich ihm, den Nobelpreis zurückgeben?

## Aus der Partei.

### Zum Erscheinen der „Fackel“

Bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“: Der Zentralvorstand der Bezirksorganisation für die Provinz Brandenburg hat beschlossen, die „Fackel“ wieder erscheinen zu lassen. Das Blatt ist eine Agitationschrift für das Land, deren Erscheinen der Krieg unterbrochen hatte. Früher hatte man sich bei uns eine solche Agitationschrift so vorgestellt, daß darin das Weien der Sozialdemokratie gezeigt werden sollte und das, was uns von den bürgerlichen Parteien trennt. Die politischen Ereignisse der Zeit wurden erläutert, Handlungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien der Kritik unterzogen. Da solche Agitationschrift nicht für unsere eigenen Parteigenossen bestimmt war, so verstand es sich von selbst, daß wir darin nicht unsere Intelligenzen austragen.

Doch hat man auch auf diesem Gebiet umgelernt. Die erste Nummer der neuen „Fackel“ behandelt auf etwa drei Spalten allgemeine politische Fragen, der Rest mit dreizehn Spalten ist mit Artikeln und Notizen parteipolemischen Inhalts ausgefüllt. Sie richten sich zum kleineren Teil gegen die deutsche Opposition, zum größeren gegen die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes.

Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß diese Agitationschrift weniger dazu bestimmt ist, uns neue Anhänger zu werben, als vielmehr zu dem Zweck, den Anschauungen des „Vorwärts“, die sich mit denen der Fraktionsmehrheit nicht decken, entgegenzuwirken. Daraus deutet der Beschluß des Bezirksvorstandes, die „Fackel“ auch unter den Mitgliedern der Organisation verbreiten zu lassen. Der „Vorwärts“ ist für einen Teil des Bezirksverbands das zuständige Organ.“

Wir können der Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ nur zustimmen, haben aber von der Organisationsleitung der Provinz Brandenburg so wie diese ihre die Parteieinheit fördernde Aufgabe aufstellt, nichts anderes erwartet.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Einwirkung des Krieges auf die Kallindustrie.

Die Kallindustrie leidet stark unter den Folgen des Krieges, da jeder Export nach dem Auslande aufgehoben ist. Sehr viele Kriegsgewerkschaften haben sowohl im Jahre 1914 als auch im vergangenen Jahre starke Verluste erlitten. Welche doch die „Industrie“, daß die Kallgewerkschaft Walter in Oberberglungen in den ersten neun Monaten einen Gesamtverlust von 94 567 M. habe. Die Kallgewerkschaft Armgard hatte in demselben Zeitraum einen Gesamtverlust von 137 430 M., Feldlungen Ull einen solchen von 40 186 M. Die Hauptversammlung der Kallgewerkschaft Ebers in Reuhof genehmigte eine weitere Jubuhe von 250 000 M. mit der Maßgabe, daß sie zunächst in 3 Raten von je 100 M. und zweimal 75 M. je Ruz nach Ermessen des Vorstandes zur Erhebung gelangen soll. Während im Jahre 1915 der Abzug des Kallindusies nach dem Auslande nur 1 191 504 Doppelzentner betrug, waren es im Jahre 1913 5 092 000 Doppelzentner. Die Kallindustrie ist auf das Ausland angewiesen, und solange durch den Krieg die Ausfuhr gesperrt ist, wird sich ihre Lage auch nicht bessern.

Mit dem Tiefstande dieses Industriezweiges müssen aber nicht allein die Werkherren bei vielen Gewerkschaften Zuhilfen leisten, sondern auch die Vergarbeiter in diesen Betrieben leiden darunter, indem ihnen unter Hinweis auf die Unrentabilität der Kallwerke Lohn-erhöhungen nicht gewährt werden. Sehr nötig wäre es, wenn die Landwirtschaft, die doch heute die größten Profite mit hat, mehr Kallisaje zur Düngung beziehen würde.

Wie man hört, erklärten führende Herren der Kallindustrie, daß es so nicht weitergehen könne; der Ruin sei zu befürchten, wenn nicht höhere Kallpreise gefordert werden dürfen. Die Landwirtschaft würde sich vielleicht mit einer Preiserhöhung einverstanden erklären. Doch werden es dann wieder die Verbraucher der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sein, die bluten müssen, indem man ihnen die so schon teuren Lebensmittel noch mehr in die Höhe schraubte würde.

Nach unserer Ansicht könnte die Landwirtschaft allerdings eine Preiserhöhung des Kalls vertragen, ohne daß eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eintritt.

### Kriegsgewinne in der Zündholzindustrie.

Bei Kriegsbeginn war es besonders die Zündholzindustrie, die erklarte, vor dem Ruin zu stehen, wenn die Reichsregierung nicht durch entsprechende Maßnahmen eingreife. Dies ist denn auch geschehen durch Erhöhung des Kontingents und durch eine erhebliche Verteuerung der Zündhölzer. Wie wenig Ursache die Zündholzfabrikanten zum Jammern hatten, das zeigt der Geschäftsabschluß der „Aktiengesellschaft Union, vereinigte Zündholz- und Wätselabriken in Augsburg“ für das Jahr 1915. Der Umsatz stieg auf 5 652 718 M., nach reichlichen Abschreibungen und Vortrag von 415 648 M. auf neue Rechnung verbleibt ein Reingewinn von 491 757 M., nachdem für Kriegsgewinnsteuer von vornweg 649 500 M. als Rücklage in Abzug gebracht worden sind. Die Gesellschaft verteilt im Kriegsjahre 1915 eine Dividende von 20 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahre!



**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. 3, IV. 501 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist eine Postkarte und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

**N. Z. 100.** 1 Krone und 20 Heller täglich. — **G. 3.** Die Miete können Sie deswegen nicht einbehalten. — **M. R. 3.** Wir können Ihnen zu Ihrer Absicht nicht behilflich sein. Raten könnten wir Ihnen nur, durch Gerichtsbeschluss dahin zu wirken, daß Ihr Name seiner Unterhaltungsspflicht

in ausreichendem Maße nachkommt. — **Stogau 28.** 1. Der Anspruch ist zwar etwas zweifelhaft und wir kennen in der Praxis noch keinen gleichen Fall. Wir würden Ihnen aber empfehlen, den Anspruch auf Reichswohnenhilfe auf jeden Fall geltend zu machen. 2. Ja. — **N. B. 11.** 1. Da die Beförderung mit zum Einkommen gerechnet wird, so würde dieses Einkommen über 900 M. betragen und somit steuerpflichtig sein. 2. Qualifizierte Lehrlinge für die Jugend, Bd. 17. Sie haben in der Buchhandlung Vorwärts für 1 M. — **J. R. 7.** Ja. — **M. G. 28.** Die Entscheidung liegt beim Militärarzt. Wirtshauslich aber wird Entlassung erfolgen. — **W. G. 5.** Wenn Sie den Wohnsitz in eine andere Gemeinde verlegen, so fällt die kommunale Unterstützung fort; Sie erhalten dann nur die staatliche Unterstützung. Auch die Mietunterstützung kann Ihnen entzogen werden. Die Unterstützung wird Ihnen von der Gemeinde Lichtenberg weitergezahlt. Sie müssen dort Ihren Fortzug natürlich melden. — **D. G. 24.** Ja, pro Tag 1,20 M. — **A. G. 36.** Der Tanz ist verboten.

— **M. Z. 1916.** Ja, Sie können auf Verneinung Klage auf Scheidung einleiten. Ihr Name ist zum Unterhalt für Sie und die Kinder verpflichtet. — **W. R. 2.** Die Kirchensteuer für das Jahr 1914 müssen Sie zahlen. Sie können höchstens Erlassung beantragen. Wenn es sich um eine neue Veranlagung zur Kirchensteuer handelt, so legen Sie die Bescheinigung über den Austritt aus der Landeskirche vor und beantragen Sie Zurücknahme der Veranlagung. — **A. G. 7.** Sie müssen vom Vorkauf verlangen, daß er dem Mieter die Anari verbietet. — **Amor 17.** Ja. — **G. 1.** Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Osten zeitweise aufklarend und meist trocken, in den übrigen Gegenden überwiegend bewölkt mit, im allgemeinen geringen, nur im Südwesten etwas stärkeren Schneefällen; überall Frost.

Leipzigerstrasse  
Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

# WESTMANN

Leipzigerstrasse  
Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

Donnerstag  
soweit Vorrat

## Billige Lebensmittel

Fische u. Fleisch  
Leipziger Strasse  
u. Alexanderpl.

**Fleisch**

- Kalbskeule im ganzen ..... 1<sup>60</sup>
- Kalbsrücken im ganzen ..... 1<sup>70</sup>
- Kalbskamm und Blatt ..... 1<sup>60</sup>
- Rinderkamm ..... 1<sup>80</sup>
- Hammelfleisch ..... 2<sup>20</sup>
- Hammelkeule im ganzen ..... 2<sup>20</sup>
- Gehacktes ..... 1<sup>80</sup>
- Pökelschinken ..... 1<sup>80</sup>
- Gepökelt Hammelfleisch 1<sup>60</sup>
- Schmorfleisch mit Knochen ... 1<sup>90</sup>

**Wurstwaren**

- Zervelatwurst ..... Pfund 2<sup>90</sup>
- Teewurst ..... Pfund 2<sup>90</sup>
- Knackwurst mit Knoblauch Pfund 2<sup>40</sup>
- Jagdwurst ..... Pfund 2<sup>10</sup>
- Feine Leberwurst ... Pfund 2<sup>20</sup>
- Landleberwurst ..... Pfund 2<sup>00</sup>
- Zwiebelleberwurst ... Pfund 1<sup>40</sup>
- Sälzwurst ..... Pfund 1<sup>60</sup>
- Krafftfleisch ..... Dose 1<sup>65</sup>

**Räucherwaren**

- Sprotten ..... 1/2 Pfund 50 Pf.
- Seelachs ..... 1/2 Pfund 70 Pf.
- Makrelen ..... Stück 35 Pf.
- Fleckheringe ..... Stück 35 Pf.
- Sprottbücklinge .. 1/2 Pfund 50 Pf.
- Bismarckheringe <sup>Dose ca. 10 Stück Inhalt</sup> 1<sup>25</sup>
- Port. Sardinen .. Dose 75 Pf. 1<sup>00</sup>
- Belg. Sardinen .. Dose 50, 75 Pf.
- Norw. Sardinen .. Dose 50, 75 Pf.
- Sardellen ..... Pfund 90, 1<sup>60</sup>

**Fische**

- Lebende Forellen ... Pfund 3<sup>00</sup>
- Leb. Forellen Heidelb. Pfd. 2<sup>90</sup>
- Leb. Schleie ..... Pfund 1<sup>45</sup>
- Leb. Aale ..... Pfund 1<sup>50</sup> 2<sup>40</sup>
- Lachsforellen ..... Pfund 2<sup>25</sup>
- Schellfisch ..... Pfund 55, 60 Pf.
- Kabeljau l. ganz., ohne Kopf, Pfd. 65 Pf.
- Schollen mittelgross ... Pfund 48 Pf.
- Klippfisch ..... Pfund 58 Pf.
- Salzheringe <sup>zum Einlegen 10 Stück</sup> 35, 45 Pf.

**Obst**

- Mandarinen ..... Pfund 45 Pf.
- Apfelsinen .. Dutzend 80 Pf. 1<sup>00</sup>
- Boskop-Aepfel .. 2 Pfund 65 Pf.
- Grosse Kochäpfel Pfd. 30 Pf.
- Grosse Kochbirn. 2 Pfd. 55 Pf.
- Datteln ..... Pfund 1<sup>00</sup>
- Kranzfeigen ..... Pfund 65 Pf.

**Grüne Heringe** grosse ..... Pfund 45 Pf.

Im 4. Stock Oberlichtsaal Leipziger Strasse  
Veranstaltung des „Berliner Hausfrauen-Vereins“ (Lina Morgenstern)  
„Wie versorgt sich die Berlinerin mit Gemüse“  
Gemüsetopfpflanzen und Kaninchenzucht.  
Belehrende Vorträge täglich 4 Uhr nachm.

**Gemüse**

- Weisskohl (Holländer) Pfund 15 Pf.
- Wirsingkohl (Holl.) Pfund 16 Pf.
- Rotkohl (Holländer) ... Pfund 26 Pf.
- Kohlrüben (gelbe) ... Pfund 5 Pf.
- Schwarzwurzel . Pfund 15 Pf.
- Chicoree ..... Pfund 22 Pf.
- Spinat ..... 2 Pfund 65 Pf.

**Todes-Anzeigen**

Deutscher Metallarh eiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Gärtler

**Ernst Bühse**

Reutlin, Mainzer Str. 42  
am 21. Februar gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 23. Februar, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes  
in Reutlin, Markendorfer Weg,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.

**Nachruf.**

Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Kollege, der  
Geiger

**Otto Growe**

Schöndorfer Allee 52a  
am 19. Februar gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

112/14 Die Erbsenverwaltung.

**Nachruf zum 25. Geburtstag.**

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 26. Oktober 1915 durch Brust-  
schuß mein vergessener Mann  
und treuliebender Papa, unser  
lieber Sohn und Bruder, der  
Wehrmann

**Richard Schulz**

Randw.-Inf.-Reg. 78,  
Martha Schulz und Kinder,  
Stromstr. 38.

Otto u. Hedwig Schulz, Eltern,  
Alfred Bruder, im Felde,  
Frida Schwester.

Du bist so schwer geschieden,  
Du krengeltestes Herz,  
Du hast dich dem Leben  
und mir den bitteren Schmerz  
Wagst auch in fremder Erde  
Zur Ruh gebietet sein,  
Du wirst in un'ren Herzen  
Doch nie vergessen sein.  
Lieber Papa, Ruhe sanft!  
Elli u. Gretchen.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung unserer  
Lieben unergelblichen Tochter

**Käthchen**

lagen wir hiermit allen Verwandten  
und Bekannten sowie der freien  
Turnerschaft Spandau unseren herz-  
lichsten Dank.

Walter Herrmann nebst Frau.

**Aufruf!**

Der Tischler Gustav Karl Franz  
Wachsmuth aus Reutlin, der  
im Jahre 1907 zu Reutlin,  
Kottbuser Damm Nr. 100 ge-  
wohnt hat, ist der alleinige Erbe  
der in Stolz verstorbenen, per-  
sönlichen Wollschaffner Karoline  
Stolz geborenen Wachsmuth,  
geboren.

Ich ersuche den Tischler Wach-  
smuth, mir schleunigst seine Adreße  
mitzuteilen.

Sollte ein Leser dieser Zeitung  
Kenntnis von dem Aufenthalts-  
ort des obengenannten Wach-  
smuth haben, so bitte ich, ihn mir  
mitzuteilen. Anzeigen werden  
erstattet.

Stolz i. Pom., den 18. Februar 1916.

Der Nachlassver-  
walter

Schüler,  
Rechtsanwalt und Notar.

**Westmann's  
Trauermagazin**

Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a  
(Kolonnaden)  
II. Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahlsendungen sofort,  
Ami Zentrum 2990.  
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.



Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft  
Dresden

**Stoffe**

für feine Damen-Kostüme,  
Herren-Anzüge usw.  
Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.  
**Tuch-Lager**  
Koch & Seeland G. m. b. H.,  
Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d.  
Petrikirche.

**Blumen- und Kranzbindererei  
von Robert Meyer.**

Ind.: P. Golletz  
Martianenstr. 3. Tel. Mpl. 346

**Haben Sie  
Fußbeschwerden?**

empfehle nach Maß passend  
gearbeitete Sitzpolster (sowie  
Bruchbandagen aller Art,  
Leibbinden, Stützvorsetz usw., Kräfte  
zur Gehmühs- u. Krankepflege.)

**Pollmann, Bandagist,**  
Berlin N, Lothringer Str. 60,  
Liefant für Krankenkassen.

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**

- Berlin C. H. Gahlich, Adreßstr. 174.
- O. Karl Melle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Parkstr. 36.
- NO. S. Juch, Annamuelstr. 12.
- N. H. Wolgast, Wallstraße 9. G. Fischer, Balkenstr. 6.
- Karl Mars, Gieselerstr. 22. J. Göttsch, Müllerstr. 31a.
- G. Bogel, Bergstr. 37.
- NW. Salomon Jolisch, Wilhelmshavener Str. 48.
- SW. G. Schmidt, Carowalder 42.
- S. St. Fria, Reimstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Langstr. 14/15. P. Gorich, Engelstr. 15.
- Adlershof, Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
- Baumschulweg, G. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
- Borsigwalde, Paul Klein, Mühlstr. 10.
- Charlottenburg, Gustav Schwarzberg, Seidenweber Str. 1.
- Friedrichshagen, Ernst Weertmann, Köpenicker Str. 18.
- Grünau, Franz Klein, Friedländerstr. 10.
- Johannisthal, Max Gouichat, Gouichatstr. 23.
- Karlshorst, Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.
- Köpenick, Emil Wöhler, Reyerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg I. C. Seitel, Wartendbergstr. 1.
- Lichtenberg II. A. Reichenberg, Alt-Bogdangasse 56.
- Neukölln, M. Deurich, Reuterstr. 2. C. Rohr, Siegfried-  
str. 28/29.
- Nieder-Schöneweide, Wilh. Haruh, Brückenstr. 10.
- Nowawes, Karl Kroschberg, Friedrichsplatz 27.
- Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Bismarckstr. 17, Laden.
- Pankow, Otto Krichmann, Mühlentw. 31.
- Reinickendorf, V. Gurich, Brodowitzer 56, Laden.
- Schöneberg, Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau, Schumacher, Breitenstr. 64.
- Steglitz, P. Bernice, Altenstr. 5.
- Tempelhof, Joh. Krohn, Vorstr. 62.
- Treptow, Robert Gramen, Stieboldstr. 412, Laden.
- Weißensee, Gustav Rostoff, Berliner Allee 11.
- Wilmsdorf, Paul Zauber, Bismarckstr. 27.

**Solange Vorrat reicht**

liefert die  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

- Heiderich, F., Die Erde.** Eine allgemeine Erd- und  
Länderkunde. Mit 215 Illustrationen, 143 kleinen  
Karten und 6 großen Karten in Farbendruck.  
Gebd. (M. 20,—) M. 6,—
- Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt.** Mit  
12 Tafeln und vielen Textillustrationen.  
Gebd. (M. 20,—) M. 6,—
- Lehmann, P., Länder- und Völkerkunde.** 2 Bände,  
reich illustriert. Gebd. statt 18 M. für 8 M.
- Linke, Dr. Franz, Moderne Luftschiffahrt.** Mit  
87 Abbildungen auf 24 Tafeln. (M. 10,—) M. 2,50  
Eine sehr interessante, durch Abbildungen veran-  
schaulichte Geschichte der Luftschiffahrt, ihrer Entwicklung  
und ihrer Technik.
- Orschiedt, H., Aus der Werkstatt der Natur.** Mit  
155 Abbildungen. Gebd. (M. 5,—) M. 1,—
- Regel, Prof. Dr. Fr., Kolumbien.**  
Statt 8,50 M. für 3 M.
- Zahlreiche Abbildungen und Karten erläutern und  
vervollständigen den Text des unterhaltenden und lehr-  
reichen Werkes.
- Schulze, Prof. Dr. L. R., Die physikalischen  
Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der  
Wissenschaft.** Mit 146 Holzschn., 15 großen Abbild.  
und 3 Grunddruckarten. Gebd. (M. 12,—) M. 3,50
- Below, E., Bilder aus dem Westen. Reiseerlebnisse.**  
Gebd. statt für 3 M. für 1 M.
- Jadrinzew, N., Sibirien.** Geographisch-ethno-  
graphische und historische Studien. Mit zahlreichen  
Abbildungen. Gebd. statt 16 M. für 4 M.
- Lenz, Dr. O., Timbuktu.** Reise durch Marokko, die  
Sahara und den Sudan. Gebd. statt 11 M. für 5 M.
- Keller, Conrad, Das Leben des Meeres.** Reicht  
botanischen Beiträgen von Professor Dr. Karl Cramer  
und Dr. Hans Schinz. Gebd. statt 8,50 M. für 5 M.
- Zimmermann, Dr. W. F. A., Der Erdball und  
seine Naturwunder.** Gebd. statt 8 M. für 4 M.

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges  
gibt Erste Herrenkleiderfabrik  
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß  
im Einzelverkauf  
vom grossen Fabriklager ab.  
Verkaufszeit 10-6. Sonnabends 10-8.  
Holkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.



An unsere Abonnenten im Norden!

Ein Teil unserer Abonnenten im Norden hat gestern den „Vorwärts“ mit sehr starker Verspätung erhalten. Ursache ist, daß infolge der plötzlich aufgetretenen Schneeverwehungen ein Transportfahrzeug verunglückte. Wir bitten dieserhalb um Entschuldigung. Es ist Vorsorge getroffen, daß eine Wiederholung solcher Vorkommnisse nach Möglichkeit vermieden wird.

Einführung von Butterkarten.

Wie in einem Rundschreiben des Ministers des Innern mitgeteilt wird, hat der Reichskanzler nach Vorschlag des Butterverteilungsbeirates für die Einführung von Butterkarten Bestimmungen erlassen, von denen die wichtigsten folgende sind:

1. Vom 5. März 1916 ab darf die Zentraleinkaufsgesellschaft an Gemeinden und Kommunalverbände Butter grundsätzlich nur noch abgeben, wenn diese durch Einführung von Butterkarten oder durch eine sonstige wirksame Regelung des Verkehrs mit Butter die Gewähr leisten, daß der durchschnittliche Verbrauch von Butter in ihrem Bezirk wöchentlich 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigt.

2. Gemeinden, die nach dem 5. März 1916 mit Auslands- oder Inlandsbutter von der Zentraleinkaufsgesellschaft versorgt zu werden wünschen, haben ohne jeden Aufschub alle Vorbereitungen zu treffen, um den Bestimmungen des Reichskanzlers entsprechende Regelung des Butterverbrauchs in ihrem Bezirk rechtzeitig in Wirksamkeit setzen zu können. Anderenfalls laufen sie Gefahr, daß ihnen der Bezug von Butter durch die Zentraleinkaufsgesellschaft gesperrt wird.

Ueber die Art der Verbrauchsregelung ist zu bemerken, daß im allgemeinen nur durch Einführung einer Butterkarte genügend Gewähr für die Beschränkung des Butterverbrauchs auf einen durchschnittlichen Kopfsatz von wöchentlich 125 Gramm geboten werden kann. Ausnahmeweise darf von der Einführung von Butterkarten abgesehen werden, wenn die Innehaltung jener durchschnittlichen Verbrauchsgrenze durch genaue Feststellung der in dem Gemeindebezirk eingeführten und der in ihm erzeugten Buttermenge gesichert erscheint.

Die Ausgestaltung der Butterkarte ist im einzelnen dem freien Ermessen der Gemeinden überlassen. Jedoch sind nachstehende Gesichtspunkte zu beachten.

1. Die Butterkarte ist grundsätzlich als Sparte auszugeben, denn die Gemeinde wird in der Regel dem Inhaber der Butterkarte nicht garantieren können, daß er die in der Butterkarte bezeichnete Buttermenge tatsächlich erhält. Zweckmäßig wird aber sein, wenn die Gemeinde die Höhe des Quantum, über das die Butterkarte lautet, auf Grund einer Feststellung von Vorrat und Bedarf periodisch ermittelt und bekannt gibt, um der Bevölkerung die charakteristische Verschiedenheit von Butter- und Brotkarte stets vor Augen zu führen. Um den Gemeinden diese Berechnung zu ermöglichen, wird die Zumeisung von Butter aus den Vorräten der Zentraleinkaufsgesellschaft immer für Zeiträume von je vier Wochen erfolgen und den Gemeinden rechtzeitig mitgeteilt werden. Gemeinden, die ihrer Butterkarte einen durchschnittlichen wöchentlichen Verbrauchssatz von 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zu Grunde legen, haben deswegen keinen Anspruch darauf, daß ihnen von der Zentraleinkaufsgesellschaft eine entsprechende Buttermenge geliefert wird. Eine größere Buttermenge als bisher wird die Zentraleinkaufsgesellschaft an die Gemeinden künftig jedenfalls nicht abgeben können.

2. Kinder bis zu zwei Jahren werden bei der Zuteilung von Butterkarten in der Regel ausgenommen, Kinder bis zu vierzehn Jahren mit der Hälfte der für die Erwachsenen vorgesehenen Buttermengen zu berücksichtigen sein.

3. Der Butterverbrauch der Gast- und Schankwirtschaften ist auf ein festes Kontingent in Höhe eines Bruchteils des bisherigen Durchschnittsverbrauchs zu beschränken.

4. Buttermengen, die im Wege des Postversandes von außerhalb in den Gemeindebezirk gelangen, sind einer Anzeigepflicht zu unterwerfen. Wer solche Butter bezogen hat, muß sie sich auf die in der Butterkarte verzeichnete Menge anrechnen lassen.

Sofern bei dem Verkauf von Butter im Gemeindebezirk bisher Mißstände, insbesondere ein übermäßiger Andrang der Bevölkerung auf die Butterläden, hervorgerufen sind, ist durch geeignete Einrichtung der Butterkarte eine gleichmäßige und ruhige Abwicklung des Butterverkaufsgeschäfts sicherzustellen. Nach dieser Richtung wird in größeren Gemeinden, namentlich eine Ausgabe der Butterkarte für die einzelnen Wochentage in verschiedener Farbe oder sonstiger auffälliger Kennzeichnung in Frage kommen.

5. Mit der Regelung des Butterverbrauchs durch Einführung der Butterkarte wird zweckmäßigerweise eine Regelung des Margarinerungsverbrauchs Hand in Hand gehen. Die Herauslösung der Margarine aus dem Kartensystem würde den Nachteil haben, daß die Kopfration bei Verschärfung lediglich der Butter sehr niedrig ausfallen müßte, während anzunehmen ist, daß die ärmere Bevölkerung wegen des hohen Preises der Butter vielfach den Bezug von Margarine an Stelle der Butter vorziehen, von der Butterkarte also keinen Gebrauch machen wird. Außerdem würde die Einschränkung des Butterverbrauchs auf der einen und die Möglichkeit unbefränkter Margarinerbeziehung auf der anderen Seite die Gefahr bieten, daß die wohlhabende Bevölkerung neben ihrem Butteranteil noch der ärmeren Bevölkerung einen Teil der billigen Margarine wegzulaufen und damit die Fettversorgung der ärmeren Volksschichten in Frage stellen würde.

6. Den Gemeinden bleibt unbedingte, auch die sonstigen Fette: Schweineschmalz, Kunstschmelze, ausgelassenes Rinderfett und Speiseöl in die Verbrauchsregelung für Butter und Margarine einzubeziehen.

7. Bei der Verbrauchsregelung würde die wöchentliche Kopfmenge festzusetzen sein:

- a) für Butter allein auf höchstens 125 Gramm,
b) für Butter und Margarine auf höchstens 180 Gramm,
c) für Fett aller Art auf höchstens 250 Gramm.

Für einzelne schwerarbeitende Personengruppen (Feuerarbeiter, Kohlenarbeiter) ist nötigenfalls eine Erhöhung zu gewähren.

8. Sollte die Einführung einer besonderen Butter-(Fett-)karte bis zum 5. März 1916 nicht mehr möglich sein, so können die Gemeinden die Rationierung des Butter-(Fett-)verbrauchs vorläufig

mit Hilfe der Brotkarte etwa in der Weise vornehmen, daß die einzelne Person in der Woche nur einmal und nur gegen Vorzeigung ihrer Brotkarte die festgesetzte Höchstmenge von Butter (Fett) erwerben darf.

Aus Groß-Berlin.

Kinderwanderungen.

Wandern Arbeiterkinder hinaus in die Natur, so sind das Festtage und Sonntage. Ein Lachen und Jubeln schwirrt durch die Luft. Eine feltame Fröhlichkeit umgibt alles, vielleicht eine feltene Fröhlichkeit, aber eine Fröhlichkeit, die aus der Tiefe der Seele hell hinausklingt und jene Sorgen vergessen läßt, die der Krieg und die Schwere der wirtschaftlichen Lage auch für die Kinder mit sich bringt.

Gibt Euren Kindern Freude! Laßt sie wandern! Träume und Wünsche erfüllen sich ihnen im Wandern. Einmal hinaus aus der Enge der Großstadt, wo die Straße mit ihren mannigfaltigen Gefahren, wo lichtlose Höfe nur immer ihr Lummelplatz waren. Da draußen ist alles so anders. Wälder und Wiesen sind nun zum Spielplatz geworden. Stille märkische Seen erfreuen das kindliche Gemüt! Wie weitet sich die Brust, wie jauchzt das Kind, wenn bei Spiel und Tanz, bei Sang und Klang das Herz sich heiter stimmt.

Wer einmal mit unseren Kindern hinausgewandert ist und Freude und Lust mitempfunden hat, wird immer wieder Wege zu öffnen versuchen, die unsere Arbeiterkinder zum fröhlichen Wandern führen.

Wie sonst, so werden deshalb auch in diesem Jahre die Arbeiterwanderer sich der Kinder annehmen. Uebergebt Eure Kinder der Obhut bewährter Parteigenossen und Genosseninnen, laßt sie im Kreise anderer fröhlicher Kinder mitwandern.

Gibt Euren Kindern Freude, Licht und Sonne!

Vorsicht bei Gesprächen!

Diese Warnung, die wegen der Spionagegefahr an alle Soldaten ergeht, sollten auch unsere einkaufenden Frauen beherzigen. Wenn sich vor den Butterläden oder den städtischen Fleischständen die Menge der Wartenden häuft, sind Ausbrüche der Ungebuld wohl erklärlich. Manche Frau schüttet da ihr Herz über die Wirklichkeit oder vermeintlichen Mängel in der Verteilung unserer Lebensmittel. Personen gegenüber aus, die sie nie vorher in ihrem Leben sah und von denen sie nicht wissen kann, ob da ein gerades Wort nicht einen falschen Ort findet. Die Folgen einer Unvorsichtigkeit in der Wahl des Ausdrucks können da manchmal recht unangenehme werden. Das beherzige man um so mehr, als unüberlegte Worte die Sache ja auch nicht zu bessern vermögen.

Beschwerden über den städtischen Fleisch- und Fettverkauf.

Bei dem Fleisch- und Fettverkauf der Stadt Berlin gibt es immer noch großen Verdruß. Immer wieder wird geklagt, daß viele Frauen mehrere Stunden hindurch bei unfreundlicher Witterung auf der Straße geduldi zu warten hatten und schließlich doch mit leeren Händen heimgehen mußten. Der Magistrat hat die tröstende Erklärung veröffentlicht, daß die Schweinefleischlieferungen nicht sogleich voll eingesetzt haben, aber für die nächste Zeit eine Mehrung erwartet werden darf. Auch will er die städtischen Fleisch- und Fettverkaufsstellen der Markthallen, vor denen ja das Gedränge besonders schlimm ist, nach und nach in benachbarte Läden legen, um eine schnellere Abfertigung zu erreichen. Warten wir also, daß es besser wird. Vorschläge möchten wir, bei Fleischmangel den einzelnen Käufern kleinere Mengen abzugeben. Mit Recht machen die leer ausgehenden Frauen geltend, daß man möglichst jedem etwas zukommen lassen müsse.

Eine Klage aus eigenartiger Anlaß richtet sich gegen die städtischen Fleisch- und Fettverkaufsstellen der Zentralmarkthalle. Man hat hier an Regentagen sich nicht immer an die vorgeschriebenen und bekanntgegebenen Verkaufsstunden gehalten, sondern bei starkem Andrang die angesammelten Kaufstufen schon lange vorher zugelassen, so daß zu dem eigentlich für den Verkaufsbeginn festgesetzten Zeitpunkt bereits ausverkauft war. Das ist eine Rücksichtnahme auf die Wartenden, die ihnen sehr erwünscht gewesen sein wird, aber wer sich auf die bekanntgegebene Verkaufszeit eingerichtet hatte und nun zu spät kam, mußte die plötzliche Veränderung als Rücksichtslosigkeit empfinden. Ein Vergnügen ist's nicht, aus einem entfernten Augenblick den Weg nach dem Stadtmuseum zu machen, daheim die Erwerbsarbeit liegen zu lassen, Zeit und Fahrgeld drauzulegen und dann zu hören, daß der Verkauf ein paar Stunden früher begonnen hat und schon beendet ist.

Andere Klagen gelten einer im Norden der Stadt eingerichteten Verkaufsstelle, die in einem Laden untergebracht ist. Dort ist es vorgekommen, daß bald nach Beginn des Verkaufes die Inhaberinnen den Laden schloß, weil ihr der Ansturm zu arg schien. Trotz aller dem aufsichtführenden Schuttmann vorgetragenen Witten, die Wiederaufnahme des Verkaufes zu veranlassen, blieb der Laden geschlossen, und keine der vielen Frauen, die Stunden hindurch gewartet hatten, erhielt noch Fleisch. Aufsehen erregte es dann, daß nachher eine Gastwirtin, die mit leerer Markttasche kam, durch eine Hintertür sich Zutritt zu dem Fleischladen verschaffen konnte und später mit anscheinend gefüllter Tasche von dannen ging. Zu den Vermutungen, die hieran geknüpft wurden, wollen wir darauf hinweisen, daß es unterliegt ist, daß durch die Stadt in den Verkehr gebrachte Fleisch in Gast- und Speisewirtschaften zu verwenden. Wegen die Inhaberinnen dieser Verkaufsstelle wird auch der Vorwurf erhoben, daß sie an einem anderen Verkaufstorte von den ihr durch eine Käuferin vorgelegten drei Fleischkarten je einen ganzen Wochenbetrag, also dreimal vier Marken zu je 1/2 Pfund im Gesamtwert von 6 Pfund, abgeschnitten habe, obwohl sie ihr nur 1 Pfund Ware verkaufte. Als sie deshalb zur Rede gestellt wurde, behauptete sie, daß die Marken, die um diese Zeit tatsächlich noch gültig waren, bereits ungültig seien.

Wir begreifen es, daß bei denen, die unter der Feuerung leiden, die geschiederten Vorkommnisse böses Blut machen. Wo etwaige Ungehörigkeiten und Uebergriffe sich einwandfrei feststellen lassen und lässlich zu beweisen sind, sollte mit aller Schärfe gegen die Schuldigen eingeschritten werden. Es ist vielleicht nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß für den städtischen Fleisch- und Fettverkauf auch jetzt noch die Vorschriften der durch den Magistrat erlassenen Anordnung vom 30. August 1915 gelten. In ihr sind für Zuwiderhandlungen angedroht Geldstrafen bis zu 1500 M. oder Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten.

Ein Warenschwindel.

Einen groß angelegten Warenschwindel, nach Art der Schwindelereien mit Petroleum und Margarine, über die wir früher berichteten, be-

treibt ein älterer Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht. Der Gauner fährt ohne Zweifel verschiedene Namen. Auch in Berlin gab er eine Gastrolle. Hier hielt er sich zwei Tage lang in einem Pensionat in der Potsdamer Straße auf. Geschäftsbriefe mit Vorwurf erwiderten den Anschein, als ob die Bewerber es mit einem großen Lebensmittelhandel zu tun hätten. Von Berlin aus verhandelte der Unbekannte Kakaoproben, die an Güte nichts zu wünschen übrig ließen. In seinem Angebot behauptete er, daß er von diesem Kakao noch einen Rest von dreißig Zentnern abzugeben habe. Der Verkaufer könne aber nur gegen Voreinendung des Kaufpreises erfolgen. Da dieser mit 195 M. den Zentner im Verhältnis zur Beschaffenheit der Proben billig war, so gingen alsbald Nachfragen ein. In einem Falle erhielt der Schwindler auch gleich 195 M. Andere Bewerber waren vorsichtiger und versuchten erst, nähere Auskunft über den „Lebensmitteltransport“ zu erlangen. Als er das Pensionat verließ, gab der Schwindler an, daß er nach Hamburg reise. Vielleicht diene aber diese Angabe nur zur Irreführung. Es ist anzunehmen, daß der Schwindler jetzt von irgend einer Stadt aus neue Versuche machen wird. Er ist ein Mann von etwa 50 Jahren, 1,75-1,78 Meter groß und schlank, geht glatt rasiert und trägt sein Haar kurzgeschoren.

Weitere Mehrung der Mischehen in Berlin.

Schon seit einer Reihe von Jahren sehen wir in Berlin bei den Mischehen eine beträchtliche Zunahme ihres Anteils an der Gesamtzahl der Eheschließungen. Daß in der Kriegszeit die Mehrung der Mischehen sich noch beschleunigt hat, wurde für die ersten zwölf Kriegsmomente im „Vorwärts“ bereits gezeitigt. Das Ergebnis aus dem jetzt hinter uns liegenden Kalenderjahr 1915 ist nicht nur eine Bestätigung dessen, was wir damals feststellen konnten, sondern läßt die Tatsache der Mischehenzunahme noch deutlicher hervortreten. Berlin hatte im Jahre 1913 unter 21 194 Eheschließungen 4063 Mischehen, etwas über 19 Proz., im Jahre 1914 unter 22 702 Eheschließungen 4638 Mischehen, annähernd 20 1/2 Proz., und jetzt im Jahre 1915 unter nur 16 622 Eheschließungen 3833 Mischehen, volle 23 Proz. Das bedeutet, daß in 1915 etwa unter je vier Eheschließungen immer eine Mischehe war. Wir vermuten, daß die Beschleunigung der Mischehenzunahme, in der wir wohl eine Wirkung des konfessionellen Bürgerfriedens zu sehen haben, nicht auf Berlin allein beschränkt ist. Und wir wollen hoffen, daß dieser Friede über den Krieg hinaus erhalten bleibt.

Ein gefährlicher Kinderfreund wurde von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht. Ein Schuhmacher Gustav Jiebarth, der in der Köpenicker Straße eine Kellnerknecht betrieb, ein verkrüppelter Mann, ludte kleine Mädchen verschiedenen Alters an sich und verging sich an ihnen in seinem Keller. Einige Kinder teilten die Vorfälle ihren Eltern mit und so kamen sie auch zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Diese nahm den Unhold geistern fest und brachte ihn nach Moabit. Sie ermittelte schon eine ganze Reihe von Kindern, die den Lockungen gefolgt waren.

Geistesgegenwart.

Zwei Wohnungseinbrecher wurden durch die Geistesgegenwart eines jungen Mädchens unschuldig gemacht. Die Schneiderin Olga Heinze aus der Straßburger Str. 38 verließ auf kurze Zeit ihre Wohnung. Als sie zurückkehrte und aufschloß, sah sie zu ihrem Schrecken zwei fremde Männer in ihren Räumen. Schnell entschlossen ging sie wieder hinaus, schloß hinter sich ab, rief um Hilfe und holte die Polizei. Diese fand zwei gewerbsmäßige, schon wiederholt bestrafte Wohnungseinbrecher, einen 30 Jahre alten Schuhmacher Richard Pohlke und einen erst 17 Jahre alten Kutscher Franz Schimmelpfennig in der Halle. Erst haben die Beamten nichts und glaubten schon, es mit einer Einmischung des Mädchens zu tun zu haben. Bei einer Durchsichtigung jedoch entdeckten sie einen der Einbrecher in einem Kleiderständer und den anderen im Kleiderarm. Beide wurden auf der Stelle festgenommen. Kleidungsstücke, Wäsche und dergleichen mehr hatten sie zum Mitnehmen schon in einen Koffer gepackt.

Wichtig für Pferdehalter! Die Ausgabe der Paferscheine vom 1. März 1916 durch die Bezirksvorsitzer erfolgt diesmal wiederum nur gegen Vorlegung einer vom zuständigen Polizeibetrieb oder dem Hauswirt bzw. dem Grundstücksverwalter bestätigten Bescheinigung über die Zahl der vorhandenen Pferde. — Die Paferscheine sind für die Verteilung vom 1. bis 15. März 1916 persönlich oder durch schriftlich ermächtigte Personen beim zuständigen Bezirksvorsitzer in Empfang zu nehmen.

Ein unangestörter Selbstmordversuch wird aus der Charlottenstraße 93 gemeldet. Vor einigen Wochen begab dort ein 47 Jahre alter Arbeiter Wilhelm Hoppe, der angab, daß er aus Hamburg komme, ein möbliertes Zimmer. Hoppe fand in einem großen Hotel Anstellung als zweiter Förtner. Auch dort erzählte er, daß er bisher in Hamburg gewesen sei, Frau und drei Kinder, die hier noch wohnen, wolle er nachkommen lassen. Gestern morgen gegen 4 Uhr wurde der Wirt durch schweres Stöhnen auf seinen Mieter aufmerksam und fand ihn mit durchschüttelter Pulsbader der linken Hand entkleidet im Bette liegen. Alle Fragen beantwortete der Mann, der nach der Charité gebracht wurde, nur mit einem Kopfschütteln.

Poffen-Theater. Die kleine Bühne in der Linienstraße kommt ihren Besuchern mit einem neuen Programm. „Robis Abenteuer“, ein Schwan in einem Akt, leitet den Abend ein. „Der große Augenbid“, eine Poffe in zwei Akten, schließt ihn. Ein Programmwechsel ist am Poffen-Theater sonenig ein Systemwechsel wie bei einer auf eingestellten Regierunsmaschinerie. Der Unterschied ist nur, daß und diese Stetigkeit in der Linienstraße erfreut. Der neue Schwan und die neue Poffe bieten uns, wie gewöhnlich an dieser Stelle, den lästernsten Akten, der verboltenen Abenteuer nachgeht. Wie gewöhnlich rädert das unerwartete Erscheinen der schönen, weit fort gelangten Freundin in der harmlosen Familie die unheimlichsten Verwirrungen an und zwingt die alten Schwermüder zu den grotesksten Anreden. Am Schluß ist trotz dieser teuren Zeit alles in Butter. — Ueber den kleinen Veris laßt man, wenn man ihn nur austauschen sieht. O s e l hat sich den Joseph Poppelbaum selbst auf den Leib geschrieben. Spah, daß er ihn auch schau-spielerisch glänzend hinlegt!

Zwei Straßenträuber wurden gestern von der Kriminalpolizei festgenommen. Vor 14 Tagen trant der Mechaniker Kurt Raab vom Wegandauer in Neulöh nach Felerabend in der Gormannstraße noch ein Glas Bier. Als er zahlte, haben mehrere Männer von einem Rebenische her, daß sein Portemonnaie gut gefüllt war. Auf der Ringbahn, die Raab an der Jannowbrücke bestieg, erblickte er diese Männer wieder, ohne etwas Böses zu ahnen. An der Kaiser-Friedrich-Straße stiegen sie mit ihm aus. Jetzt folgten sie ihm heimlich, fielen dann plötzlich, ohne auch nur ein Wort verlaun zu lassen, über ihn her, warfen ihn zu Boden, raubten ihm das Portemonnaie und ergriffen die Flucht. Die Hilferufe des Verurteilten verhallten in der einamen Wogend zur Nachtzeit ungehört. Trotz der Unvollkommenheit der Beschreibung, die der Verurteilte von ihnen gab, gelang es doch, zwei von ihnen zu ermitteln und festzunehmen. Es sind ein schon oft bestrafte 45 Jahre alter Händler Nikolaus Auregia und ein 31 Jahre alter Arbeiter Nikolaus Becker, der zuletzt einen Hausierhandel mit Uhren und dergleichen betrieb. Beide wurden der Staatsanwaltschaft vorgeführt.



# Aus den Gemeinden.

## Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung wurde das Pachtverhältnis mit dem Bootverleiher Michaelis zu den bisherigen Bedingungen (200 M. jährlich) verlängert und dem Bootverleiher Hoffmann auf seinen Antrag 100 M. Nachschuß von der 500 M. betragenden Pacht gewährt, da ihm durch behördliche Maßnahmen der Motorbootverleiher auf dem Eisverkanal während des Krieges unterlag worden ist. — Vom Verbande Märkischer Arbeitsnachweise war ein Antrag auf Einrichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises für die Gemeinden Tegel, Reinickendorf, Bittenau und Rosenthal gestellt worden. Da in Reinickendorf ein solcher Nachweise bereits vorhanden ist, so wünschte Tegel eine solche nach dem Mittelpunkt der angrenzenden Gemeinden. Dieser Vorschlag wurde von Reinickendorf abgelehnt. Unter diesen Umständen wurde denn der Antrag auf Errichtung eines gemeinschaftlichen Nachweises von der Tegeler Gemeindevertretung abgelehnt. — Die Lehrpersonen an der Humboldt-Oberrealschule, am Lyzeum, an der Kleinkinderschule und der Gewerbliehen Fortbildungsschule waren bisher von den Krankenversicherungsbeiträgen befreit, weil ihnen im Erkenntnisfall das Gehalt weitergezahlt wurde. Die Gemeindevertretung stimmte der ferneren Befreiung der Lehrpersonen zu. — Die Jahresrechnung für 1914 wurde noch einmal zurückgestellt. — Ein Maurer- und Zimmermeister will an der Schloßstraße, hinter der Industriehalle, auf einem der Gemeinde gehörigen 4 Morgen großen Terrain ein neues Hoch- und Tiefbaugeschäft nebst Zimmerlager errichten. Dem von der Grundstückskommission aufgestellten Vertrage stimmte die Vertretung zu. Es werden jährlich 2000 M. Pacht gezahlt; der Vertrag läuft vom 1. März ab zunächst auf zwei Jahre, außerdem erfolgt für ein Bahnanfahrgeld eine Anerkennungsgeldhöhe von 20 M. — Die freiwillige Feuerwehr hatte seinerzeit zur schnelleren Beförderung ihrer Mannschaften ein Automobil beschafft, wozu die Gemeinde 400 M. beigetragen hatte. Die Wehr stellte dann den Antrag, gegen Zahlung von 600 M. das Auto in den Besitz der Gemeinde zu übernehmen. Diesem Antrage wurde ebenfalls zugestimmt.

## Der Butterkauf in Brig.

Der Gemeindevorstand macht bekannt, daß in der Verkaufsstelle der Gemeinde, Ecke Hannemann- und Kungiusstraße, soweit der Vorrat reicht, bei gleichzeitiger Vorlage der hiesigen Lebensmittel-Ausweiskarte und einer Brotkarte der laufenden Woche 1/4 Pfund Butter zum Preise von 0,67 M. abgegeben wird.

Die Abgabe erfolgt vorläufig für die Brotkarten Nr. 67 000 bis 71 800 am Mittwoch, den 23. d. M., Nr. 71 801—75 600 am Freitag, den 25. d. M., Nr. 75 601 und folgende am Montag, den 28. d. M. Auf Brotzuzugarten wird Zucker nicht verabfolgt.

## Das Mieteinigungsamt in Reinickendorf

Hat seine Tätigkeit jetzt aufgenommen. Die erste Sitzung findet heute statt. Es handelt sich um Streitigkeiten aus dem Mietverhältnis auch als Hypothekeneinigungsamt. Anträge von Mietern, Vermietern und Hypothekengläubigern können schriftlich oder zu Protokoll im Rathaus, Hauptstraße 38, Zimmer 11, angebracht werden.

# Soziales.

## Eine Klage gegen die städtischen Gaswerke.

Bei der Kammer 8 des Gewerbegerichts klagte ein Rohrleger, der bei den städtischen Gaswerken beschäftigt war, wegen einer Lohnforderung. Der Kläger hatte sich während der Arbeitszeit in einem Schanklokal aufgehalten. Er wurde deshalb am folgenden Tage vormittags 10 Uhr entlassen und der Lohn — abzüglich der verfallenen Zeit — nur bis zu dieser Stunde berechnet.

Der Kläger fordert die Bezahlung des vollen Entlassungstages, weil der Entlassungsgrund schon am vorhergehenden Tage bekannt war, man ihn also schon am Abend dieses Tages hätte entlassen können. Diesen Anspruch hielt das Gericht für begründet. Ferner beansprucht der Kläger eine Kriegszulage von etwas über 3 M. Diese Forderung erkennt der Beklagte an. Weiter verlangt der Kläger Zahlung von 12,50 M., die ihm vom Lohn einbehalten wurden, weil er Werkzeuge, die ihm übergeben waren, verloren hatte. Für diesen Punkt kommt in Frage, daß der Beklagte ein Rückbehaltungs- beziehungsweise Aufrechnungsrecht nur dann geltend machen kann, wenn der Kläger ein Jahreseinkommen über 2000 M. hatte. Der Vertreter des Beklagten — ein Stadtschreiber — rechnete aus, daß der Kläger in dem letzten Wirtschaftsjahr, wo er in den Gaswerken beschäftigt war, einschließlich der Kriegszulage und 96 Überstunden 530 M. verdient habe. Das ergebe ein Jahreseinkommen von 2120 M.

Hierauf stellte ein Arbeitserheblicher die zutreffende Frage, ob denn der Beklagte dafür garantieren könne, daß der Kläger das ganze Jahr hindurch so viele Überstunden gemacht haben würde, um das angegebene Einkommen zu erreichen.

Diese Frage konnte der Stadtschreiber freilich nicht bejahen. Aber nun rechnete er, was der Kläger in 9 Monaten — anscheinend seiner ganzen Beschäftigungsdauer bei den Gaswerken — verdient hatte und stellte mit Genehmigung fest, daß sich hiernach ein Jahreseinkommen von 2001 M., also immer noch mehr als die pfändbare Summe ergebe. Die Verwaltung der Gaswerke — sagte der Stadtschreiber — steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie ein Rückbehaltungsrecht hat, auch wenn der Arbeiter weniger als 2000 M. Jahreseinkommen hat. Sonst ist sie ja nicht geschützt gegen Schädigungen durch abhanden gekommenes Werkzeug. Sie können sich ja durch Kaution schützen," sagte der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Schaakorn. Schließlich machte der Vorsitzende den Vorschlag, dem Kläger, der 20 M. forderte, 10 M. im Vergleichswege zu zahlen, da ja die Kriegszulage anerkannt sei, der Entlassungstag voll bezahlt werden müsse und das Recht zum Lohnabzug wegen der Werkzeuge zweifelhaft sei. — Der Vertreter des Beklagten erklärte hierzu, er habe den Auftrag, keinen Vergleich abzuschließen.

Nachdem das Gericht beraten hatte, ersuchte es den Vertreter des Beklagten, er möge sich telephonisch die Ermächtigung zu einem Vergleich geben lassen. „Sagen Sie Ihrer Direktion,“ — bemerkte der Vorsitzende — „das Gericht wundert sich sehr, daß die Vollmacht zu einem Vergleich von vornherein ausgeschlossen wird. Es ist doch die Aufgabe des Gewerbegerichts, in erster Linie auf einen Vergleich hinzuwirken.“ Nachdem sich der Stadtschreiber telephonisch mit der Direktion verständigt hatte, stimmte er sowie der Kläger dem vorgeschlagenen Vergleich zu.

Die Einbehaltung war durchaus gescheitert. Sie ist erst zulässig, nachdem der Arbeiter 2000 M. verdient hat. Es ist tief bedauerlich, daß eine städtische Verwaltung in der Weise wie geschehen gegen die Vorschriften des Lohnbeschlagnahmengesetzes verstößt hat.

## Ein amerikanisches Kinderschutzesch.

New York, 4. Februar. (Fig. Ver.) Mit 337 gegen 46 Stimmen hat das Repräsentantenhaus ein Kinderschutzesch. angenommen, das die zwischenstaatliche Versendung von Waren verbietet, die in Fabriken hergestellt werden, wo Kinder unter 18 Jahren mehr als 8 Stunden oder wo sie vor 7 Uhr morgens oder nach 7 Uhr abends beschäftigt werden. Außerdem wird das Mindestalter der in Fabriken beschäftigten Kinder auf 14 Jahre und das der in Bergwerken und Steinbrüchen beschäftigten Kinder auf 16 Jahre festgesetzt. Da die Regelung der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Staaten obliegt, muß sich der Bundeskongreß, will

er in die Sozialgesetzgebung eingreifen, seines verfassungsmäßigen Rechts, den zwischenstaatlichen Verkehr zu regeln, bedienen. Er tut dies, indem er, wie im vorliegenden Fall, vom zwischenstaatlichen Verkehr die Waren der Betriebe ausschließt, die sich seinen Anordnungen nicht fügen. Gegen eine derartige Maßnahme des Kongresses sträubt sich namentlich die am Ruder befindliche demokratische Partei, die im Gegensatz zu der republikanischen die Vorkämpferin der einzelnen Staaten der Union betont. Aus den Reihen der reaktionären Demokraten der Südstaaten kam denn auch die Opposition gegen das Gesetz; diesen Elementen gelang es, für die Fruchtkonserverfabriken des Südens, in denen in bezug auf Kinderarbeit die gravenhaftesten Zustände herrschen, gewisse Zugeständnisse durchzusetzen. Immerhin ist das Gesetz als Fortschritt zu begrüßen, und man hofft, daß es der Senat nicht weigern werde, in Anbetracht der großen Wehrheit, die es im Repräsentantenhaus gefunden, das Gesetz abzulehnen.

Die Kinderarbeit ist in den Vereinigten Staaten noch sehr verbreitet. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1910 waren im ganzen Lande 1 900 225 Kinder von 10 bis 15 Jahren oder 18,4 Prozent der Kinder in der betreffenden Altersgruppe in der Industrie und der Landwirtschaft beschäftigt. Der Prozentsatz der kleinen Lohnflotten war in dem vorhergehenden Jahrzehnt von 18,2 im Jahre 1900 auf 18,4 im Jahre 1910 gestiegen, was aber lediglich der Zunahme der Kinderarbeit in der Landwirtschaft zuzuschreiben ist; die Kinderarbeit in den anderen Erwerbszweigen nahm in der Periode bedeutend ab (um 18,8 Proz.). Das jetzt dem Senat vorliegende Gesetz bezieht sich nur auf die Kinderarbeit in den Fabriken, läßt aber die Heimarbeit unberührt. Es ist nun zu befürchten, daß Fabrikanten, die durch das Gesetz an der Kinderausbeutung behindert werden, die Produktion in die Heimstätten verlegen und das ungeheure Elend in der leider weit verbreiteten amerikanischen Heimarbeit noch vermehren werden. Gesetzgeberische Eingriffe sind hier dringend erforderlich.

# Berichtszeitung.

## Theaterklagen.

Der Direktor des Deutschen Theaters Max Reinhardt stand in zwei Zivilprozessen vor dem hiesigen Landgericht.

In dem einen handelt es sich um eine Klage des Hoftheaterintendanten Grafen v. Seebach in Dresden. Dieser klagt gegen Reinhardt mit dem Antrag: zu erkennen: „Dem Beklagten wird es bei Vermeidung einer Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagt, darstellende Bühnenkünstler anderen Bühnenleitern abspensig zu machen, insbesondere durch Abschluß eines Vertrages für den Fall vorzeitiger Befreiung aus ihrem laufenden Vertragsverhältnis.“ — Im zweiten Prozeß verlangt Reinhardt als Kläger gegen den Bühnenverein: „festzustellen, daß das gegen ihn vom Präsidium des Bühnenvereins eingeleitete Verfahren auf seinen Ausschluß aus dem Verein rechtlich ungültig ist, nachdem er am 28. Oktober 1915 selbst seinen freiwilligen Austritt erklärt hat.“

Beide Sachen beriefen der Vertagung: die Verhandlung im ersten Prozeß wurde auf den 20., im zweiten auf den 1. März vertagt.

## Wirkungen des Alkohols.

Der Tischlermeister August Japernid, Brandenburgstraße 44, erfährt uns um die Mittelwelt, daß er mit dem nach dem Bericht vom Dienstag wegen Messerstecherei zu fünf Jahren Zuchthaus und ebensoviel Ehrverlust bestrafte August Japernid weder identisch noch verwandt sei. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach.

# Aus aller Welt.

## Jiddisch als Amtssprache.

Der „American Israelit“ läßt sich aus London melden, die deutschen Behörden in Warschau beschränken die Rechte der Juden und behinderten insbesondere die Verbreitung der jiddischen Sprache, des sogenannten Jargon. Den Beweis des Gegenteils erbringen, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, einige amtliche Bekanntmachungen, aus denen zu ersehen ist, daß ein deutscher Polizeipräsident, daß sogar der Generalgouverneur sich trefflich auf Jiddisch auszudrücken gelernt haben. Die erste Bekanntmachung lautet:

„Der Termin sich einzumelden in der Gewerberolle wert verlängert bis'n 29. Februar 1916. . . . Gesellschaften müssen anmelden feier Firme, a Luz dem müssen bejander gemeldet werden die beschäftigte Direktoren und steierpflichtige Angestellte. Lodz, 28. Januar 1916.“

Der kaiserlich deutsche Polizei-Präsident von Dpem.“

Die Ueberschrift einer anderen amtlichen Bekanntmachung lautet:

„Verordnung h'naunga der Einführung von allgemeinem Paßzwang.“

Alle Personen bun'm General Gouvernement müssen alt werdendig 15 Jahr hoben a Paß und dem dosigen ständig tragen bei sich. Wegen Verlieren a Paß muß teilf gemeldet weren der Ausgabeschilt.

Der Generalgouverneur von Oeseler, General bun Infanterie.

**Eisenbahnunfall.** Ein folgenschweres Unglück ereignete sich auf der Köln-Begdorfer Eisenbahnstrecke. Als der zwischen Siegburg und Au verkehrende Speigelpersonenzug von Leer nach Au fuhr, geriet die Lokomotive unweit Hopsbach in Brand und stand plötzlich in hellen Flammen. Der Lokomotivführer, der sich durch Abpringen retten wollte, schlug gegen einen Telegraphenmast, worauf er auf ein Gleis zurückgeschleudert wurde. Dann wurde ihm der Kopf abgefahren. Der Heizer wurde schwer verbrüht in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus übergeführt.

**Ein Universitätsdirektor zu Arrest verurteilt!** In der „Täglichen Rundschau“ lesen wir: „Daß ein Student zu Arrest verurteilt wird, kommt nicht gar so selten vor — daß aber der Rektor einer Hochschule drei Tage Arrest auditiert bekommt, ist wohl noch nicht dagewesen. Der Rektor der Prager Technischen Hochschule, Prof. Dr. Karl Redlich, hatte den Ingenieur Schmelz in Divulskan als Ruffenfreund bezeichnet, worauf Schmelz ihn beim Prager Bezirksgericht wegen Verleumdung verklagte. Redlich bot den Wahrheitsbeweis an. Unter teilweiser Freisprechung wurde Redlich aber wegen Übertretung des § 491 zu drei Tagen Arrest verurteilt. Diese Freiheitsstrafe wurde dann allerdings in eine Geldstrafe von 500 Kr. umgewandelt.“

# Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 462 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 2. und 5. Garde-Regiment zu Fuß; 7. Garde-Infanterie-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta; Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5. Grenadier- und Infanterie- und Füsilier-Regiment Nr. 1, 3, 4, 5, 10, 11, 14 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 34), 16, 19 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221 und 223), 24 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 33 (f. auch Feldfliegertruppe), 35, 36 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 223), 37, 41, 43, 44, 48, 49, 51 bis einschl. 57, 59, 60, 61, 62 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 38), 63, 65, 67, 69 bis einschl. 73, 77, 78, 79, 80 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 223), 82 bis einschl. 86, 88 bis einschl. 98, 112,

113, 115, 116, 128, 129 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21 und Feldfliegertruppe), 130, 131, 135 bis einschl. 138, 151, 156 (f. Feldfliegertruppe), 157, 158, 162 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 166, 167, 168 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 173 bis einschl. 176, 184, 187, 189, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 6 bis einschl. 9, 11, 17, 21, 24, 35, 37, 38, 48, 51, 52, 53, 55, 56, 60, 61, 64 bis einschl. 69, 74 bis einschl. 84, 86, 87, 88, 90, 91, 94, 111, 201, 204 bis einschl. 207, 211 bis einschl. 216, 218, 220 bis einschl. 224, 230, 233, 250, 252, 254, 258, 260, 264, 265, 267 bis einschl. 270. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 4, 7, 9, 11, 12, 15, 24 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 223), 29 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 31, 32, 35, 46, 48, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 61, 75, 77, 83, 93, 116, 379 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4). Landsturm-Infanterie-Bataillone: Götting, 1. Hannover, Heppenheim, Rolsheim, 2. Osterode, 3. und 7. Bosen, 3. Rendsburg, Siegen, 2. Stolp, 3. Tilsit, 2. I. Frier. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: Cottbus, 4. Hamburg, Lübeck, 3. Mannheim, 3. Oldenburg, 4. des 6. Armeekorps (Schweidnitz), 2. Stodach, 14. des 4. Armeekorps (Torgau). Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon Diederhofen. Reserve-Bataillon der 50. Infanterie-Division. Jäger-Bataillone Nr. 1 und 5. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 3; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 211 (f. Inf.-Reg. Nr. 128).

Kavallerie: Dragoner Nr. 9. Feldartillerie: 2. Garde-Regiment. Regiment Nr. 6, 7, 15, 16, 111; Reserve-Regiment Nr. 22 und 36. Fußartillerie: 2. Garde-Regiment. Regiment Nr. 4, 7, 9, 10, 15; Reserve-Regiment Nr. 7, 8, 10 (f. auch Fußart.-Batterie Nr. 289), 14, 17, 20. Fußartillerie-Bataillone Nr. 29 und 56; Landwehr-Bataillon Nr. 11. Fußartillerie-Batterien Nr. 222, 264, 289, 382, 473, 529, 609, 626.

Pioniere: Regiment Nr. 24, 25, 29, 30. Bataillone: Nr. 4 (f. Pionier-Komp. Nr. 248), I. Nr. 6, I. Nr. 8 (f. auch Minenwerfer-Komp. Nr. 15), I. Nr. 14, II. Nr. 15 (f. Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 11), II. Nr. 21, I. Nr. 26; Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 11. Pionier-Kompagnie Nr. 248; 2. Landwehr-Kompagnie des 3. und des 5. Armeekorps; Garnison-Pionier-Kompagnie Nr. 258. Scheinwerferzug Nr. 283. 7. Garde-Minenwerfer-Kompagnie. Minenwerfer-Bataillon Nr. 3; Minenwerfer-Kompagnie Nr. 15; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 72.

Verkehrsgruppen: Telegraphen-Bataillon Nr. 5 (f. Feldfliegertruppe). Feldfliegertruppe. Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 7 der 5. Armee.

Train: Reserve-Divisions-Brückentrain Nr. 52.

Freiwillige Krankenpflege.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 31, 81, 88. Straßenbau-Kompagnie Nr. 27.

Mobile Etappen-Kommandantur Nr. 10 der 4. Armee.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 251 enthält Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste meldet Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 104, 108, 354; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 100, 103; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 103, 133; Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 19; Ersatz-Infanterie-Reg. Nr. 23; Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 25; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 40; Leichte Feldhaubitzen-Abteilung Nr. 192; Landsturm-Feldartillerie-Batterie, 19. Armeekorps; Pionier-Bataillone Nr. 12, 22; Pionier-Kompagnien Nr. 192, 245, 254; Reserve-Pionier-Kompagnien Nr. 53, 54; Landsturm-Pionier-Kompagnie (XIX. 3); Landsturm-Part.-Kompagnie Nr. 25; 1. Ersatz-Komp. Pionier-Bataillon Nr. 12; Minenwerfer-Kompagnien Nr. 24; 224; Fernsprech-Doppelzug Nr. 123.

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wariendorf. Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählene ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Allgemeine Familienherbelle. Sonntag, den 27. Februar: Jahrs- und Aufnahmejahr von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13, und Budover Str. 14.

## Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek. 5821: Gedichte von R. Stieler. — 5822: Dokumente zur Geschichte des Krieges 1914/15. Bd. 4. Herausgegeben von H. v. Ruffow. — 5823: Finale. Dichtung in einem Aufzuge von A. Geiger. — 5824-27: Kriegsgedichte des Deutschen Reiches. 2. Ergänzungsb. Herausgegeben von R. Hamner. — 5828: Der Ruf des Vaters. Novelle von Maria Dre. — 5829: Kriegstaler der 1915. 2. Teil. Bearbeitet von Generali. Regler. — 5830: Feldgrane Humoresken. Von G. Hochstetter. Eingeliehnung gef. 20 Pf. Ps. Neclam, Leipzig.

Denkt an uns sendet

**Galem Aleikum Galem Gold**

Zigaretten

Willkommenste Liebesgabe!

Preis N<sup>o</sup> 3 1/2 4 5 6 8 10  
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg d. Stck.

20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!  
50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden  
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. Md. Königs v. Sachsen.

Trustfrei!